

## Verhandlungsschrift

über die am **Donnerstag, dem 11. Dezember 2008,**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **44. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr

Ende der Sitzung: 17.18 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 43. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2008 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **Anwesen de**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Friedrich Ganzert                              Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner	Gertrude Aitzetmüller	Raimund Buttinger
Werner Forstinger	KommR. Günther Gausch	Klaus Hoflehner
Mag. Bernhard Humer	Claudia Hüttmayr-Punkenhofer	Rupert Leitner
Brigitte Lindlbauer	Mag. Petra Lipp	Helga Maitner
Petra Müllner	Johann Reindl-Schwaighofer	Mag. Klaus Schippani
Karl Schönberger	August Tesarsch	Barbara Wildfellner

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Ploier-Niederschick

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Roland Strassl

Gemeinderäte:

Mag. Karl-Georg Holter	Dir. Mag. Josef Hora	Ing. Martina Kreisel
Herbert Pernkopf	Brigitte Wartinger	Andreas Weidinger
Markus Wiesinger		

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Bernhard Wieser

Gemeinderäte:

Willibald Baumgartner	Gerhard Kroiß	Ing. Wolfgang Matzinger
Dr. Andreas Rabl		

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Herbert Anreitter	Theresia Landauer	Mag. Michael Springer
-------------------	-------------------	-----------------------

### **Vom Magistrat:**

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfel  
Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

Vzbgm. Manfred Hochhauser (SPÖ)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 04.12.2008 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Geburtstagswünsche:

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir heute zur Behandlung unserer Tagesordnung kommen, darf ich mir erlauben, zwei Damen recht herzlich zum Geburtstag zu gratulieren. Es sind das die Gemeinderätinnen Petra Müllner und Barbara Wildfellner, die gestern bzw. heute ihren Geburtstag hatten bzw. haben. Ich gratuliere! Herzlichen Glückwunsch! (Beifall!)

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

## Anfrage von GR. Herbert Anreitter an Bgm. Dr. Peter Koits, betreffend Förderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in den Welser Kindergärten:

Vzbgm. Wimmer verliest die als Anlage 1 beigefügte Anfrage an den Bürgermeister, der diese Anfrage mündlich wie folgt beantwortet.

Bgm. Dr. Koits: Zu dieser Anfrage, unterteilt in zwei Punkte, darf ich folgende Beantwortung durchführen.

Es wurden bis jetzt drei muttersprachliche Stützkräfte eingestellt, nämlich mit türkischen bzw. mit serbokroatischen Sprachkenntnissen.

Wie diesbezüglich die Zukunft aussieht, wird letztlich eine Frage des Bedarfs sein. Wir bemühen uns jedenfalls in dieser Angelegenheit und sollte der Bedarf gegeben sein, werden wir diesem Anliegen Rechnung tragen.

Ich darf aber noch generell darüber berichten oder darf in Erinnerung rufen, was in diesem Bereich alles geschieht. Es ist eine ganze Menge von Maßnahmen, die einerseits von den Kindergärten, andererseits von den Schulen gesetzt werden. Wenn ich das jetzt in Erinnerung rufe, wird das sicher wieder bei allen hier geistig präsent und braucht sozusagen nur abgehakt zu werden.

Wir haben beispielweise in den Kindergärten eine Sprachförderung in Gruppen.  
Wir haben das Projekt „Sprache, Musik, Bewegung“.  
Es gibt Leseprojekte in den Kindergärten.  
Wir haben Eltern-Kind-Nachmittage oder  
das Rucksack-Mütter-Projekt, das jetzt in drei Kindergärten gestartet wird.

Weiters haben wir die Projekte des MOSAIK in den Kindergärten, vor allem aber auch in den Schulen. Da gibt es eine Lernförderung durch verschiedene Programme.

Weiters haben wir die „sonstige Sprachförderung“ durch ein großes Angebot der Arbeiterkammer Oberösterreich. Man bemüht sich dort wirklich sehr mit entsprechenden Angeboten um die Sprachförderung.

Das Bfl macht ebenfalls einiges zu diesem Thema.

Ich könnte ihnen jetzt mit diversen Erläuterungen versehen all jene Dinge seitenweise vorlesen, die in diesem Bereich passieren. Ganz wichtig erscheint aber in diesem Zusammenhang – es ist das eine Forderung meinerseits, aber, wie ich hoffe, auch des gesamten Gemeinderates – dass diese Angebote tatsächlich angenommen werden. Sie haben ja nur dann einen Sinn, wenn sie sowohl von den Kindern als auch von den Eltern wirklich angenommen werden. Wir bemühen uns natürlich sowohl von Seite des MOSAIKS als auch von unserer Koordinationsstelle her, auf die Kulturvereine und auch Sportvereine einzuwirken, damit diese wiederum auf ihre Mitglieder dahingehend einwirken, diese Themen echt ernst zu nehmen. Wir sind mit unseren Bemühungen bestimmt noch nicht am Ende, aber wir haben wichtige Schritte zum Teil schon vor etwas längerer Zeit eingeleitet, das heißt, wir sind in unseren Bemühungen doch schon einigermaßen fortgeschritten. Und selbstverständlich werden wir diverse Schritte auch in Zukunft setzen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Beantwortung der Anfrage und gibt den Vorsitz wieder zurück an den Bürgermeister.

#### Mitteilungen des Bürgermeisters

##### a) Einrichtung einer Ordnungswache der Stadt Wels:

Bgm. Dr. Koits: Ich darf sie davon informieren, dass wir am kommenden Montag im Stadtsenat einen Beschluss über die Einrichtung einer Ordnungswache der Stadt Wels fassen werden. Ich bin mir sicher, dass wir in dieser Frage einen guten Beschluss fassen werden.

Ich wurde diesbezüglich, nachdem es offenbar schon Informationen nach außen hin gegeben hat, heute von verschiedenen Medien angerufen und möchte ihnen für heute nur einmal sagen, dass es am Montag einen diesbezüglichen Beschluss im Stadtsenat gibt. Nach dieser Beschlussfassung werden alle Details veröffentlicht.

b) Fahrplanwechsel der ÖBB:

Bgm. Dr. Koits: Der Gemeinderat hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem am 14. Dezember bevorstehenden Fahrplanwechsel bei den ÖBB befasst, nachdem es hier auch zu Veränderungen kommt, die unsere Stadt betreffen. Sie alle kennen speziell die Diskussion um den Nachtzug, der kurz nach Mitternacht in Wien abfährt und der künftig in Wels nicht mehr halten wird.

Ich habe diesen Umstand zum Anlass genommen, bei den Österreichischen Bundesbahnen und bei den entsprechenden Stellen des Ministeriums zu intervenieren. Ich habe allerdings nicht nur verlangt, dass dieser Zug auf seinem Weg nach Salzburg auch wieder in Wels halten soll, sondern habe mir als Art Kompromiss erlaubt, darauf hinzuweisen, dass es auch denkbar erschiene, einen Zug, der in Wien um 22.20 Uhr abfährt, ein wenig später abfahren zu lassen, damit vielleicht jene, die in Wien einen Theaterbesuch machen oder aus geschäftlichen Gründen erst etwas später von Wien wegkommen, auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, in Wels aussteigen zu können.

Ob diese Intervention etwas nützt, werden wir in nächster Zeit sehen. Seitens des ÖBB-Vorstandes war ja zuletzt auch in Bezug auf andere Änderungen, von denen wir als Stadt Wels allerdings nicht betroffen sind, zu hören, dass nachträglich noch dort oder da Nachbesserungen vorstellbar sind und ich werde auch künftig jede Gelegenheit nützen, um auf dieses berechnete Anliegen der Bevölkerung nach einer späteren Fahrt- bzw. Aussteigmöglichkeit hinzuweisen.

Aktuelle Stunde:

Bgm. Dr. Koits: Zu der wie üblich auf der Tagesordnung stehenden „Aktuellen Stunde“ wurde für heute kein Thema eingebracht.

Es liegen jedoch mehrere Dringlichkeitsanträge vor, die wir jetzt nach dem Zeitpunkt ihres Anliegens abhandeln werden.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend das Projekt Suchtprävention in Wels „Wir setzen Zeichen“:

Bgm. Dr. Koits gibt bekannt, dass von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ein ordnungsgemäß unterzeichneter Dringlichkeitsantrag bei ihm am 5. Dezember einlangte und er verliest diesen als Anlage 2 beigefügten Antrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Dr. Rabl: Die Dringlichkeit dieses Antrages stelle ich massiv in Zweifel. Dies vor allem deshalb, weil ja ein beinahe gleichlautender Antrag der Freiheitlichen für die heutige Sitzung eingebracht wurde, nämlich schon vor diesem Dringlichkeitsantrag und es steht der Antrag der FPÖ als Initiativantrag auf der heutigen Tagesordnung. Ich kann es also nicht verstehen, warum sich die SPÖ-Fraktion einmal mehr sträubt – das stellt fast schon eine historische Angelegenheit dar – einem freiheitlichen Antrag zuzustimmen, indem sie zu einem bestimmten Thema einen eigenen Antrag einbringt. Offensichtlich

ist man nach wie vor der Meinung, dass die Ideenführerschaft der Freiheitlichen angezweifelt werden muss und dass man deshalb zu schauen hat, nach Möglichkeit eigene Anträge durchzubringen und damit Anträge von der FPÖ ablehnen zu können. Diese Vorgangsweise ist äußerst bedauerlich.

Jedenfalls kann ich nur sagen, dass von einer Dringlichkeit in Zusammenhang mit diesem Dringlichkeitsantrag der SPÖ keine Rede sein kann. Wir werden daher dieser Zuerkennung der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Dem Antrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Der Antrag auf sofortige Behandlung des Dringlichkeitsantrages wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

#### Behandlung des Sachantrages:

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Sachantrag selbst und die Begründung hiezu wurde gerade erst vor ein paar Minuten verlesen und somit kann ich mir eine Wiederholung ersparen. Ich möchte aber doch auf den Hintergrund unseres Antrages eingehen und darauf, warum wir uns dazu entschlossen haben, heute den Dringlichkeitsantrag in dieser Weise einzubringen.

Wir befinden uns in Wels in einer Situation wie viele andere Städte vergleichbarer Größe. Leider ist es so, dass auch bei uns das Drogenproblem bzw. das Suchtgift im Zentrum der Gesellschaft angekommen ist. Diese Situation ist virulent und wir wissen davon alle Bescheid. Die Aufgaben, die damit auf die Kommunen zukommen, bestehen aber nicht nur aus ordnungspolitischen Maßnahmen, sondern vor allem aus Maßnahmen präventiver Art. Für die ordnungspolitischen Maßnahmen sind, wie der Name schon sagt, die Ordnungskräfte zuständig und die sollen nach besten Möglichkeiten von der Stadt unterstützt werden. Das Hauptaugenmerk städtischer Aktivitäten soll aber auf die Schaffung effizienter und zielgerichteter Präventionsmaßnahmen gerichtet sein. In der wissenschaftlichen Diskussion und davon abgeleitet in der örtlichen Suchtprävention gibt es drei Ebenen korrektiver Grundlagenarbeit im Bereich der Suchtproblematik und ich darf hierauf etwas eingehen.

Bei der primären Prävention handelt es sich um Maßnahmen für Menschen, die noch keine Suchtgifte konsumiert haben. Das Ziel ist also vorrangig auf die Konsumvermeidung ausgerichtet.

Bei der sekundären Prävention geht es vorrangig um Menschen, die schon mal etwas konsumierten. Die hier angesetzten Maßnahmen zielen vorrangig auf die Vermeidung gesundheitlicher Schäden ab und sollen eine zunehmende Abhängigkeit hintanhaltend. Weiters wird im Rahmen der sekundären Prävention auch versucht, die negativen sozialen Folgen des Drogenkonsums hintanzuhalten, das heißt, es soll vermieden werden, dass es zu familiären Problemen kommt, vielleicht zu einem Führerscheinentzug, dass eine Verarmung oder eine soziale Ächtung einsetzt, eventuell damit der Arbeitsplatzverlust einhergeht.

Bei der terziären Prävention wird versucht, einen Rückfall zu verhüten und rehabilitative Maßnahmen einzuleiten. Somit geht es um die Verminderung von Folgeschäden, um die Vermeidung eines Rückfalls in die Abhängigkeit, also um Punkte, die auch von der WHO vorgegeben werden.

Die kommunale Suchtprävention muss auf die Besonderheiten und Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinde abgestimmt sein. Effizient ist die Suchtprävention dann, wenn Aktivitäten mit allen Akteuren im lokalen Bereich abgestimmt sind und wenn alle Beteiligten langfristig koordinierte Strategien verfolgen. Und wenn die Vorgangsweisen politisch und administrativ gut am Boden verankert sind.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und Stadtsenat! Die SPÖ-Fraktion unterstützt ausdrücklich die Initiative von Dr. Koits und Silvia Huber in diesem Bereich, ein breit angelegtes Projekt zur Suchtprävention in der Stadt Wels zu implementieren. Wir ersuchen Dr. Koits und Silvia Huber aus Gründen der hohen Relevanz dieses Projektes für unsere Stadt dem Gemeinderat über dessen Fortgang zu berichten.

Sehr geehrte Damen und Herren von den anderen Fraktionen, von der ÖVP, der FPÖ und den GRÜNEN! Ich denke, dass aus Gründen der Wichtigkeit dieses Themas ihre Zustimmung zu unserem Antrag ebenfalls notwendig ist. Danke schön!

GR. Dr. Rabl: Zum Ersten habe ich eine Anregung und eine Kritik, durchaus gerichtet auch an das Präsidium bzw. an sie, Herr Bürgermeister. Wenn schon ein derartiger Dringlichkeitsantrag ca. eine Woche vor einer Gemeinderatssitzung eingebracht wird und uns ansonsten sämtliche Dringlichkeitsanträge übermittelt werden, nur eben speziell dieser eine nicht, kann ich dahinter durchaus Absicht vermuten. Es ergibt auch keinen Sinn, dass alle anderen Fraktionen eine Kopie dieses Antrages erhielten, nur wir als einzige Fraktion nicht. Das alles speziell dann, wenn wir als FPÖ schon rund acht Tage früher einen ziemlich gleichlautenden Initiativantrag in dieser Sache einbrachten und dieser entsprechend auf der Tagesordnung steht, also noch ehe von einer anderen Fraktion ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde. Wir nehmen das alles zur Kenntnis, nur weisen wir darauf hin, dass Demokratie aus unserer Sicht durchaus anders ausschaut. Und wir weisen darauf hin, dass die hier an den Tag gelegte Vorgangsweise nicht das ist, was wir unter einer fairen Zusammenarbeit verstehen. Handelt es sich aber um einen Irrtum der Dienststelle Präsidium oder von wem immer dafür Zuständigen, so nehmen wir das ebenfalls zur Kenntnis und es ist dieser Irrtum nicht ganz so schlimm. Solche Irrtümer mehren sich aber in letzter Zeit.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das war kein Irrtum, sondern Absicht! Ich muss hier den Bürgermeister ausdrücklich in Schutz nehmen, weil ich mich gegen eine solche vorzeitige Übermittlung ausgesprochen habe!

GR. Dr. Rabl: Ich nehme es zur Kenntnis, dass uns der Herr Finanzreferent absichtlich keinen Antrag zur Verfügung stellt, um uns diesbezüglich die Vorbereitungsmöglichkeit zu nehmen. Irgendwo ist es ja direkt gut, wenn so vorgegangen wird, denn das zeigt ja, welche Ansichten die SPÖ wirklich von der Demokratie hat bzw. wie sie über Demokratie denkt. Ist schon in Ordnung und ich bin froh darüber, dass das im Protokoll so drinstehen wird.

Auf der anderen Seite finde ich, dass das eine bedauerliche Entwicklung darstellt und die Sache insgesamt nicht so lustig ist, wie sie scheinen mag. Ich denke schon etwas voraus und muss sagen, dass es auf diese Art recht lustig wird, wenn wir uns die nächsten sechs Jahre zusammensetzen werden. Darauf freue ich mich direkt schon und die Bevölkerung wird sich auch darauf freuen, falls das wirklich so kommen sollte. Im gegenständlichen Fall finde ich es aber nicht in Ordnung und bin zusätzlich verärgert, nachdem ich nun weiß, dass das absichtlich so erfolgte.

Zwischenruf GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Und wen verärgern sie mit ihrer Wortmeldung!?

GR. Dr. Rabl: Ja, ja, sie können schon etwas daherplappern! Melden sie sich doch zu Wort und es wird schon passen!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Jetzt bekommst du dann ein Valium!

Bgm. Dr. Koits: Wortmeldungen nehme ich entgegen und nicht sie als Fraktionsvorsitzender!

GR. Dr. Rabl: Geben sie mir halt einen Ordnungsruf, einen Ruf „zur Sache“! Eine andere Möglichkeit haben sie nach der Geschäftsordnung leider nicht!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Es gibt auch noch den Wortentzug!

GR. Dr. Rabl: Ja, ich bin durchaus bereit, einen Wortentzug entgegenzunehmen. Wenn sie das machen, setze ich mich in aller Ruhe wieder auf meinen Platz.

Nun, prinzipiell hat wohl die SPÖ mit ihrem Dringlichkeitsantrag versucht, einen Gegenpol zu unserer Position zu schaffen. Wir sind zwar durchaus dafür, das von der SPÖ genannte Projekt zu unterstützen, halten aber das Geplante eigentlich für zu wenig, weil speziell jene Bereiche, die wir unterstützen wollen und von denen wir überzeugt sind, dass etwas gemacht gehörte, nämlich der öffentliche Bereich und der Bereich der Vereine, zu wenig berücksichtigt erscheinen. Wir glauben daher, dass ein eigenes Projekt erforderlich ist, noch dazu als das jetzt von der SPÖ vorgestellte Projekt ein Schattendasein führte. Es war davon in der Öffentlichkeit überhaupt nichts bekannt und wir möchten eine Kampagne durchgeführt sehen. Es wäre deshalb sinnvoll, über diese Sache im Ausschuss zu beraten.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag der SPÖ dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.



Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Fraktion an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 31 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Dr. Rabl: Dann setze ich jetzt meine Wortmeldung fort. Wir glauben, dass dieses Projekt „Wir setzen Zeichen“ zu wenig ist und sind auch der Meinung, dass es in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt ist. Dieses Projekt ist vielleicht als erster Schritt zu sehen, aber nicht als das, was wir uns erwartet haben, auch nicht das, was der Bevölkerung wirklich hilft. Nähere Ausführungen unsererseits werden später noch folgen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke einmal für diese einleitenden Ausführungen. Herr Dr. Rabl, ich möchte ihnen aber auch von meiner Seite aus einmal etwas sagen. Ich würde ihnen dringend empfehlen, sich selbst an die Spielregeln zu halten, dann können sie auch andere kritisieren.

Zum Zweiten darf ich festhalten, dass ich während meiner Zeit als Vorsitzender des Gemeinderates noch nie einen Dringlichkeitsantrag, nämlich weder einen von ihrer Fraktion, der ÖVP-Fraktion oder der SPÖ-Fraktion an die jeweils anderen Fraktionen verteilte. Wenn, dann haben sich die Fraktionen dies untereinander ausgemacht. Daher geht dieser Vorwurf ins Leere. Sie müssen sich das mit den anderen Fraktionsvorsitzenden ausmachen oder mit diesen abklären, egal wie immer sie das handhaben möchten. Das so weit von meiner Seite zu diesem Punkt ihrer Kritik.

StR. Huber: Das ist wieder einmal typisch Freiheitliche Partei: Sie glauben, alle Ideen für sich gepachtet zu haben. Bei ihnen läuft es aber tatsächlich so ab, dass sie kurzfristig eine Kampagne machen, kurzfristig etwas hinausblasen und damit hat es sich dann auch schon wieder. Bei uns ist halt die Vorgangsweise eine andere, denn wir arbeiten im Vorfeld, ehe wir darüber reden. Und an diesem Projekt arbeiten wir schon seit Frühsommer 08. Es ist an keine kurzfristige Kampagne gedacht, sondern es soll dieses Projekt vielmehr über drei Jahre hinweg laufen und sehr in die Tiefe gehen.

Für mich hat Sucht nicht nur mit Drogen zu tun. Es gibt ja auch noch diverses anderes Suchtverhalten, wobei dieses vom Essen über das Nikotin, den Alkohol usw. eben bis hin zu den Drogen reicht. Das alles wollen wir in dieses Projekt einbeziehen. Dafür gibt es schon sehr tiefgehende Vorbereitungsarbeiten – ich danke allen, die bislang mitgemacht haben – und es braucht tatsächlich eine gewisse Zeit der Vorbereitung, wenn man etwas Gescheites machen möchte. Ich weiß, das ist nicht ganz ihr Stil, aber unserer schon; wir wollen die Dinge entsprechend vorbereiten.

Wir brauchen ja nichts wegzuleugnen, das heißt, es gibt ganz einfach keine drogenfreie Gesellschaft. Ziel muss es deshalb sein, Kinder und Jugendliche in einer Weise zu erziehen oder ihnen die Dinge so ins Bewusstsein zu bringen, dass sie all diese Dinge gar nicht brauchen. Daran werden wir ganz intensiv arbeiten. Und wenn schließlich das Projekt steht – wir arbeiten auch sehr intensiv mit dem Institut für Suchtprävention zusammen – dann werden wir auch eine ordentliche Öffentlichkeitsarbeit machen, die in Zusammenhang mit einem solchen Projekt selbstverständlich nötig ist.

GR. Weidinger: Die ÖVP beteiligt sich hier nicht am Vaterschaftsstreit in Bezug darauf, wer bezüglich Suchtprävention die beste Idee hatte. In der Sache selbst haben vermutlich sowohl die SPÖ- als auch die ÖVP-Fraktion Recht.

Was wir aber der Kollegin Huber mitgeben wollen, das ist der Rat, mit dieser Präventionsarbeit unbedingt in die Schulen zu gehen. In der Schule passiert noch Erziehung und dort wird die Gesellschaft herangebildet. Es ist somit ganz wichtig, dass in diesem Bereich die Höheren Schulen nicht ausgelassen werden.

Wenn wir alle an einem Strang ziehen, sind verschiedene Dinge vorstellbar. Wir könnten beispielsweise einen drogenfreien Tag durchführen, sozusagen einen Anti-Drogen-Tag. Ich meine, es gibt in diesem Bereich viele Möglichkeiten. Jedenfalls erscheint uns die Arbeit in den Schulen als ganz wichtig.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Weidinger, ich kann ihnen versichern, dass es sich hierbei um ein sehr breit angelegtes Projekt handelt, in dessen Rahmen nicht nur die Stadt aktiv sein wird, sondern es werden viele Institutionen oder Organisationen darum gebeten – viele Vereine, die Polizei usw. – dabei mitzuarbeiten. Und wir sind froh für jeden Hinweis, für jede Idee, die uns geliefert wird, weil alles zusammen sicher sehr hilfreich ist, das Thema Drogen noch stärker ins Bewusstsein der Jugendlichen und auch der Erwachsenen zu bringen, womit dann auch eine entsprechende Umsetzung der Maßnahmen eher möglich erscheint.

StR. Dr. Wieser: Ich bin jetzt wirklich froh darüber, dass sich der Gemeinderat Weidinger zu Wort meldete und die Wichtigkeit der Schulen besonders hervorgehoben hat. Ich erinnere daran, dass dieses Thema schon einmal, vor etwa zwei Jahren, Diskussionsstoff hier im Gemeinderat war und damals brachte ich vor, dass es eigentlich ganz leicht sei, in Wels zu Drogen zu kommen. Ich musste seinerzeit nur meine zwei Kinder in der 5. Klasse Gymnasium fragen, wo es in Wels Drogen gibt. Da wurde mir gleich eine Reihe von Stellen aufgezählt, an denen man in Wels Drogen bekommen konnte. Das wurde mir sozusagen auf selbstverständliche Art aufgezählt. Gehen wir also in die Schulen und fragen wir die Kinder bzw. Jugendlichen, wo Drogen zu erhalten sind und dann können wir ja gewisse Ansätze weiterverfolgen.

Ich habe damals unvorsichtigerweise das Jugendzentrum im Schlachthof oder den dortigen Bereich genannt und kann mich noch gut an den Sturm der Entrüstung erinnern, der da losgegangen ist, nur weil ich eben diesen Bereich hier einbrachte. Es ist jedenfalls klar, dass hier der Schwerpunkt auf der Gefährdung der Jugendlichen liegt und wenn wir einmal wissen, wo es das alles in Wels gibt, kann man sich auch ungefähr vorstellen, wie diese Szene in Wels überhaupt organisiert wird und wie leicht es ist, in Wels zu Drogen zu kommen.

Vor kurzem habe ich erfahren – das sollte man bei diesem Projekt vielleicht auch mitnehmen und möglicherweise kann uns hier die neue Ordnungswache ein bisschen behilflich sein – dass man beim morgendlichen Besuch einer öffentlichen Bedürfnisanstalt Überraschendes vorfindet, nämlich eine ganze Menge an Heroin- und sonstigen Spritzen. Also, vielleicht kann man auch hier einmal nachschauen oder observieren, was sich eigentlich abspielt. Wenn wir nämlich diese Dinge nicht zerschlagen und nur in die Schulen gehen, um den Kindern zu erzählen, wie gefährlich eigentlich der Konsum von Drogen ist, dass sie brav sein sollen – ihnen vielleicht anhand von Beispielen erklären, wohin das alles führt – dann werden diese Kinder wahrscheinlich ziemlich

gelangweilt, da sie ohnehin genau über die ganze Szene Bescheid wissen. Ich meine also, dass man das auch von der anderen Seite her angehen sollte bzw. darf man nicht glauben, dass man mit dem Gutzureden recht viel ausrichtet. Unser für heute eingebrachter Antrag geht ja in diese Richtung und wir werden heute noch die Gelegenheit haben zu sehen, ob sie das umfassender verstehen, wenn sie schon solch eine Drogendebatte anfangen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke auch für diese Wortmeldung und sie gestatten mir eine Anwerkung: Man darf nicht so tun, als wäre bisher nichts geschehen. Tatsächlich wurde nämlich in der Stadt, bei der Polizei und bei anderen Organisationen laufend an diesem Thema gearbeitet. Das muss man wirklich bei dieser Gelegenheit festhalten. Dieses neue Projekt ist nun aber auf drei Jahre ausgelegt und es sollen zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen weitere Maßnahmen gesetzt werden. Und das alles wird sich nicht nur auf die Schulen beschränken, wie jetzt wieder eingebracht wurde. Es ist doch vollkommen klar, dass diese Debatte nicht allein bei Kindern abgehandelt werden kann.

GR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Aufgrund ihrer letzten Wortmeldung sehe ich mich dazu veranlasst, eine Richtigstellung ihrerseits einzufordern.

Ich möchte mir die Feststellung erlauben, dass uns Dringlichkeitsanträge vom Präsidium übermittelt werden – Faxbestätigungen habe ich da – also von einer ihnen untergebenen Abteilung. In den Jahren, seit ich im Gemeinderat sitze, wurde dies auch immer so gehandhabt. Und wenn jetzt das Präsidium ausschließlich an mich einen bestimmten Antrag nicht schickte, dann brauchte es dazu, wie der Kollege Wimmer ohnehin sagte, sicher einer Anordnung, in diesem Fall nicht derart vorzugehen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Du kannst eine Aufsichtsbeschwerde einbringen!

GR. Dr. Rabl: Ja, danke, ich weiß schon, dass es auch solch eine Möglichkeit gibt. Jedenfalls, Herr Bürgermeister, brauchen sie mir nicht zu sagen, dass das gegenseitige Informieren über die Einbringung von Dringlichkeitsanträgen in der Verantwortlichkeit oder in der Absprache der Fraktionen liegt, sondern es geht hier schon um die Verantwortlichkeit des Präsidiums, das ihnen untersteht.

Zum Zweiten haben sie eine Unfairness angesprochen bzw. warfen sie uns vor, dass wir uns nicht an Regeln halten würden. Also, mich würde schon interessieren, was eigentlich hinter diesem Vorwurf steckt. Vielleicht haben sie einmal Zeit, diese Sache bei einem halbstündigen Termin mit mir zu besprechen. Es wäre schon interessant zu erfahren, an welche Regeln wir uns nicht halten, denn für diesen Fall kann ich ihnen eine Liste dahingehend überreichen, wo sie sich nicht an Regeln halten.

Bgm. Dr. Koits: Herr Doktor Rabl, sie wissen, dass ich mich mit ihnen sehr gern unterhalte. Selbstverständlich mache ich das!

Nachdem ich keine weitere Wortmeldung sehe, kommen wir jetzt aber zur Abstimmung über den Sachantrag.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend das Projekt „Suchtprävention in Wels“ wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, hinsichtlich Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung betreffend drohende Postamtsschließungen und Personalabbau:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion sowie auszugsweise die dafür angegebene Begründung. Weiters stellt der Bürgermeister fest, dass der Antrag ordnungsgemäß unterschrieben wurde und rechtzeitig eingelangt ist.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Erarbeitung und Umsetzung eines Programms „Integration durch Sport“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 4 beigefügten Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion und stellt auch hier fest, dass eine ordnungsgemäße Einbringung erfolgte.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Thema „Bürger haben ein Recht auf Versorgungsgarantie bei Postdienstleistungen“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 5 beigefügten Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, welcher – wie der Bürgermeister festhält – ordnungsgemäß eingebracht wurde.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Maßnahmen zur Einführung des kostenlosen Kindergartenbesuchs ab September 2009:

Bgm. Dr. Koits bringt letztlich auch den als Anlage 6 beigefügten Dringlichkeitsantrag der ÖVP und den dazu von der FPÖ-Fraktion eingebrachten Abänderungsantrag (Anlage 7) zur Kenntnis.

GR. Mag. Holter: Die Dringlichkeit dieses Antrages ist wohl offenkundig, aber ich möchte darüber hinaus vorschlagen, diesen Antrag sofort in Behandlung zu nehmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Holter auf sofortige Behandlung des gst. Dringlichkeitsantrages wird

einstimmig angenommen.

Debatte zum Sachantrag:

GR. Mag. Holter: Der Sachverhalt ist ja weitgehend bekannt. Es gibt offenbar eine Lösung auf Landesebene in Hinblick auf die Einführung des Gratiskindergartens ab Herbst 2009, wobei noch in Diskussion steht, ob damit Halbtags- oder Ganztagsgruppen gemeint sind. Unabhängig davon wissen wir aufgrund der in Wels erhobenen Zahlen, dass es insbesondere im ersten und im zweiten Kindergartenjahr doch zu einer Zunahme der Nutzung durch Kinder kommen wird. Abgesehen davon werden die Auswirkungen nicht so dramatisch sein, wie man das vielleicht annehmen könnte, denn in Wels stehen wir schon jetzt der Vollnutzung sehr nahe.

Jedenfalls stellen sich in diesem Zusammenhang mehrere Fragen. Erstens werden sich pädagogische Änderungen durch eine noch stärkere Altersdurchmischung der Gruppen als bisher ergeben, das heißt, es werden doch insbesondere mehr Dreijährige zu integrieren sein. Zum Zweiten werden sich finanzielle Fragen speziell auch in Richtung Bezahlung der Kindergartenhelferinnen ergeben. Inwieweit wird der Einsatz von Helferinnen ausgeweitet und wo liegt der Kostenbereich der Stadt? Und drittens ist ein ganz wichtiger Punkt in der räumlichen Ausstattung zu sehen. Es ist damit zu rechnen, dass mit Einführung des Gratiskindergartens und einer erhöhten Besucherzahl der Raumbedarf weiter steigen wird. Ich getraue mir nicht, genauere Zahlen zu prognostizieren, aber irgendwo wird sich wohl eine Steigerung zwischen 20 und 30 Prozent ergeben.

Daher beantragen wir die Erstellung eines kreativen Konzeptes, das bis zur zweiten Gemeinderatssitzung des Jahres 2009 vorgelegt werden sollte. Die nähere Begründung entnehmen sie bitte dem Antragsschreiben selbst.

Nachdem sich die Frau Kollegin Maitner schon zu Wort meldete, befürchte ich, dass jetzt ein bestimmter Antrag kommt, nämlich ein Antrag auf Ausschusszuweisung. Sollte jetzt wirklich dieser Antrag kommen, was ich nicht ganz genau weiß, werden wir diesem zustimmen, nur ersuche ich sie, Herr Bürgermeister, als oberster Vertreter dieser Stadt doch auf etwas Bestimmtes Bedacht zu nehmen. Wir haben im April 2008 hier im Gemeinderat einen Antrag auf Überprüfung der Möglichkeiten zur Abhaltung eines Ethikunterrichts als Ersatz für Abmeldungen vom Religionsunterricht gestellt. Dieser

Antrag wurde damals, im April 2008, zur weiteren Beratung bzw. Behandlung an den Kulturausschuss verwiesen, dort aber bis heute, da wir den 11. Dezember 2008 schreiben, nicht behandelt. Also, Herr Bürgermeister, wir werden zwar, falls jetzt solch ein Antrag kommt, einer Zuweisung unseres heutigen Antrages an den Ausschuss zustimmen, weisen aber doch aufgrund der geschilderten Erfahrung mit einem Antrag vom April dieses Jahres darauf hin, dass es sich hier um Zustände handelt, die so nicht einfach hinzunehmen sind.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte jetzt nur sagen, Herr Mag. Holter, dass ich mit der Auslegung der Geschäftsordnung sehr großzügig war.

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Ich erlaube mir den Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen, diesen Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion dem Kindergartenausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 6) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an den Kindergartenausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte nur noch festhalten, dass im Rahmen der Ausschussberatungen auch der heute eingebrachte Abänderungsantrag (Anlage 7) der FPÖ-Fraktion einbezogen wird.

Somit haben wir jetzt sämtliche Dringlichkeitsanträge behandelt, das heißt, es wurde ihnen die Dringlichkeit zuerkannt und in zwei Fällen erfolgte sogar schon eine Behandlung des Sachantrages. Wir kommen jetzt zu unserer eigentlichen Tagesordnung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

1.)

Nachtragsvoranschlag (1.) der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2008;  
Feststellung  
FD-Fin-100-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 13.11.2008 und im Stadtsenat am 17.11.2008:

Der 1. Nachtragsvoranschlag (Anlage 8) der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2008 wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 169,338.300,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 169,338.300,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 20,229.600,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 20,229.600,--

StR. Dr. Wieser: Der Referent sagte im Rahmen seiner Berichterstattung, dass im Stadtsenat sehr ausführlich über diesen Nachtragsvoranschlag diskutiert worden sei, aber so genau war es auch wieder nicht. Es wird dort eigentlich deshalb nicht so genau auf das Zahlenwerk eingegangen, weil wir ja wissen, wie exakt und verlässlich unsere Beamten arbeiten. So sind wir eben sicher, dass hier ein Zahlenwerk vorliegt, das wie üblich sehr genau erstellt wurde.

Es ist ja wirklich sehr erfreulich – wir wissen nicht, was da in Zukunft angesichts gewisser Entwicklungen auf uns zukommt bzw. ob wir so etwas wie in den letzten beiden Jahren nochmals erleben werden – dass sich speziell auch im Jahr 2008 die Steuereinnahmen bzw. die Bundesertragsanteile derart gut entwickelten. Von dieser positiven wirtschaftlichen Entwicklung konnten sowohl der Bund als auch die Länder und Gemeinden sehr stark profitieren. Und wir sollten, glaube ich, die heutige Beschlussfassung dieses Nachtragsvoranschlages zum Anlass nehmen, um ein bisschen darüber nachzudenken, ob uns auch in den kommenden Jahren auf der Ausgabenseite so alles gelingen wird, wie das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Wir sehen aus den Zahlen, dass es allein im zu Ende gehenden Jahre ein Plus von 5,4 Mio. Euro bei den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gegeben hat. In Schilling – da können wir uns das noch immer besser vorstellen – sind es weit mehr als 70 Millionen, die wir an Mehreinnahmen zu verzeichnen haben, was natürlich sehr erfreulich ist.

Ich habe mir selbstverständlich das ganze Werk durchgeschaut, wobei es speziell bei den Ausgaben auch immer sehr interessante Abweichungen vom ursprünglichen Voranschlag gibt. Ich muss sagen, dass mir dabei eine Post schon ziemlich stark aufgefallen und aufgestoßen ist. Sie finden hier einen bestimmten Betrag nicht auf einer Budgetpost allein, sondern auf insgesamt sechs Positionen, nämlich unter den laufenden Nummern 315 bis 354. Das sind im Bereich der Abteilung für Soziales jene Positionen, unter denen es um die Zuschüsse für die Inanspruchnahme von Heimhilfen für Kinder in familiären Krisensituationen geht. Es wurde hier unter diesen sechs Positionen ein Betrag in Höhe von immerhin € 6,5 Mio. veranschlagt, aber sogar mit diesem hohen Betrag lässt sich das Auslagen nicht finden, weshalb im Nachtragsvoranschlag eine Erhöhung von insgesamt 956.000 Euro aufscheint, das heißt, man musste zusätzlich einige Kinder in Heimen unterbringen. Es sind das die Kinder in schwierigen familiären Verhältnissen, wobei man früher einfach von schwererziehbaren Kindern gesprochen hat. In Schilling – ich habe mir das ausgerechnet – sind es also bereits über 93 Millionen, die wir für solche Kinder ausgeben müssen. Man muss sich vorstellen, dass etwas über 90 Kinder von der Stadt Wels in verschiedenen Heimen untergebracht werden mussten, wobei sich die Jahreskosten für solch ein Kind auf rund 1 Mio. Schilling belaufen.

Wir haben schon einmal andeutungsweise über diese Heimunterbringungen hier im Gemeinderat gesprochen und ich glaube, dass wir uns wirklich einmal zusammensetzen sollten, um über diese Form der Heimunterbringungen zu sprechen bzw. sollten wir darüber nachdenken, ob eine solche Erziehungshilfe nicht auch in einer Form vor sich gehen kann, dass ein Budget nicht derart stark belastet wird. Ich weiß nicht, wo

oder ob hier überhaupt finanzielle Grenzen eingezogen werden könnten. Was ist denn, wenn wir im nächsten Jahr nochmals eine Steigerung um 20 oder vielleicht sogar 50 % hinnehmen müssen? Da können wir uns dann in Wels sonst fast nichts mehr leisten, weil eben für die Unterbringung schwererziehbarer Kinder oder von Kindern in bestimmten Familienkrisen schon so viel Geld draufgeht.

Damit man mir nicht vorwerfen kann, nur zu jammern, hätte ich in dieser Frage auch einen Vorschlag. Dieser lautet dahingehend, einmal mit dem Sozialhilfeverband Wels-Land in Kontakt zu treten, um anhand dessen Erfahrungen mit diesem Thema – dort wird man vielleicht ähnliche Probleme wie wir haben – möglicherweise gewisse Reaktionen oder Änderungen herbeiführen zu können. Ich weiß schon, dass man in Großstädten wie Linz – dort gibt es das bekannte Heim in der Spattstraße – oder auch in größeren Städten wie Wels mehr Probleme in dieser Richtung haben wird, aber andererseits dürfte doch auch der Bezirk Wels-Land diverse Probleme in dieser Richtung haben, weshalb ich mir vorstellen könnte, dass sich die beiden Welser Bezirke gemeinsam auf ein Gebäude oder die Errichtung eines Gebäudes für beide Bezirke einigen würden. In diesem Zusammenhang könnte ich mir weiters vorstellen, dass es besser wäre, sozusagen die eigenen problematischen Kinder im eigenen Bezirk betreuen zu können, als irgendwo weiter weg, beispielsweise in Linz. Ich meine also, dass uns im gemeinsamen Gespräch und bei gemeinsamen Bemühungen doch etwas Besseres einfallen könnte als die jetzige Praxis. Irgendwie müssen wir jedenfalls diese Kosten in den Griff bekommen, die sich in den letzten Jahren zum Teil dramatisch entwickelten. Wir müssen wirklich schauen, dass uns diesbezüglich gemeinsam etwas einfällt.

GR. Mag. Holter: Das Thema Heimunterbringung haben wir von der ÖVP bereits anlässlich der letzten Budgetdebatte angesprochen. Ich teile durchaus die Ansicht des Dr. Wieser, dass es sich hierbei um ganz erhebliche finanzielle Mittel handelt, die einzusetzen sind. Und es gab ja schon einmal die Diskussion darüber, ob man nicht günstiger – unter Anführungszeichen – fahren würde, falls man in Wels selbst ein derartiges Heim errichtete, ein Heim für Kinder aus unserer Gemeinde. Das Ganze hat aber auch einen etwas problematischen Hintergrund, den man schon auch mitbeleuchten muss. Viele von uns – speziell wahrscheinlich Herr Dr. Rabl und ich – hatten schon von Berufs wegen mit solchen Fragen zu tun, wobei sich immer wieder herausstellt, dass die Wegnahme von Kindern aus den Familien die letzte Maßnahme darstellt. Als letzte Maßnahme ist diese Vorgangsweise insbesondere aus zwei Gründen zu betrachten. Der Hauptgrund dürfte ihnen allen bekannt sein; er liegt in der Vernachlässigung und Kindesmisshandlung. Der zweite Hauptgrund – es ist schon sehr interessant, wenn man sich das vergegenwärtigt – ist das Thema „Kind als Einkommensquelle“. Letzteres weil es, aus welchen Gründen heraus immer, nicht wenige Fälle gibt, in welchen die Abnahme der Kinder für die Eltern nicht das ganz große Problem darstellt bzw. nicht jenes große Problem wie der damit verbundene Verlust der Familienbeihilfe. Das sind an sich sehr problematische Wertigkeitsfragen. Da wir also in manchen Familien das Materielle bzw. das Einkommen höher bewertet als das Kindeswohl an sich.

Natürlich hätte es Fantasie, ein Heim für diese Kinder in unserer eigenen Stadt zu haben, andererseits muss man sehr wohl differenzieren. Es gibt nämlich in Zusammenhang mit diesen Heimunterbringungen sehr wohl Fälle – da lasse ich jetzt einmal die finanziellen Belange weg – in denen eine Kindesunterbringung an etwas weiter entfernten Orten vernünftiger erscheint als in der eigenen Gemeinde, weil in der eige-



nen Gemeinde doch die ständige Gefahr eines gewalttätigen Zugriffs von Eltern, Verwandten etc. besteht. Das ist also ein sehr sensibles Thema. Die meisten Kinder, die hier in Wels abgenommen wurden, befinden sich übrigens nicht in überwiegender Zahl in Linz, in der Spattstraße, sondern in Heimen bis nach Windischgarsten hinein.

Spricht man also über dieses Thema, muss man sich auch einmal vergegenwärtigen – über Kindesmisshandlungen und dergleichen spricht man ja häufiger – wie wichtig doch für relativ viele Eltern in Zusammenhang mit Kindern der materielle Gegenwert ist. Da sträubt man sich also gegen eine Kindesabnahme oft deshalb, weil damit die Familienbeihilfe wegfällt. An solchen Erscheinungen müssen wir alle zusammen arbeiten; das hat mit Bewusstseinsbildung zu tun.

Und ob die Unterbringung in einem eigenen Heim im Endeffekt billiger oder möglicherweise auch teurer käme, vermag ich nicht zu beurteilen. Auf der anderen Seite wäre es schon einmal ganz interessant zu wissen, was an diesen üblichen Unterbringungsstellen tatsächlich so viel kostet. Aber ansonsten ist schon auch zu bedenken, dass eine räumliche Entfernung von der Heimatgemeinde wegen gewisser negativer anderer Gründe durchaus geboten erscheint.

StR. Huber: Wie soll ich es sagen? Wie oberflächlich seitens der Freiheitlichen Partei auch in diesem Bereich gearbeitet wird, sieht man schon in der Weise, dass es sich hier teilweise um verschiedene Maßnahmen bei den einzelnen Budgetposten handelt. Es wurde von 956.000 Euro zusätzlich für Heimunterbringungen gesprochen, aber so ist es nicht. Konkret waren es 440.000 Euro, die zusätzlich für Heimunterbringungen benötigt wurden und 360.000 Euro für die Unterstützung bei der Erziehung.

Und wenn sie meinten, dass es sich hier um Maßnahmen handelt, die man früher unter dem Titel der „schwererziehbaren Kinder“ zusammenfasste, dann stimmt das so auch nicht. Man kann doch nicht einfach von schwererziehbaren Kindern sprechen, wenn es um Misshandlungen, sexuellen Missbrauch, um Eltern unbekanntem Aufenthalts, um die teils vollkommene Verwahrlosung Minderjähriger geht, um die Alkoholabhängigkeit der Eltern etc. Da stecken somit Vorgänge etc. dahinter, die man eigentlich nur mit einem „schweren Schicksal“ bezeichnen kann und ich kann ihnen versichern, dass es sich meine Mitarbeiterinnen im Jugendwohlfahrtsbereich sicher nicht einfach machen.

Und wären sie zu mir gekommen, hätte ich ihnen sehr leicht Aufklärung für den einen Bereich geben können. Es war nämlich so, dass wir noch im dritten Quartal 2007 sehr dringend eine Familie unterbringen mussten, die dafür angefallenen Kosten aber erst im Jänner 2008 in Rechnung gestellt wurden. Somit spielte ein Vorfall aus dem Jahr 2007 in das Jahr 2008 hinein.

Es wurde gesagt, dass schon öfter über die Errichtung eines im Besitz der Stadt Wels befindlichen Heims diskutiert worden sei. Das stimmt in gewisser Weise bzw. wurden dahingehend schon Überprüfungen angestellt. Im Jahre 2007 wurde das ziemlich konkret geprüft. Dabei stellte sich heraus, dass es Punkte gibt, die durchaus für die Errichtung eines eigenen Heims sprechen, aber andererseits – Herr Gemeinderat Holter hat das jetzt erwähnt – gibt es auch Situationen, in denen es durchaus gut ist, wenn eine gewisse Distanz zwischen den Kindern oder Jugendlichen und deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, zu diversen Familienmitgliedern etc. gegeben ist. Abgesehen davon kann man nicht alle Jugendlichen in einem bestimmten Heim zusammen unterbringen, weil die Probleme der Jugendlichen oder mit den Jugendlichen nicht immer

gleichgelagert sind. Wenn wir aber über die Einrichtung eines solchen Hauses in Wels vorwiegend aus Kostengründen diskutieren, kann ich ihnen vergleichsweise etwas ganz konkret sagen, nämlich dass sich die Tagsätze in Linz – dort werden zwei eigene Heime betrieben – auf 145 bzw. auf 130 Euro belaufen. Es gibt auch für das Personal bestimmte Qualitätskriterien, die erfüllt werden müssen.

Wenn ich jetzt bei der Qualität bin, dann kann ich mit ihnen sehr wohl über einen bestimmten Punkt diskutieren. Ich meine, es kann eigentlich nicht sein, dass das Land Oberösterreich zwar gewisse Qualitätskriterien vorschreibt, dann aber nicht mitzahlt. Im Bereich der Jugendwohlfahrt ist das leider so und hier wäre bestimmt ein Ansatzpunkt für die Entlastung der Gemeinden gegeben.

Jedenfalls möchte ich nochmals festhalten, dass es sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesen Heimeinweisungen etc. bestimmt nicht leicht machen. Und teilweise wird auch im Wege anderer unterstützender Maßnahmen versucht, nicht nur im Wege der Heimunterbringung, gewisse Erfolge zu erzielen, mit denen eben hoffentlich erreicht werden kann, dass nicht unbedingt eine Heimunterbringung notwendig wird.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke für diese Diskussion. Ich finde es recht erfreulich und bemerkenswert, wenn unter dem Titel „Nachtragsvoranschlag“ solch eine Debatte geführt wird. Es zeigt diese einerseits, dass das Problembewusstsein insgesamt vorhanden ist, nämlich nicht nur den finanziellen Bereich betreffend, sondern auch in Bezug auf die Sache selbst, wo man durchaus unterschiedliche Standpunkte vertreten kann.

Dass diese Arbeit im Jugendbereich, die sicher eine sehr anstrengende ist und um die ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht beneide, auch etwas kostet, und zwar als Folge der getroffenen Entscheidungen, das liegt wohl auf der Hand. Ich möchte aber betonen, dass es keine Diskussionen zwischen der Sozialreferentin und dem Finanzreferenten gibt, wenn es um die Aufbringung der hierfür notwendigen Mittel geht, denn dies stellt in der heutigen Zeit wohl eine Selbstverständlichkeit dar. Nach den Wertvorstellungen, die zumindest wir als sozialdemokratische Fraktion vertreten, ist es nun einmal so, dass die Ansicht vertreten wird, dass hierfür die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen sind. Genauso gibt es selbstverständlich noch viele andere Bereiche, die uns als besonders wichtig erscheinen.

Ich bedanke mich bei Herrn Dr. Wieser. Ich finde es bemerkenswert und erstaunlich, dass er sich erstmals – ich bin jetzt das zehnte Jahr Finanzreferent – in diese Materie, allerdings nur in einem kleinen Segment, eingelesen hat. Insgesamt hat er die Zahlen vollkommen richtig wiedergegeben, was durchaus erfreulich erscheint. Ich glaubte bisher stets, Herr Dr. Rabl sei der Finanzsprecher der freiheitlichen Fraktion, aber wie man sieht, wurde er offenbar sehr erfolgreich von Herrn Dr. Wieser abgelöst.

Somit ersuche ich sie jetzt um Feststellung dieses Nachtragsvoranschlages.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatte Stadtrat Dr. Friedrich Ganzert

2.)

Kindergarten und Hort der Kreuzschwestern, Wels, Stefan-Fadinger-Straße 10;  
Generalsanierung und Erweiterung;  
Abschluss einer Fördervereinbarung mit der Kongregation der Barmherzigen  
Schwestern vom hl. Kreuz, 4020 Linz, Wurmstraße 3  
KI-KiV-224-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kultur-, Schul- und Kindergartenausschuss am 25.11.2008:

Der Abschluss eines zivilrechtlichen Vertrages (Vereinbarung) betreffend die Subventionshingabe der Stadt Wels für die Generalsanierung und Erweiterung des Kindergartens und Hortes der Kreuzschwestern in Wels, Stefan-Fadinger-Straße, zwischen der Stadt Wels und der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Kreuz wird gemäß dem beigeschlossenen Vereinbarungsentwurf (Anlage 9) bewilligt.

Bgm. Dr. Koits: Zum Bericht des Finanzreferenten, wonach es mit der ursprünglich vorgesehenen Drittelteilung der Kosten nicht funktionierte und nun die Stadt mit einem zweiten Drittel einspringt, möchte ich schon noch anmerken, dass wir uns sehr wohl weiter darum bemühen müssen, die zuerst ausgemachten Bedarfszuweisungsmittel doch noch vom Land zu erhalten. Es kann nämlich nicht sein, dass beim Rahmenkontingent, das wir für städtische Projekte eingeräumt erhalten, auch alle anderen privaten und als förderungswürdig anerkannten Projekte eingerechnet werden. Bei dieser Vorgangsweise bzw. bei Einreichung entsprechend vieler privater Projekte könnte ja sonst womöglich der Fall eintreten, dass wir als Stadt für die städtischen Projekte überhaupt keine Bedarfszuweisungsmittel mehr bekommen.

StR. Dr. Ganzert: Ackerl sagte uns ganz einfach, dass er von Pühringer nicht die notwendigen Mittel erhielt, um dieses Projekt der Kreuzschwestern unterstützen zu können!

Bgm. Dr. Koits: Wie auch immer! Ich trete hier für die Interessen der Stadt Wels und der in Wels tätigen Vereinigungen oder Organisationen ein, nicht für jene des Landes oder eines bestimmten Referenten. Da geht es ganz konkret um die Kinder in unserer Stadt und die erscheinen uns so wichtig, dass wir uns letztlich doch dazu bereit erklärten – das soll eben durch den heutigen Beschluss zur Absegnung gelangen – auch noch diese ausgefallenen Bedarfszuweisungsmittel zu übernehmen, denn alles andere hätte ja überhaupt keinen Sinn gemacht.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

3.)

Private Schulen der Franziskanerinnen, Wels, Vogelweiderstraße 2 - 4;  
Gewährung eines Zuschusses für Sanierung und Zubau der Hauptschule  
SF-Schu-127-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kultur-, Schul- und Kindergartenausschuss am 25.11.2008:

Die privaten Schulen der Franziskanerinnen Wels, Vogelweiderstraße 2 – 4, erhalten in 4 Raten für die Sanierung und den Zubau zur Hauptschule einen Gesamtzuschuss in der Höhe von € 323.000,--.

Der vorgesehene Subventionsbetrag für das Jahr 2008 in der Höhe von € 80.000,-- ist in einem zur Auszahlung zu bringen.

Die Auszahlungen der weiteren Teilbeträge in den Jahren 2009 – 2011 (2009 und 2010 je € 80.000 und 2011 € 83.000) erfolgen nach den in den jeweiligen Voranschlägen festgelegten Bedingungen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

4.)

Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft e.Gen.m.b.H.,  
Wels, Laahener Straße 21 a;  
Errichtung und Ausstattung des Objektes „Betreubares Wohnen“ im Schlosspark  
Lichtenegg;  
Gewährung einer Subvention für die Küchenausstattung  
SO-SD-67-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Familien- und Jugendausschuss am 25.11.2008:

Im Rahmen der Errichtung und Ausstattung des Objektes „Betreubares Wohnen“ im Schlosspark Lichtenegg übernimmt die Stadt Wels die Kosten der Küchenerstausstattung für die 30 Wohnungen in Höhe von maximal netto € 115.851,-- im Wege einer Subventionsgewährung an die Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft, 4603 Wels, Laahener Straße 21 a. Die Auszahlung erfolgt nach Fertigstellung frühestens 2010.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage der Originalrechnungen in Höhe des Gesamtbetrages innerhalb von 6 Monaten nach Überweisung des Betrages zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Bernhard Wieser

5.)

Feuerwehr;  
Bestellung des Pflichtbereichskommandanten und seiner  
Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Wels  
BZ-Fp-1169-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 01.12.2008, der Gemeinderat möge den als Anlage 10 beigefügten Bescheid, BZ-Fp-1169-2008, beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;  
3. Vertragsanpassung über die Zusammenarbeit von Stadt Wels und  
Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft m.b.H. (ARO)  
betreffend Sammelsystem für Papierverpackungen  
SB-Awi-852-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 01.12.2008:

Der als Anlage 11 beigefügte Nachtrag Nr. 3 zur Vereinbarung über die Sammlung von Papierverpackungen in der Stadt Wels mit der Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft m.b.H., 1061 Wien, Gumpendorfer Straße 6, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Gerhard Kroiß

7.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Petition an die Oö. Landesregierung zur Förderung der städtischen Ordnungswache  
DI-Verf-385-2008

GR. Kroiß: Wie sie bestimmt alle gelesen haben – außerdem wurde vom Herrn Bürgermeister heute schon unter seinen Mitteilungen darauf hingewiesen – wird es in Wels schon bald eine städtische Ordnungswache geben. Diese Ordnungsbeamten oder Ordnungswächter sollen durch auffällige Anwesenheit, durch mahndes Auftreten, Unterbindung unsozialen Verhaltens und durch das Fungieren als Ansprechpartner für die Bürger und Besucher unserer Stadt für mehr Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum sorgen.

Heute geht es uns aber nicht nur um den Sicherheitsgewinn für die Bürger unserer Stadt, der mit der Einführung dieser Ordnungswache verbunden sein wird, auch nicht um einen Urheberstreit, das heißt, wir sind in erster Linie froh darüber, wenn in diesem Bereich endlich einmal etwas für die Sicherheit getan wird. Worum es uns aber heute konkret geht, das ist die finanzielle Entlastung der Stadt Wels. Diese Ordnungswächter werden richtigerweise bei der Stadt Wels angesiedelt und somit dem Magistrat bzw. dem Herrn Bürgermeister direkt unterstellt. Demzufolge sind sie natürlich auch von der Stadt Wels zu bezahlen. Und wenn wir zwar heute noch nicht genau wissen, welche Befugnisse diese Ordnungswächter erhalten und wie die genaue Vorgangsweise bei der Einrichtung dieser Ordnungswache aussehen soll, eines wissen wir schon mit Sicherheit: Es wird diese Ordnungswache sehr viel Geld kosten. An laufenden Kosten werden rund 300.000 Euro jährlich gegeben sein und das ist für die Stadt Wels schon eine ziemlich starke finanzielle Belastung.

Und was nun diese Kosten betrifft, sind wir ganz einfach der Meinung, dass diese nicht allein die Stadt Wels zu tragen hat bzw. dass diesbezüglich auch das Land Oberösterreich in die Pflicht genommen werden müsste. Deshalb möchten wir heute im Gemeinderat eine Resolution verabschiedet sehen, in welcher es darum geht, dass die Oö. Landesregierung ein Fördermodell erarbeitet und dann dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegt. Ich ersuche sie daher, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

GR. Anreitter: Wir werden uns heute bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Es wurde zwar heute kurz erwähnt, dass es solch eine Ordnungswache geben soll, aber ansonsten haben wir diesbezüglich nur einmal kurz etwas den Medien entnommen. Für uns ist also die Information über dieses Projekt generell noch etwas zu dürftig geraten, als dass wir heute schon einem derartigen Antrag die Zustimmung geben könnten oder wollten.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf an dieser Stelle noch sagen, dass selbstverständlich nach Beschlussfassung im Stadtsenat über die Einrichtung der Ordnungswache – dieser ist nun einmal für diesen Beschluss zuständig – die Fraktionen über die Details informiert werden, also über die ganzen Abläufe und Kosten bzw. darüber, bei wem aller die Absicht besteht, um Kostenbeteiligungen anzusuchen. In diesem Stadtsenatsbeschluss –

soweit ist das in der Beschlussvorlage enthalten – sind also auch die Kosten bzw. entsprechende Ersuchen um Beteiligungen vorgesehen.

Der Antrag (Anlage 12) zu Punkt 7. der Tagesordnung wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion und GR. Landauer)  
27 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
und 2 Stimmenthaltungen (GR. Anreitter und GR. Mag. Springer)  
abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer und GR. Baumgartner sind bei der Abstimmung zu Punkt 7. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dr. Andreas Rabl

8.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Start einer „Anti-Drogen-Kampagne“  
DI-Verf-388-2008

GR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Antrag hat seine Ursache darin, dass erst kürzlich der Österr. Drogenbericht veröffentlicht wurde. Ein Teil der Begründung unseres Antrages ist diesem Drogenbericht entnommen.

Für Wels ist dieser Drogenbericht überraschend deutlich. Er sagt aus, dass die Welser Suchtgiftszene gewachsen ist, dass Drogen an öffentlichen Plätzen und in einschlägigen Lokalen ohne Probleme zu erhalten sind. Es ist in Wels jederzeit möglich, auf der Straße Drogen zu kaufen. Ich zitiere jetzt wörtlich: Das sichergestellte Cannabis wurde teilweise von Tätern türkischer und albanischer Abstammung eingeschmuggelt und in Wels in Umlauf gebracht. Im Raum Wels ist ein Monopol albanischer Tätergruppen in Bezug auf den Heroinschmuggel und –handel feststellbar und als Kokainhändler fungieren sowohl Schwarzafrikaner als auch Staatsangehörige der Dominikanischen Republik. Das ist es, was im Drogenbericht steht.

Die Droge Nummer 1 bei den Jugendlichen ist Cannabis. 24 Prozent der Jugendlichen haben Cannabis schon konsumiert.

Und angesichts dieser Fakten stellt man sich schon die Frage, ob eigentlich seitens der Stadt Wels genug gegen diese Entwicklungen getan wird. Das heute von der SPÖ mit der grundsätzlichen Vorstellung eines Projektes gesetzte Zeichen ist vor allem dadurch

aufgefallen, dass man gar kein Zeichen gesehen hat und dass keine Zeichen gesetzt wurden. Zumindest bisher ist in dieser Richtung nichts geschehen und das ist durchaus sehr schade. Solch ein Projekt wurde weder im Gemeinderat noch im Stadtsenat oder in einem Ausschuss behandelt und angesichts dessen muss man sich schon die Frage stellen, mit welchem Beschluss in Zusammenhang mit diesem heute angeschnittenen Projekt überhaupt agiert wird und ob dafür überhaupt Budgetmittel zugewiesen wurden. Wenn ich beispielsweise an das ehrgeizige Ziel einer breiten Information der Bevölkerung denke, so wie es heute geheißen hat, muss ich sagen, dass diese wohl nur aufgrund entsprechend vorhandener Budgetmittel machbar ist. Diese Budgetmittel sind aber derzeit nicht vorhanden. Das heißt somit, dass es zum Ersten die Arbeiten an diesem Projekt noch gar nicht lange geben kann und zweitens vermute ich, dass dieses Projekt überhaupt erst aufgrund der freiheitlichen Initiative ins Leben gerufen wurde. Deswegen kam wohl dieser überraschende Dringlichkeitsantrag der SPÖ, welcher, wie heute schon erwähnt, den Freiheitlichen vorenthalten wurde, nämlich in der üblichen Demokratieverweigerungsstruktur der SPÖ. Aber mit dem muss man halt als Oppositionspartei leben, wobei das manchen leichter fällt als mir, wie ich weiß.

Wenn man sich nun die Zahl der steigenden Drogendelikte betrachtet, weiß man auch, dass das Thema „Drogen“ generell in der SPÖ mangelhaft bis gar nicht behandelt wurde. Offenbar haben die Sicherheit und die Drogenprävention in der SPÖ nicht den Stellenwert, den sie eigentlich haben sollten. Und das ist wohl der Grund dafür, dass man bisher seitens der Stadt und der SPÖ nicht ausreichend dafür sorgte, dass manchen Vereinen oder Plätzen, die allenfalls im Verdacht stehen, als Drogenumschlagsplatz zu fungieren, beispielweise der „Alte Schlachthof“, nicht die nötige Beachtung geschenkt bekamen bzw. die nötige Aufklärung in der Richtung erhielten, dass man gegen das Drogenproblem wirklich etwas machen sollte und müsste.

Ich halte es nicht für angebracht, dann, wenn im Gemeinderat derartige Verdächtigungen erhoben werden, groß dagegen zu protestieren und einfach zu sagen, dass das alles eine Verleumdungskampagne der FPÖ darstellt. Es reicht nicht aus, der FPÖ vorzuhalten, dass die FPÖ selbst nichts vorbereite. Tatsächlich ist doch die SPÖ allein mit ihrer absoluten Mehrheit dazu in der Lage, sie ist aber diesbezüglich immer nur untätig. Die SPÖ ist also, wie man heute wieder sieht, de facto auf unsere Ideen angewiesen, was uns durchaus ehrt, genauso wie es uns ehrt, wenn dann in der Folge von der SPÖ auch noch schnell ein Antrag eingebracht wird, der dort und da ähnlich wie einer unserer Anträge lautet. Auf der anderen Seite müssen wir fast bedauernd feststellen, dass wir jene sind, die in unserer Stadt die Themenführerschaft übernehmen müssen, damit etwas weitergeht.

Wir glauben, dass es notwendig ist, gerade auch über die Vereine tätig zu werden. Wenn ein Verein in den Verdacht gerät, etwas mit einem Drogenumschlagsplatz zu tun zu haben, dann erscheint es uns ganz einfach als notwendig, dass die Stadt Maßnahmen ergreift, nämlich Maßnahmen, die wirken. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder ist ein bestimmter Verein völlig unschuldig in Bezug auf irgendwelche Verdächtigungen – das kann ich konkret überhaupt nicht beurteilen – aber dann hat sich der Verein auch sehr klar von jeglichen Drogen zu distanzieren und die Stadt Wels hat entsprechende Projekte einzuleiten, damit völlig klar ist, dass im Bereich eines bestimmten Vereins eine drogenfreie Zone gegeben ist. Und die zweite Möglichkeit besteht darin, dass ein Verein, der sicher auch im Ruf steht, viel Positives für die Jugend zu leisten, bei dem aber vielleicht doch Gewisses passiert, vermehrt in die Drogenprävention einbezogen werden sollte, sodass den Jugendlichen klargemacht



werden kann, welche Auswirkungen mit dem Drogenkonsum verbunden sein können. In Hinblick auf diese Auswirkungen hätte ich noch eine Zahl. Es ist so, dass 46 % der Drogendelinquenten arbeitslos sind. Das heißt also, dass der Drogenkonsum die Spannkraft eines Menschen abbaut und Aktivitäten, die sonst in einem Menschen vorhanden erscheinen, nicht mehr spürbar sind.

Wir glauben daher, dass unser Konzept wesentlich weiter ist als jenes der SPÖ und dass hier viel aktiver Maßnahmen zu ergreifen sind als bisher mit diversen Worten. Wir stellen fest, dass die SPÖ bisher wirklich sehr untätig war und es auch deswegen zu diesem vermehrten Drogenproblem gekommen ist.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke mir, Herr Gemeinderat Rabl hat auch jetzt wieder bewiesen, dass Ahnungslosigkeit nicht davor schützt, sich zu Wort zu melden.

Wenn wir diesen Antrag lesen, dann stellt dieser doch nichts anderes als eine Abschreibübung aus dem Sicherheitsbericht dar, das heißt, das Einzige, was damit die FPÖ schaffte, nämlich bei der Auseinandersetzung mit der Drogenproblematik, das ist eine Aufzählung gewisser Prozentanteile und dergleichen. Ich denke, wir überlassen es ganz einfach den Freiheitlichen, sich in dieser Form mit dem Drogenproblem zu beschäftigen. Wir wollen jedoch haben, dass Prävention in unserer Stadt wirklich als umfassender Begriff gesehen wird. Und das Projekt, von welchem eingangs der Sitzung die Rede war, ist eines, das bereits im 2. Quartal dieses Jahres ins Leben gerufen wurde. Es stellt darauf ab, die verschiedensten Akteure in dieser Stadt zusammenzubekommen, damit die verschiedensten Ebenen tatsächlich bearbeitet werden können.

Eines ist aber bei diesem Thema ganz sicher. Die ordnungspolitische Komponente ist diejenige, welche überall in die Sackgasse führte und zu nichts anderem als zu einer Kriminalisierung. Die Jugendlichen spüren also immer nur den starken Staat, aber keinen Schutz bzw. keine wirkliche Unterstützung bei der Bewältigung ihres Problems. Die Drogen- und Suchtprävention muss aber in einer ganz anderen Weise ansetzen. Es müsste schon einmal verhindert werden, dass Jugendliche mit dem Rauchen beginnen, dass ihnen erklärt wird, was eine Alkoholabhängigkeit bedeutet etc. Somit geht es nicht einfach darum, irgendwelche Polizeiberichte zusammenzufassen und jenen, die gefährdet erscheinen, in die Suchtproblematik abzugleiten, mit dem erhobenen Zeigefinger zu drohen.

Wir als Sozialdemokraten haben im Wesentlichen ein Konzept auf den Tisch gelegt. Wir sind gerade dabei, eines auszuarbeiten, das gute Chancen hat, in diesem Bereich etwas zu erreichen. Wir wollen das nicht nur auf sicherheitspolitische Maßnahmen reduziert wissen. Es muss vielmehr, ergänzt um diese präventiven Maßnahmen, ein Gesamtpaket geschnürt werden.

StR. Huber: Über das schon vor Monaten beim Magistrat eingeleitete Projekt will ich gar nicht mehr reden, denn darüber ging es schon zu Beginn der heutigen Sitzung.

Aber, lieber Kollege Rabl, ich lade dich ein, etwas öfter zu kommen und dich selbst zu informieren. Es ist nämlich so, dass Gemeinderäten auch eine Holschuld zukommt, das heißt, es muss nicht unbedingt gewartet werden, bis einem sozusagen vom Amt her etwas auf den Tisch gelegt wird. Würdest du gelegentlich kommen, hätten wir höchst-

wahrscheinlich auch über dieses Thema gesprochen und dann wüsstest du ganz genau, wie lange wir an diesem Projekt schon arbeiten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch etwas zum „Alten Schlachthof“ sagen, der gerade angesprochen wurde. Das war heute wieder einmal ganz typisch. Dabei werden wir wohl alle wissen, dass es eine drogenfreie Gesellschaft nicht gibt. Es gibt auch keine drogenfreien Zonen, nicht in der Schule noch sonst wo. Es kann somit niemand eine Garantie dafür übernehmen, dass sich wenigstens an bestimmten Orten nichts in Bezug auf Drogen abspielt. Wir haben allerdings sehr wohl etwas gemacht. Und zwar haben wir die Polizei gebeten, von August weg Prüfungen im „Alten Schlachthof“ durchzuführen, weil wir ja wissen, dass uns manche Leute einen gewissen Ruf zuordnen, den wir uns aber nicht verdient haben. Und bei den 20 Überprüfungen bis Ende November gab es laut Auskunft des Stadtpolizeikommandanten Klaus Hübner keine Wahrnehmungen in Richtung Drogendelikte. Lediglich zwei Einsätze hatten mit einem Raufhandel zu tun und zwei Einsätze bezogen sich auf Einbruchsdiebstähle. Das ist ein Faktum und dieses Faktum müssen auch sie anerkennen.

Wie ich schon sagte, kann ich ihnen nicht dafür garantieren, dass es irgendwo tatsächlich eine drogenfreie Zone gibt, aber ich kann ihnen dafür garantieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im „Alten Schlachthof“ echt darum bemüht sind, diese negativen Erscheinungen fernzuhalten. Und wenn man sich vorstellt, wie viele Nationalitäten den „Alten Schlachthof“ ziemlich regelmäßig besuchen, dann weiß man auch, wie gut dort eigentlich gearbeitet wird.

GR. Pernkopf: Zum Kollegen Reindl-Schwaighofer darf ich schon sagen, dass es nicht nur um die Prävention geht, die natürlich in der Drogenbekämpfung das Wichtigste ist, aber aus der Sicht der Polizei ist es auch besonders wichtig, die Nachschubwege entsprechend abzuschneiden. Es gilt also, mit aller Macht daran zu arbeiten, dass die Nachschubwege stillgelegt werden. Sie können sicher sein, dass wir von der Polizei sehr dahinter sind, dass alle Maßnahmen gesetzt werden, um diesen kriminellen und brutalen Tätern auf die Spur zu kommen.

Aus Sicht der ÖVP ist es nicht sinnvoll, einzelne Vereine, wo es vielleicht in gewisser Größenordnung ein Drogenproblem gibt, herauszunehmen. Vielmehr sind wir der Meinung, dass mit allem Nachdruck daran gearbeitet werden muss, die Sümpfe trockenzulegen und zu schauen, dass von unserer Seite diverse Maßnahmen auch in Zukunft bestmöglich unterstützt werden. Das eine ist demnach Angelegenheit der Polizei und das andere ist Sache der Gesellschaft bzw. des Magistrates.

GR. Ing. Matzinger: So wie mein Vorredner soeben sagte, wird es nicht darum gehen, uns gegenüber irgendeiner anderen Fraktion in Sachen Drogenpolitik besonders herauszustellen oder eventuell das Thema überhaupt nicht zu behandeln, andererseits wird es auch nicht darum gehen können, eine Fraktion deshalb zu verurteilen, weil die irgendwo ihre Finger auf die Wunde legt. Speziell dann sollte man sich von derartigen Auslegungen heraushalten, wenn man selbst im Glashaus sitzt, so wie der Kollege Reindl-Schwaighofer, der zuerst sagte, es gebe ein fertiges Konzept, das gerade ausgearbeitet wird. Herr Kollege Reindl-Schwaighofer! Entweder haben sie ein fertiges Konzept oder sie arbeiten gerade eins aus. Jedenfalls gibt es kein fertiges Konzept, das gerade ausgearbeitet wird.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Jetzt wirst du aber semantisch!

GR. Ing. Matzinger: Es ist mir wurscht, was ich werde! Ich verabscheue es jedenfalls, wenn immer so getan wird, als gäbe es gewisse Probleme gar nicht. Wir können dies aber deshalb behaupten, weil wir uns mit gewissen Dingen sehr intensiv befassen und auch wenn es ihnen nicht passt, muss ich ihnen sagen, dass die FPÖ auf das Drogen-thema schon sehr lange die Finger draufhält. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass wir da ein Problem haben. Und dieser Drogenbericht sagt ebenfalls aus, dass in der Stadt Wels diesbezüglich gewisse Probleme gegeben sind. Das schließt ja nicht aus – wir freuen uns sogar darüber, wenn das so ist – dass bei diversen Schwerpunktaktionen niemand darunter ist, der wegen Drogenbesitz oder ähnlichem angezeigt werden muss. So wie die Kollegin Huber sagte, gibt es solche Schwerpunktaktionen im „Alten Schlachthof“ oder auch in der Kaserne, womit sozu-sagen ein gewisser Erfolg verbunden ist.

Auf der anderen Seite kommt doch das, was in diesem österreichischen Drogenbericht über die Stadt Wels steht, nicht von ungefähr. Wir können ja nicht bloß deshalb, weil es bei einer Schwerpunktaktion keine Probleme gibt, sagen, dass der Drogenbericht falsch sei. Es gibt doch all diese Dinge in Wels wirklich. Die Jugendlichen wissen darüber Bescheid – auch mein Sohn wusste es, als er noch in Wels die Schule besuchte – wo man in Wels gewisse Drogen bekommt und diejenigen, die solche Drogen haben wollen, holen sich diese eben an diesen Stellen, egal ob es sich um gewisse Lokale handelt oder handelte – es wurden ja auch schon wieder ein paar geschlossen – nämlich in der Stelzhamerstraße, in der Pfarrgasse, am Busbahnhof oder ob man etwas in bestimmten Schulen erhält, im „Alten Schlachthof“, in der Kaserne und wo auch immer. Es ist ja auch durchaus möglich, dass in irgendeinem Haus oder in irgendeinem Keller Drogen gedealt werden. Es sollte jedenfalls keiner von vornherein sagen, dass dies oder das unmöglich sei oder dass wir es mit unseren Wortmeldungen etc. nicht ehrlich meinen würden. Wir meinen es alle ehrlich und wir haben es ernst zu nehmen, worum ich besonders jene bitte, die vom Referat her dafür verantwortlich sind.

Hören sie bitte damit auf, Ideen, die von anderen kommen, von vornherein schlecht zu machen oder das Ganze dadurch zu unterlaufen, dass sie solche Ideen durch irgend-einen Antrag, den sie schnell einbringen und auch noch schnell vor einem anderen schon gegebenen Initiativantrag zur Abstimmung bringen lassen, irgendwo wegzu-schieben versuchen. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass solche Vorgänge unter Einsatz ihrer Mehrheit überhaupt kein Problem sind. Der Kollege Wimmer weiß ja, wie ich diese Art der Demokratie nenne.

Vzbgm. Wimmer: Aber der Dringlichkeitsantrag der SPÖ wurde doch heute einstimmig angenommen! Hast du nicht aufgepasst! Du hast ja selbst mitgestimmt!

GR. Ing. Matzinger: Ja, schon, du weißt aber auch, wie das mit den Anträgen der FPÖ vor sich geht. Man müsste doch auch ein bisschen den Konsens im Auge behalten. Deine Art von Verständnis im Bereich der Demokratie ist wohl eine ganz besonders sozialdemokratische, das heißt, ich weiß wirklich nicht, was dabei der eine Teil des Wortes, bei dem es um die Demokratie geht, zu tun hat. Aber du kannst auch nichts dafür, dass du Hermann heißt.

Ich möchte jedenfalls zum Ausdruck bringen, dass wir allen, die guten Willens sind, ein offenes Ohr schenken sollten. Dieses spezielle Thema in Wels, Drogen betreffend, sollte keinesfalls vernachlässigt werden, weil es damit nicht besser wird. Wir müssen vielmehr aufpassen, dass es nicht schlechter wird.

GR. Mag. Springer: Dass das Thema ein ernstes ist, darin sind wir uns wohl alle einig, nur sind eben die Zugangsweisen unterschiedlicher Art. Diese jahrelang immer wieder kommenden Wortmeldungen seitens der FPÖ-Fraktion in Bezug auf den „Alten Schlachthof“ sind ja hinlänglich bekannt und es war irgendwo zu erwarten, dass sie bei dieser Gelegenheit wieder kommen würden. Sehr interessant finde ich es aber, wenn der Kollege Rabl dazu auffordert, den Ruf zu verbessern, nachdem er diesen Ruf zuerst selbst schädigte und Gewisses durch den Schmutz zog. Da ist meines Erachtens auch ein Widerspruch vorhanden.

Ohne jetzt konkret auf den Antrag einzugehen, ist es doch so, dass die FPÖ auch null Toleranz bei den sogenannten weichen oder bei den Einstiegsdrogen fordert. Da muss ich jetzt einfach kurz etwas Grundsätzliches anbringen, auch wenn das im eigentlichen Sinn nicht von Stadtseite zu entscheiden ist. Trotzdem möchte ich darauf Wert legen, dass es einfach Fakt ist, dass die Cannabis-Produkte weniger körperschädlich sind als andere legale Drogen, beispielsweise die legale Volksdroge Alkohol. Man kann sich totspritzen und man kann sich totsaufen, aber man kann sich nicht tottrauchen. Es entsteht natürlich eine psychische Abhängigkeit bzw. entstehen beim Konsum Probleme, aber eine psychische Beeinträchtigung von Personen kommt auch von vielen anderen Dingen, von Computern, vom Fernsehen, vom Konsumrauch, von allem Möglichen.

Ein ganz schwieriges Problem beim Cannabis-Konsum ist eben die Kriminalisierung und das ist ein Punkt, bei dem meiner Überzeugung nach angesetzt werden müsste. Dieser Konsum muss entkriminalisiert werden. Es ist das natürlich eine Einstiegsdroge, ein Einstieg in die Illegalität, weil man eben durch den Konsum dieser Droge in die Illegalität gedrängt wird. Insofern stimmt das natürlich mit dem Einstieg.

Ich habe jetzt natürlich aufgrund der mehr oder minder lauten Einwürfe mitbekommen, dass das ein sehr kontroversielles Thema ist.

Zwischenruf: Ein Schwachsinn! Eine Aufforderung!

GR. Mag. Springer: Moment, ich habe niemand aufgefordert! Nehmen sie das bitte zur Kenntnis!

Ich meine jedenfalls, dass es der falsche Ansatz ist, bei diesen Delikten null Toleranz einzufordern und das wollte ich jetzt zum Ausdruck bringen.

GR. Kroiß: Es wundert mich schon sehr, werter Kollege Springer, wenn du das Cannabisrauchen mit dem Computerspielen vergleichst und mit dem Saufen. Wenn also einer vor dem Computer sitzt, dann ist das für dich damit vergleichbar, dass jemand Cannabis raucht. Also, ich kann aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen in Zusammenhang mit dem Straßenverkehr nur sagen, dass dieser Vergleich nicht stimmen kann. Cannabis stellt nun einmal die Einstiegsdroge dar und wenn man das Rauchen von Cannabis mit dem Computerspielen oder mit dem Saufen vergleicht, dann ist das absolut der falsche Weg.

Ich weiß nicht, wem „Spice“ ein Begriff ist. Es fragen sehr viele Jugendliche, ob Spice legal ist. Jedenfalls ist Spice sozusagen im Modetrend bei den Jugendlichen. Man kann es überall kaufen, in jedem China-Laden, aber nicht als Räucherstäbchen, sondern zum Rauchen, und zwar deshalb, weil Spice legal ist. Man könnte natürlich meinen, dass Cannabis auch als legal gelten soll, denn falls man davon genug hat, wird man schon

wieder aufhören, aber mittlerweile hat man vielleicht eine „weiche Birne“, und das wiederum fände ich nicht gut.

Und dann hieß es, die FPÖ würde den „Alten Schlachthof“ in den Schmutz ziehen, weil sie ihn erwähnt. Hier darf ich sie daran erinnern, was die Kollegin Huber sagte. Sie meinte, dass auch von Seite der SPÖ Kontrollen im dortigen Bereich verlangt werden, weil es dort immer wieder etwas laut wird oder so ähnlich.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Das ist deswegen, weil ihr so daherredet!

Zwischenruf StR. Huber: Ich bin begeistert! Jetzt sind wir wieder schuld!

Vzbgm. Wimmer: So ein Blödsinn!

GR. Kroiß: Wir sind aber auch nicht schuld daran, dass jetzt der Schlachthof in den Mund genommen wurde. Es sprach doch die Kollegin Huber selbst von den Kontrollen und diese wurden schon vor Einbringung unseres Antrages durchgeführt.

Vzbgm. Wimmer: Sie werden doch noch wissen, dass der Kollege Rabl vor der Kollegin Huber gesprochen hat und der sagte schon in seiner Berichterstattung einiges zum Schlachthof!

GR. Kroiß: Wir sind trotzdem nicht schuld daran, dass der Schlachthof in den Mund genommen wird!

Und dann meine ich noch, dass man nicht nur etwas von der Prävention halten darf, sondern es muss auch Repressalien geben. Man muss den Jugendlichen ganz klar sagen, wo Schluss ist und dass man weiter nicht gehen soll. Wenn man immer nur auf die Prävention setzt, wird das ganze Thema am Ende sehr verwaschen.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Prävention und Grenzen setzen!?

GR. Kroiß: Es ist schon recht mit der Prävention, aber irgendwo muss man den Jugendlichen auch sagen, wo Schluss und aus ist. Da ist der grüne Weg sicher der falsche!

GR. Mag. Holter: Bevor ich zum Inhalt dieses Antrages komme, möchte ich schon noch etwas zum Kollegen Springer sagen.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir nicht auch gewisse Tests vor Gemeinderatssitzungen durchführen sollten, weil so einen Schwachsinn .....

Vzbgm. Wimmer: Diesen Ausdruck muss ich allerdings schon zurückweisen!

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Ordnungsruf!

GR. Mag. Holter: Sie können mir auch einen Ordnungsruf erteilen, Herr Vizebürgermeister, aber ich darf festhalten, dass das ein Aufruf zu einem strafbaren Verhalten war. Das ist Duldung von strafbarem Verhalten durch eine öffentliche Körperschaft in Form eines Mandatars. Das ist eine Förderung von strafbarem Verhalten, so wie sie das hier herinnen zum Ausdruck bringen.

(Beifall in Form von Tischgeklopfe!)

Vzbgm. Wimmer: Laut unserer Geschäftsordnung sind solche Beifallskundgebungen nicht gestattet!

GR. Mag. Holter: Herr Vizebürgermeister Wimmer! Mich stören Beifallskundgebungen nicht! Ich bin sie gewohnt!  
(Gelächter)

Jetzt komme ich aber zum Antrag der Freiheitlichen selbst. Ich glaube, dass das hier angeschnittene Problem, das in dieser Weise aus dem Österr. Drogenbericht hervorgeht, ein anderes ist als das, worauf sich die Freiheitlichen im Antrag selbst beziehen. Das große Problem für Wels, das aus dem Drogenbericht zu entnehmen ist, ist das des Drogenumschlagplatzes. Es werden hier größere Mengen an Drogen von überwiegend ausländischen Banden umgeschlagen. Das ist richtig bzw. entspricht das der Wahrnehmung aller, die sich auch nur im Entferntesten mit diesem Thema beschäftigen. Nur muss man trotzdem am Boden bleiben bzw. kann man nicht immer nur mit der Angst Politik machen. Den Drogenumschlagplatz Wels gibt es – auch andere Gemeinden dienen als Umschlagplatz – aber das bedeutet nicht, dass diese Drogen in Wels bleiben. Und was den Umschlagplatz betrifft, wissen wir, dass seitens der Exekutive Zugriffe erfolgen und Gott sei Dank Erfolge zu verzeichnen sind. Wir wissen aber auch aufgrund von Vernehmungen – wenn dabei überhaupt etwas herauskommt – dass Drogen in diesen Mengen entweder für das nähere oder auch fernere Ausland bestimmt sind, nicht aber für die Verteilung vor Ort.

Nichtsdestotrotz ist die ÖVP ganz klar gegen jede Form von nichtlegalisierten Drogen. Das ist ganz klar und eindeutig! Bei uns gibt es auch beim Einstieg in die Drogenproblematik kein Wiegen und Wackeln. Auch Cannabis ist eine Droge und wird als solche wahrgenommen. Und die These, dass Cannabis nicht zum Tod oder zu einer schweren Schädigung führen kann, Herr Kollege Springer, das ist als glatte Verbreitung falscher Tatsachen anzusehen. Cannabis ist in gewissen Mengen genauso lebensgefährlich. Insbesondere die Folgewirkungen, die sich oft im Straßenverkehr zeigen oder bei der Vermengung mit Alkohol, sind höchst lebensgefährlich. Und hier von einer Einstiegsdroge zu sprechen oder davon, dass man am Computer Strahlungen zu spüren bekommt oder dergleichen, das schlägt dem Fass endgültig den Boden aus.

Was ich nicht schätze, das ist in diesem Zusammenhang eine Diskussion über Vereine. Da muss ich unter diesem Thema auch einmal den Freiheitlichen etwas sagen. Sind sie sich so sicher, dass alle Vereine, in denen sie teilweise sogar als Funktionäre tätig sind, so drogenfrei sind, dass man davon ableiten könnte, dass andere Vereine wegen angeblicher Machenschaften an die Wand zu stellen sind? Ich würde mir das sehr, sehr gut überlegen. Mir würden dann vielleicht auch gewisse Beispiele einfallen, aber vielleicht sollten wir uns darüber einmal intern beraten. Ich bin ansonsten ein Gegner dessen, Vereine zu denunzieren. Ich bin weiters dagegen, solche Denunziationen aufrecht zu halten, wenn es objektive Untersuchungen gibt, die an sich ein anderes Bild abgeben. Dass üblicherweise in der Jugendkultur oder im Bereich der Jugend die Drogengefahr größer wie im Pensionistenheim ist, das ist doch für alle relativ leicht nachvollziehbar, aber diese Art, immer wieder ohne irgendwelche Beweise irgendeinen Verein zu nennen, die gefällt mir nicht. Diese Art findet auch nicht das Wohlgefallen der ÖVP-Fraktion. Und genau aus diesem Grund werden wir diesem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

GR. Mag. Springer: Also, was da jetzt teilweise aus meiner Wortmeldung gemacht wurde, das ist schon sehr eigenartig.

Ich vergleiche nicht das Haschischrauchen mit dem Computerspielen. Ich habe lediglich andere Suchtformen aufgezählt und sie wissen alle ganz genau, dass es sehr ernsthafte Suchtformen gibt, die aber völlig legal sind. Und es gibt nun einmal die Spielsucht, die viele Menschen teilweise zusammen mit ihren Angehörigen in den Ruin treibt. Genauso gibt es die Konsumsucht und viele andere Arten von Sucht.

Zum Zweiten ist es natürlich überhaupt kein Thema, zu rauchen und dann Auto zu fahren. Das ist völlig klar! Dass das gefährlich ist und dass davor nur gewarnt werden kann, das liegt doch auf der Hand. Es geht also rein um den Konsum ohne jegliche Begleitmaßnahmen.

Wenn wir schon bei Veranstaltungen sind, bei denen angeblich Drogen genommen werden, so glaube ich, dass sicher auch FPÖ-Veranstaltungen, bei denen doch mehrere Halbe Bier konsumiert werden, darunterfallen.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, darf ich jetzt Herrn Dr. Rabl als Beweis für meine basisdemokratische Gesinnung das Schlusswort erteilen.

GR. Dr. Rabl: Danke, Herr Vizebürgermeister! Es ist bemerkenswert, dass inzwischen auch schon Rechte, die im Statut stehen, als basisdemokratisch bezeichnet werden. Ich nehme dies zur Kenntnis. Das zeigt ebenfalls ein bisschen vom Demokratieverständnis der SPÖ, aber auch das wundert mich gar nicht mehr.

Vzbgm. Wimmer: Das war jetzt aber ein bisschen schwach!

GR. Dr. Rabl: Es ist bemerkenswert, dass auch Herr Gemeinderat Reindl-Schwaighofer den Sicherheitsbericht gelesen hat. Natürlich haben wir aus dem Sicherheitsbericht abgeschrieben. Woher denn sonst? Von der Stadt Wels oder gar von der SPÖ haben wir ja keine Informationen bekommen. Wahrscheinlich ist das deshalb so, weil die SPÖ selbst über keine Informationen verfügt.

Insofern ist es wenig verwunderlich, wenn der Gemeinderat Schwaighofer sagt, dass der Drogenkonsum kriminalisiert wird. Das ist schon deshalb ein Unsinn, weil der Drogenkonsum ganz einfach kriminell ist. Es wird also nicht kriminalisiert, sondern es wird nur aufgezeigt, dass der Drogenkonsum laut österreichischer Rechtsordnung einfach verboten ist. Ich weiß nicht, aber es scheint weder zum Kollegen Schwaighofer noch zum Kollegen Springer wirklich durchgedrungen zu sein, dass es diesbezüglich einschlägige Gesetze gibt. Man sollte es nicht glauben!

Gerade solche Wortmeldungen, in denen von einer Kriminalisierung gesprochen wird oder gar von einer Legalisierung, leiten dazu an, dass Jugendliche vielleicht meinen könnten, dass das alles gar nicht kriminell ist. Das ist etwas, das mich wirklich schockiert. Da wird bewusst ein Vortrieb geleistet, indem man sagt: Na, so schlimm ist das doch gar nicht! Das ist die Bewusstseinsbildung, von der ich immer spreche. Wenn man stets glaubt, sagen zu müssen, dass der Drogenkonsum gar nicht so schlimm ist und wenn auch noch gesagt wird, dass die Sache kriminalisiert wird, dann trägt das alles dazu bei, dass die Jugend glaubt, es sei gar nicht so schlimm, einen Joint zu

rauchen oder dass einem damit eh nichts passieren kann. Ganz das Gegenteil ist der Fall! Zum Ersten ist es kriminell und es ist zum Zweiten – da muss ich dem Kollegen Holter natürlich völlig Recht geben – massiv schädlich, in jeder Hinsicht massiv schädlich. Das heißt also, ich kann hier die Argumentation der SPÖ nur sehr schwer nachvollziehen.

Dann wurde auch noch gesagt, dass das Projekt „Wir setzen Zeichen“ schon im zweiten Quartal 2008 ins Leben gerufen wurde. Dazu kann ich aber nur sagen, dass man davon nichts gehört und nichts gesehen hat. Sehr viele Zeichen wurden also bisher nicht gesetzt.

Und wenn dann Frau Stadträtin Huber noch meinte, es gebe auch eine Holschuld für Gemeinderäte, dann kann ich nur sagen, dass wir uns die Informationen gerne holen würden, nur müssten wir davor wissen, was denn überhaupt so passiert. Wenn ich überhaupt nicht weiß, dass etwas im Gange ist, dann tue ich mir doch einigermaßen schwer, auf den Gedanken zu kommen, mich zu informieren. Ich finde, es ist eine Art Abwehrmanöver oder eine gewisse Schutzbehauptung, wenn man sagt: Bitte, informiert euch doch selbst.

Sehr interessant und bemerkenswert ist es, wenn die Frau Stadträtin Huber selbst sagt, der „Alte Schlachthof“ hätte den Ruf, dass dort Drogen gedealt würden und somit der Schlachthof diesbezüglich in der Welser Jugend einschlägig bekannt ist. Und das sei auch der Grund dafür, dass Kontrollen durchgeführt werden. Das ist einmal etwas, das ich bisher von der SPÖ nie hörte. Bisher hat es immer nur geheißen, dass der Schlachthof einen tadellosen Ruf hat und dass dieser mit Drogen überhaupt nichts zu tun hat. Also, es wird jetzt wenigstens einmal zugestanden, dass es diesen anderen Ruf gibt. Und wenn wir schon ein Problem haben bzw. wenn vielleicht jemand sagt, dass wir da zumindest ein Imageproblem haben, dann sollte es nicht heißen, der Schlachthof würde in den Schmutz gezogen. Bitte, da müssen wir uns schon vor Augen halten, was solch eine Argumentation bedeutet. Wenn ich hier im Gemeinderat Probleme deshalb nicht mehr aufzeigen kann, weil es dann heißt, ich würde die Stadt bzw. diesen oder jenen in den Schmutz ziehen, dann sind wir weit gekommen. Dann dürfen wir nämlich überhaupt keine Probleme mehr im Gemeinderat ansprechen. Natürlich ist der Ruf des Schlachthofs ein Problem und natürlich ist der Verein „Alter Schlachthof“ aufgefordert, etwas zu tun. Und wenn schon nicht der Verein, dann ist die Stadt oder die zuständige Referentin aufgefordert – wer immer dafür zuständig ist – entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen und dem Ganzen entgegenzuwirken. Wenn man das nicht zustande bringt, muss man es sich gefallen lassen, dass hier im Gemeinderat eine Thematisierung erfolgt. Damit wird kein Verein in den Schmutz gezogen, sondern es wird lediglich ein Problem aufgezeigt. Das ist es, was es hier zu sagen gibt. Und wir brauchen deshalb kein Projekt mit Zeichensetzungen, sondern wir brauchen vielmehr eine konkrete Kampagne. Wir brauchen diesbezüglich auch keine langen Beratungen in irgendeinem Ausschuss, sondern ein ziemlich dringendes Handeln.

Ein Wort möchte ich noch zum Kollegen Springer sagen. Ich bin da leider in der Schärfe beim Kollegen Holter. Ich kann doch bei einem solchen Thema im Gemeinderat nicht sagen, dass es eigentlich eh nicht so schlimm ist und dass das eigentlich eh legalisiert gehörte. Da reden wir die ganze Zeit vom Drogenkonsum und darüber, wie gefährlich es damit werden kann, dann setzt sich aber ein Gemeinderat her oder besser, er stellt sich her, um eine Rede zu halten, aus der man entnehmen kann, dass es eh nicht so schlimm ist und er stellt auch noch einen Vergleich mit Computerspielen an. Also,



dieses Zeichen ist aus meiner Sicht massiv zu verurteilen. Auf der anderen Seite bin ich direkt froh darüber, dass das seitens der GRÜNEN in dieser Deutlichkeit gesagt wird, denn da werden sie wohl auch von den Medien entsprechend belohnt bzw. abgestraft. Es ist doch wirklich unfassbar, wenn sich einer hier herstellt und sagt, dass es mit dem Drogensüchtigsein gar nicht so schlimm ist bzw. sollte man es sich durchaus überlegen, ob das wirklich so kriminell ist.

Nun komme ich zum Kollegen Holter. In Wels gibt es natürlich das Problem des Drogenumschlags. Wels ist nun einmal ein zentraler Drogenumschlagplatz – das ist vollkommen richtig und steht so im Drogenbericht – aber Wels hat auch massiv mit dem Drogenkonsum zu tun. Und dieser Drogenkonsum ist entgegen der offenbar gegebenen Ansicht des Kollegen Holter weit überdurchschnittlich gestiegen, nämlich um das Zehnfache im Vergleich zum sonstigen Österreich. Sonst ist der Drogenkonsum in Österreich um 1,75 Prozent gestiegen, in Wels aber um 16 Prozent. Das heißt also, dass wir nicht nur das Problem haben, ein Umschlagplatz zu sein, sondern wir haben auch beim Drogenkonsum selbst ein massives Problem. Und dieses massive Problem des Anstiegs des Drogenkonsums kann ich nur durch Aufklärung, durch eine Kampagne und auch durch eine In-die-Pflichtnahme verschiedener Institutionen erreichen. Dabei wollen wir die Vereine sicher nicht denunzieren, aber wenn ein bestimmter Ruf nicht passt, dann muss man entsprechende Maßnahmen ergreifen, und zwar schnell. Und es ist schade, dass diesbezüglich einfach nichts passiert ist!

Der Antrag (Anlage 13) zu Punkt 8. der Tagesordnung wird bei

5 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion und GR. Landauer)  
gegen 30 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion sowie  
GR. Anreitter und GR. Mag. Springer)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

### Dringlichkeitsanträge

Vzbgm. Wimmer: Bevor wir jetzt zur Behandlung der noch offenen vier Dringlichkeitsanträge kommen, darf ich ihnen einen Vorschlag unterbreiten.

Die Anträge der SPÖ und der ÖVP bezüglich Postamtsschließungen sind sich sehr ähnlich bzw. haben diese zum Teil einen ziemlich ähnlich lautenden Inhalt. Ich schlage ihnen deshalb vor, beide Anträge gleichzeitig in Diskussion zu nehmen, dann getrennt darüber abzustimmen und sie letztlich für den Fall, der anzunehmen ist, dass sie mit gleichem Ergebnis angenommen werden, redaktionell zusammenzufassen, ehe sie an die gewünschten Stellen abgesandt werden.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Einwand erhoben.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, hinsichtlich Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung betreffend drohende Postamtsschließungen und Personalabbau

sowie

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Thema „Bürger haben ein Recht auf Versorgungsgarantie bei Postdienstleistungen“:

GR. Pernkopf: Unsere Resolution gegen die Schließung von Postämtern – so wie das auch im SPÖ-Antrag fast gleichlautend dargestellt wurde – bezieht sich auf ein sehr bewegendes Thema. In den Medien erleben wir jetzt eine tägliche Berichterstattung hierüber, wobei auch von Streiks die Rede ist. Den Kolleginnen und Kollegen von der Postgewerkschaft ist es ganz einfach ein elementares Bedürfnis, aufmerksam auf das zu machen, worum es hier geht. Bei 9.000 in den Raum gestellten Kündigungen – noch dazu in Zeiten, in denen es auf dem Arbeitsmarkt schwierig wird – muss wohl alles darangesetzt werden, um darauf hinzuweisen, dass der Postvorstand und letztlich die politisch Verantwortlichen im Infrastrukturministerium das Richtige mit Augenmaß tun mögen, dass eine entsprechende Abfederung zu erfolgen hat, nämlich für die Mitarbeiter und am Wichtigsten für die Allgemeinheit oder beispielsweise für die Bevölkerung in Wels, speziell für die älteren Leute, ist wohl, dass sie auch weiterhin die Möglichkeit haben sollen, ein Postamt im jeweiligen Wohnsprengel aufsuchen zu können und dass somit die Wege nicht weiter werden, sondern auch in Zukunft flächendeckend die Erreichbarkeit von Postämtern gegeben ist.

Ich hoffe, dass das alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates so sehen und in Wien letztlich Entscheidungen für die Bediensteten und für die Bevölkerung getroffen werden.

GR. Anreitter: Die meisten von ihnen werden ja wissen, dass ich bis vor kurzem selbst auf der Post beschäftigt war. Und so habe ich die Dinge sozusagen aus einer anderen Perspektive gesehen als die meisten Welsler. Und ich kenne natürlich die Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post, weshalb mich dieses Thema emotional stark erfasst hat. Sie müssen sich ja vorstellen, dass diverse Tätigkeiten auf der Post etwas anders gelagert sind als sonst in den Betrieben und so haben die Mitarbeiter der Post nach teils vielen Beschäftigungsjahren wenig Aussicht, irgendwo anders eine Arbeit zu erhalten. Ich kann ihnen nur sagen, dass mich diese Sache enorm beschäftigt und ich bin auch froh darüber, dass es heute diese Anträge gibt, denen wir selbstverständlich zustimmen werden.

Ich finde es natürlich unglaublich skandalös, dass die Bundesregierung einerseits der Post vorschreibt, die Dienste so wie bisher zu erledigen, gleichzeitig aber nicht Vorsorge getroffen hat, dass auch die privaten Anbieter, welche ab 2011 die Briefzustellung übernehmen dürfen, mit den gleichen Pflichten ausgestattet werden wie die Post. Es ist somit richtig, wenn die Bundesregierung durch diese Resolution dazu aufgefordert wird, schnell zu handeln. Ich hoffe sehr, dass von der Bundesregierung her klargestellt wird, wie sich künftig der Markt gestaltet und es für die Zukunft Rahmenbedingungen gibt, die es nicht erforderlich machen, diesen enormen Personalabbau bei der Post durchzuführen. Die Bedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post wurden ohne-

hin schon laufend während der über 12 Jahre, die ich bei der Post tätig war, schlechter und das mit den Entlassungen wäre jetzt sozusagen der Höhepunkt.

Ich bin somit froh, dass es heute diese zwei Anträge gibt und wir werden diesen selbstverständlich zustimmen.

StR. Dr. Wieser: Es ist schon interessant, wenn man hier hören konnte, wie solch ein Problem von einem ganz einfachen Mitglied des Gemeinderates wahrgenommen wird. Es ist das ein Problem, das ganz Österreich erschüttert und wir stehen offenbar einer Regierung gegenüber, die von diesen Sorgen und Nöten der Österreicher, der Welser, nichts weiß.

Da hat es einen Infrastrukturminister gegeben, der jetzt Bundeskanzler ist und der lange Zeit mit dem zu tun hatte, was hier auf uns zukommen könnte. Es gab eine Bundesregierung, die über Jahre hinweg alles mitrug, was sich so an Veränderungen oder Neugestaltungen bei der Post ergab. Jetzt kommen aber sie von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion mit Resolutionen zu einem Thema daher, das ja eigentlich zuletzt in den wochenlangen Koalitionsverhandlungen – da wurde sogar in Untergruppen bis in die Nacht gearbeitet bzw. verhandelt – ebenfalls behandelt hätte werden müssen, nämlich das Thema Post mit dem Schicksal jener 9.000 Mitarbeiter, die da auf die Straße gesetzt werden sollen. Es ist doch wirklich stark anzunehmen, dass die Post ebenfalls Gegenstand dieser Koalitionsverhandlungen war. Ihre Parteien sitzen also in Wien in der Regierung und haben über Wochen hinweg die Dinge genau so hergerichtet, wie jetzt von ihnen die Ergebnisse bekämpft werden.

Wie müssen sie sich eigentlich vorkommen, meine Damen und Herren Funktionäre von SPÖ und ÖVP, wo sie doch noch vor wenigen Wochen oder Monaten um die Stimmen geworben haben, nämlich für jene Parteien, die offenbar dazu geneigt sind, solche Dinge wie bei der Post mitzutragen. Herr Bürgermeister, sie selbst waren doch auch am Markt und verteilten dort Werbematerial etc. für Herrn Faymann, den jetzigen Bundeskanzler und früheren Infrastrukturminister, jetzt tun sie aber so, als hätten sie von den diversen Plänen überhaupt nichts gewusst. Sagen sie einmal: Erzählt ihnen denn niemand etwas oder haben sie keinen Kontakt zur Politik in Wien? Erzählt ihnen denn niemand von denen etwas darüber, was so in Wien vorkommt oder geplant ist?

Zwischenruf Bgm. Dr. Koits: Wer hat denn eigentlich die Post total zerschlagen? Beantworten sie endlich einmal diese Frage! Wer war denn von 2000 bis 2006 Infrastrukturminister?

StR. Dr. Wieser: Ja, aber in den letzten beiden Jahren gab es dort einen Minister Faymann und der wusste doch von den Entwicklungen genau Bescheid. Es ist halt einmal so: Wenn man in einem vereinten Europa ist, dann kann das nur nach bestimmten Spielregeln passieren.

Als Freiheitliche sind wir natürlich ebenfalls dagegen, dass die Leute auf die Straße gestellt werden. Wir sind selbstverständlich dafür, dass diese Maßnahme von ihren ehemaligen Kollegen zurückgenommen wird. Und die SPÖ befindet sich mit der ÖVP in einer Koalition, womit ich es schon sehr eigenartig finde, in welchem Verhältnis sie, die Welser SPÖ und die Welser ÖVP, zu ihren Kollegen in Wien stehen. Da brauchen sie unsere freiheitlichen Stimmen hier im Gemeinderat, damit sie eine Resolution, die von ihnen stammt, nach Wien schicken können. Holen sie doch einmal ihren Bundeskanzler

Faymann nach Wels, um mit ihm über gewisse Probleme zu reden! Der Herr Vizekanzler Pröll war ja ohnehin erst kürzlich in Wels und ich frage mich, warum sie ihm diese Dinge nicht auf den Kopf geworfen und ihm gesagt haben: Da musst du nein sagen, lieber Herr Vizekanzler, was die bösen Roten alles mit der Post vorhaben! Aber jetzt sollen auf einmal wir da im Gemeinderat die Probleme lösen? Es ist schon klar, dass wir euch dabei mit unseren Stimmen helfen werden, aber ich hätte mir wirklich nicht gedacht, dass sie so wenig Einfluss auf ihre eigene Führungsgruppe in Wien haben.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Stimmt halt einfach nicht mit!

StR. Dr. Wieser: Da müssen wir alle hier im Welser Gemeinderat aufstehen, damit die Dinge wieder ins rechte Lot kommen. Unsere Unterstützung haben sie und wir hoffen, dass sie diese auch von ihren eigenen Regierungsmitgliedern haben.

Vzbgm. Wimmer: Ich stelle ausdrücklich fest, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt und wir jetzt hintereinander über die beiden Dringlichkeitsanträge zur Post abstimmen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der SPÖ-Fraktion betreffend drohende Postamts-schließungen wird

einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 5) der ÖVP-Fraktion betreffend Versorgungsgarantie bei Postdienstleistungen wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion, betreffend Erarbeitung und Umsetzung eines Programms „Integration durch Sport“:

GR. Mag. Holter zur Geschäftsordnung: Ich erlaube mir zu beantragen, den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 4) an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Hora und GR. Leitner sind bei der Abstimmung über o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Schlussworte des Bürgermeisters:

Bgm. Dr. Koits: Das war heute die letzte Gemeinderatssitzung im Jahr 2008. Trotz der lebhaften Diskussionen, die heute zu verschiedenen Themen geführt wurden, sind doch etliche Punkte in großer Einhelligkeit beschlossen worden. Eigentlich befanden sich darunter lauter Punkte von wesentlicher Bedeutung für unsere Stadt. Es ist nicht zu verhehlen, dass auch die letzten Punkte, die heute behandelt wurden, für die Entwicklung einer Stadt von großer Bedeutung sind und somit die nötige Beachtung zu finden haben.

Ich möchte mich bei ihnen für die Arbeit im abgelaufenen Jahr bedanken. Ich glaube, wir haben insgesamt wieder sehr viel erledigt. Wenn man alles Revue passieren lässt, kann man selbst ersehen, welche bedeutende Beschlüsse hier im Gemeinderat gefallen sind, wobei ich mir jetzt irgendwelche Aufzählungen erspare.

Ich bedanke mich für das Engagement, das sie an den Tag gelegt haben. Ebenso bedanke ich mich für die in weiten Passagen sehr sachlich geführten Diskussionen. Das es über das, was bei strenger Auslegung der Geschäftsordnung möglich ist, hinausgehend Diskussionen oder Wortmeldungen gegeben hat, das muss eine Demokratie vertragen. Wir sollten uns insgesamt gesehen nicht gram oder böse sein, denn das führt nicht zum Ziel. Die Einmütigkeit und das Zusammenstehen des Gemeinderates sollte im Vordergrund stehen, nämlich im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt bzw. der Stadt an sich.

Das Jahr 2009 wird meines Erachtens ein sehr spannendes Jahr. Sie wissen, dass eine Reihe von Wahlen ansteht und ich hoffe nur, dass alle Parteien, die dazu antreten, einen entsprechenden Umgang miteinander pflegen. Vor allem wenn wir uns auf einer sachlichen Ebene bewegen, wird an den Auseinandersetzungen nichts zu bekritteln sein. Ich wünsche mir nicht, dass vielleicht irgendwelche persönlichen Momente in die Auseinandersetzungen einbezogen werden. Ich würde mich mit aller Kraft dagegen stemmen, weil das nicht der Stil ist, den wir untereinander pflegen sollten.

Ich nütze auch die Gelegenheit, um ihnen und ihren Angehörigen noch eine schöne Adventzeit zu wünschen. Genießen sie unseren Weihnachtsmarkt sowohl am Stadtplatz als auch im Pollheimerpark und lassen sie sich von der Weihnachtsbeleuchtung, die vom E-Werk installiert wurde, inspirieren, vielleicht auch von einem guten Punsch. Verbringen sie die Feiertage gut und kommen sie vor allem gut in das Jahr 2009 hinüber. Ich wünsche ihnen auch Gesundheit als Voraussetzung dafür, dass wir nächstes Jahr unsere Arbeit fortsetzen können.

Damit ist diese Sitzung geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer:

## Verhandlungsschrift

über die am **Donnerstag, dem 11. Dezember 2008,**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **44. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr

Ende der Sitzung: 17.18 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 43. Sitzung des Gemeinderates vom 10.11.2008 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Friedrich Ganzert                                  Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner	Gertrude Aitzetmüller	Raimund Buttinger
Werner Forstinger	KommR. Günther Gausch	Klaus Hoflehner
Mag. Bernhard Humer	Claudia Hüttmayr-Punkenhofer	Rupert Leitner
Brigitte Lindlbauer	Mag. Petra Lipp	Helga Maitner
Petra Müllner	Johann Reindl-Schwaighofer	Mag. Klaus Schippani
Karl Schönberger	August Tesarsch	Barbara Wildfellner

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Ploier-Niederschick

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Roland Strassl

Gemeinderäte:

Mag. Karl-Georg Holter	Dir. Mag. Josef Hora	Ing. Martina Kreisel
Herbert Pernkopf	Brigitte Wartinger	Andreas Weidinger
Markus Wiesinger		

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Bernhard Wieser

Gemeinderäte:

Willibald Baumgartner	Gerhard Kroiß	Ing. Wolfgang Matzinger
Dr. Andreas Rabl		

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Herbert Anreitter	Theresia Landauer	Mag. Michael Springer
-------------------	-------------------	-----------------------

### **Vom Magistrat:**

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

Vzbgm. Manfred Hochhauser (SPÖ)



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 04.12.2008 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Geburtstagswünsche:

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir heute zur Behandlung unserer Tagesordnung kommen, darf ich mir erlauben, zwei Damen recht herzlich zum Geburtstag zu gratulieren. Es sind das die Gemeinderätinnen Petra Müllner und Barbara Wildfellner, die gestern bzw. heute ihren Geburtstag hatten bzw. haben. Ich gratuliere! Herzlichen Glückwunsch! (Beifall!)

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

## Anfrage von GR. Herbert Anreitter an Bgm. Dr. Peter Koits, betreffend Förderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in den Welser Kindergärten:

Vzbgm. Wimmer verliest die als Anlage 1 beigefügte Anfrage an den Bürgermeister, der diese Anfrage mündlich wie folgt beantwortet.

Bgm. Dr. Koits: Zu dieser Anfrage, unterteilt in zwei Punkte, darf ich folgende Beantwortung durchführen.

Es wurden bis jetzt drei muttersprachliche Stützkräfte eingestellt, nämlich mit türkischen bzw. mit serbokroatischen Sprachkenntnissen.

Wie diesbezüglich die Zukunft aussieht, wird letztlich eine Frage des Bedarfs sein. Wir bemühen uns jedenfalls in dieser Angelegenheit und sollte der Bedarf gegeben sein, werden wir diesem Anliegen Rechnung tragen.

Ich darf aber noch generell darüber berichten oder darf in Erinnerung rufen, was in diesem Bereich alles geschieht. Es ist eine ganze Menge von Maßnahmen, die einerseits von den Kindergärten, andererseits von den Schulen gesetzt werden. Wenn ich das jetzt in Erinnerung rufe, wird das sicher wieder bei allen hier geistig präsent und braucht sozusagen nur abgehakt zu werden.

Wir haben beispielweise in den Kindergärten eine Sprachförderung in Gruppen.  
Wir haben das Projekt „Sprache, Musik, Bewegung“.  
Es gibt Leseprojekte in den Kindergärten.  
Wir haben Eltern-Kind-Nachmittage oder  
das Rucksack-Mütter-Projekt, das jetzt in drei Kindergärten gestartet wird.

Weiters haben wir die Projekte des MOSAIK in den Kindergärten, vor allem aber auch in den Schulen. Da gibt es eine Lernförderung durch verschiedene Programme.

Weiters haben wir die „sonstige Sprachförderung“ durch ein großes Angebot der Arbeiterkammer Oberösterreich. Man bemüht sich dort wirklich sehr mit entsprechenden Angeboten um die Sprachförderung.

Das Bfl macht ebenfalls einiges zu diesem Thema.

Ich könnte ihnen jetzt mit diversen Erläuterungen versehen all jene Dinge seitenweise vorlesen, die in diesem Bereich passieren. Ganz wichtig erscheint aber in diesem Zusammenhang – es ist das eine Forderung meinerseits, aber, wie ich hoffe, auch des gesamten Gemeinderates – dass diese Angebote tatsächlich angenommen werden. Sie haben ja nur dann einen Sinn, wenn sie sowohl von den Kindern als auch von den Eltern wirklich angenommen werden. Wir bemühen uns natürlich sowohl von Seite des MOSAIKS als auch von unserer Koordinationsstelle her, auf die Kulturvereine und auch Sportvereine einzuwirken, damit diese wiederum auf ihre Mitglieder dahingehend einwirken, diese Themen echt ernst zu nehmen. Wir sind mit unseren Bemühungen bestimmt noch nicht am Ende, aber wir haben wichtige Schritte zum Teil schon vor etwas längerer Zeit eingeleitet, das heißt, wir sind in unseren Bemühungen doch schon einigermaßen fortgeschritten. Und selbstverständlich werden wir diverse Schritte auch in Zukunft setzen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Beantwortung der Anfrage und gibt den Vorsitz wieder zurück an den Bürgermeister.

#### Mitteilungen des Bürgermeisters

##### a) Einrichtung einer Ordnungswache der Stadt Wels:

Bgm. Dr. Koits: Ich darf sie davon informieren, dass wir am kommenden Montag im Stadtsenat einen Beschluss über die Einrichtung einer Ordnungswache der Stadt Wels fassen werden. Ich bin mir sicher, dass wir in dieser Frage einen guten Beschluss fassen werden.

Ich wurde diesbezüglich, nachdem es offenbar schon Informationen nach außen hin gegeben hat, heute von verschiedenen Medien angerufen und möchte ihnen für heute nur einmal sagen, dass es am Montag einen diesbezüglichen Beschluss im Stadtsenat gibt. Nach dieser Beschlussfassung werden alle Details veröffentlicht.

b) Fahrplanwechsel der ÖBB:

Bgm. Dr. Koits: Der Gemeinderat hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem am 14. Dezember bevorstehenden Fahrplanwechsel bei den ÖBB befasst, nachdem es hier auch zu Veränderungen kommt, die unsere Stadt betreffen. Sie alle kennen speziell die Diskussion um den Nachtzug, der kurz nach Mitternacht in Wien abfährt und der künftig in Wels nicht mehr halten wird.

Ich habe diesen Umstand zum Anlass genommen, bei den Österreichischen Bundesbahnen und bei den entsprechenden Stellen des Ministeriums zu intervenieren. Ich habe allerdings nicht nur verlangt, dass dieser Zug auf seinem Weg nach Salzburg auch wieder in Wels halten soll, sondern habe mir als Art Kompromiss erlaubt, darauf hinzuweisen, dass es auch denkbar erschiene, einen Zug, der in Wien um 22.20 Uhr abfährt, ein wenig später abfahren zu lassen, damit vielleicht jene, die in Wien einen Theaterbesuch machen oder aus geschäftlichen Gründen erst etwas später von Wien wegkommen, auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, in Wels aussteigen zu können.

Ob diese Intervention etwas nützt, werden wir in nächster Zeit sehen. Seitens des ÖBB-Vorstandes war ja zuletzt auch in Bezug auf andere Änderungen, von denen wir als Stadt Wels allerdings nicht betroffen sind, zu hören, dass nachträglich noch dort oder da Nachbesserungen vorstellbar sind und ich werde auch künftig jede Gelegenheit nützen, um auf dieses berechnete Anliegen der Bevölkerung nach einer späteren Fahrt- bzw. Aussteigmöglichkeit hinzuweisen.

Aktuelle Stunde:

Bgm. Dr. Koits: Zu der wie üblich auf der Tagesordnung stehenden „Aktuellen Stunde“ wurde für heute kein Thema eingebracht.

Es liegen jedoch mehrere Dringlichkeitsanträge vor, die wir jetzt nach dem Zeitpunkt ihres Anliegens abhandeln werden.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend das Projekt Suchtprävention in Wels „Wir setzen Zeichen“:

Bgm. Dr. Koits gibt bekannt, dass von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ein ordnungsgemäß unterzeichneter Dringlichkeitsantrag bei ihm am 5. Dezember einlangte und er verliest diesen als Anlage 2 beigefügten Antrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Dr. Rabl: Die Dringlichkeit dieses Antrages stelle ich massiv in Zweifel. Dies vor allem deshalb, weil ja ein beinahe gleichlautender Antrag der Freiheitlichen für die heutige Sitzung eingebracht wurde, nämlich schon vor diesem Dringlichkeitsantrag und es steht der Antrag der FPÖ als Initiativantrag auf der heutigen Tagesordnung. Ich kann es also nicht verstehen, warum sich die SPÖ-Fraktion einmal mehr sträubt – das stellt fast schon eine historische Angelegenheit dar – einem freiheitlichen Antrag zuzustimmen, indem sie zu einem bestimmten Thema einen eigenen Antrag einbringt. Offensichtlich

ist man nach wie vor der Meinung, dass die Ideenführerschaft der Freiheitlichen angezweifelt werden muss und dass man deshalb zu schauen hat, nach Möglichkeit eigene Anträge durchzubringen und damit Anträge von der FPÖ ablehnen zu können. Diese Vorgangsweise ist äußerst bedauerlich.

Jedenfalls kann ich nur sagen, dass von einer Dringlichkeit in Zusammenhang mit diesem Dringlichkeitsantrag der SPÖ keine Rede sein kann. Wir werden daher dieser Zuerkennung der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Dem Antrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Der Antrag auf sofortige Behandlung des Dringlichkeitsantrages wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

#### Behandlung des Sachantrages:

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Sachantrag selbst und die Begründung hiezu wurde gerade erst vor ein paar Minuten verlesen und somit kann ich mir eine Wiederholung ersparen. Ich möchte aber doch auf den Hintergrund unseres Antrages eingehen und darauf, warum wir uns dazu entschlossen haben, heute den Dringlichkeitsantrag in dieser Weise einzubringen.

Wir befinden uns in Wels in einer Situation wie viele andere Städte vergleichbarer Größe. Leider ist es so, dass auch bei uns das Drogenproblem bzw. das Suchtgift im Zentrum der Gesellschaft angekommen ist. Diese Situation ist virulent und wir wissen davon alle Bescheid. Die Aufgaben, die damit auf die Kommunen zukommen, bestehen aber nicht nur aus ordnungspolitischen Maßnahmen, sondern vor allem aus Maßnahmen präventiver Art. Für die ordnungspolitischen Maßnahmen sind, wie der Name schon sagt, die Ordnungskräfte zuständig und die sollen nach besten Möglichkeiten von der Stadt unterstützt werden. Das Hauptaugenmerk städtischer Aktivitäten soll aber auf die Schaffung effizienter und zielgerichteter Präventionsmaßnahmen gerichtet sein. In der wissenschaftlichen Diskussion und davon abgeleitet in der örtlichen Suchtprävention gibt es drei Ebenen korrektiver Grundlagenarbeit im Bereich der Suchtproblematik und ich darf hierauf etwas eingehen.

Bei der primären Prävention handelt es sich um Maßnahmen für Menschen, die noch keine Suchtgifte konsumiert haben. Das Ziel ist also vorrangig auf die Konsumvermeidung ausgerichtet.

Bei der sekundären Prävention geht es vorrangig um Menschen, die schon mal etwas konsumierten. Die hier angesetzten Maßnahmen zielen vorrangig auf die Vermeidung gesundheitlicher Schäden ab und sollen eine zunehmende Abhängigkeit hintanhaltend. Weiters wird im Rahmen der sekundären Prävention auch versucht, die negativen sozialen Folgen des Drogenkonsums hintanzuhalten, das heißt, es soll vermieden werden, dass es zu familiären Problemen kommt, vielleicht zu einem Führerscheinentzug, dass eine Verarmung oder eine soziale Ächtung einsetzt, eventuell damit der Arbeitsplatzverlust einhergeht.

Bei der terziären Prävention wird versucht, einen Rückfall zu verhüten und rehabilitative Maßnahmen einzuleiten. Somit geht es um die Verminderung von Folgeschäden, um die Vermeidung eines Rückfalls in die Abhängigkeit, also um Punkte, die auch von der WHO vorgegeben werden.

Die kommunale Suchtprävention muss auf die Besonderheiten und Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinde abgestimmt sein. Effizient ist die Suchtprävention dann, wenn Aktivitäten mit allen Akteuren im lokalen Bereich abgestimmt sind und wenn alle Beteiligten langfristig koordinierte Strategien verfolgen. Und wenn die Vorgangsweisen politisch und administrativ gut am Boden verankert sind.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und Stadtsenat! Die SPÖ-Fraktion unterstützt ausdrücklich die Initiative von Dr. Koits und Silvia Huber in diesem Bereich, ein breit angelegtes Projekt zur Suchtprävention in der Stadt Wels zu implementieren. Wir ersuchen Dr. Koits und Silvia Huber aus Gründen der hohen Relevanz dieses Projektes für unsere Stadt dem Gemeinderat über dessen Fortgang zu berichten.

Sehr geehrte Damen und Herren von den anderen Fraktionen, von der ÖVP, der FPÖ und den GRÜNEN! Ich denke, dass aus Gründen der Wichtigkeit dieses Themas ihre Zustimmung zu unserem Antrag ebenfalls notwendig ist. Danke schön!

GR. Dr. Rabl: Zum Ersten habe ich eine Anregung und eine Kritik, durchaus gerichtet auch an das Präsidium bzw. an sie, Herr Bürgermeister. Wenn schon ein derartiger Dringlichkeitsantrag ca. eine Woche vor einer Gemeinderatssitzung eingebracht wird und uns ansonsten sämtliche Dringlichkeitsanträge übermittelt werden, nur eben speziell dieser eine nicht, kann ich dahinter durchaus Absicht vermuten. Es ergibt auch keinen Sinn, dass alle anderen Fraktionen eine Kopie dieses Antrages erhielten, nur wir als einzige Fraktion nicht. Das alles speziell dann, wenn wir als FPÖ schon rund acht Tage früher einen ziemlich gleichlautenden Initiativantrag in dieser Sache einbrachten und dieser entsprechend auf der Tagesordnung steht, also noch ehe von einer anderen Fraktion ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde. Wir nehmen das alles zur Kenntnis, nur weisen wir darauf hin, dass Demokratie aus unserer Sicht durchaus anders ausschaut. Und wir weisen darauf hin, dass die hier an den Tag gelegte Vorgangsweise nicht das ist, was wir unter einer fairen Zusammenarbeit verstehen. Handelt es sich aber um einen Irrtum der Dienststelle Präsidium oder von wem immer dafür Zuständigen, so nehmen wir das ebenfalls zur Kenntnis und es ist dieser Irrtum nicht ganz so schlimm. Solche Irrtümer mehren sich aber in letzter Zeit.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das war kein Irrtum, sondern Absicht! Ich muss hier den Bürgermeister ausdrücklich in Schutz nehmen, weil ich mich gegen eine solche vorzeitige Übermittlung ausgesprochen habe!

GR. Dr. Rabl: Ich nehme es zur Kenntnis, dass uns der Herr Finanzreferent absichtlich keinen Antrag zur Verfügung stellt, um uns diesbezüglich die Vorbereitungsmöglichkeit zu nehmen. Irgendwo ist es ja direkt gut, wenn so vorgegangen wird, denn das zeigt ja, welche Ansichten die SPÖ wirklich von der Demokratie hat bzw. wie sie über Demokratie denkt. Ist schon in Ordnung und ich bin froh darüber, dass das im Protokoll so drinstehen wird.

Auf der anderen Seite finde ich, dass das eine bedauerliche Entwicklung darstellt und die Sache insgesamt nicht so lustig ist, wie sie scheinen mag. Ich denke schon etwas voraus und muss sagen, dass es auf diese Art recht lustig wird, wenn wir uns die nächsten sechs Jahre zusammensetzen werden. Darauf freue ich mich direkt schon und die Bevölkerung wird sich auch darauf freuen, falls das wirklich so kommen sollte. Im gegenständlichen Fall finde ich es aber nicht in Ordnung und bin zusätzlich verärgert, nachdem ich nun weiß, dass das absichtlich so erfolgte.

Zwischenruf GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Und wen verärgern sie mit ihrer Wortmeldung!?

GR. Dr. Rabl: Ja, ja, sie können schon etwas daherplappern! Melden sie sich doch zu Wort und es wird schon passen!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Jetzt bekommst du dann ein Valium!

Bgm. Dr. Koits: Wortmeldungen nehme ich entgegen und nicht sie als Fraktionsvorsitzender!

GR. Dr. Rabl: Geben sie mir halt einen Ordnungsruf, einen Ruf „zur Sache“! Eine andere Möglichkeit haben sie nach der Geschäftsordnung leider nicht!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Es gibt auch noch den Wortentzug!

GR. Dr. Rabl: Ja, ich bin durchaus bereit, einen Wortentzug entgegenzunehmen. Wenn sie das machen, setze ich mich in aller Ruhe wieder auf meinen Platz.

Nun, prinzipiell hat wohl die SPÖ mit ihrem Dringlichkeitsantrag versucht, einen Gegenpol zu unserer Position zu schaffen. Wir sind zwar durchaus dafür, das von der SPÖ genannte Projekt zu unterstützen, halten aber das Geplante eigentlich für zu wenig, weil speziell jene Bereiche, die wir unterstützen wollen und von denen wir überzeugt sind, dass etwas gemacht gehörte, nämlich der öffentliche Bereich und der Bereich der Vereine, zu wenig berücksichtigt erscheinen. Wir glauben daher, dass ein eigenes Projekt erforderlich ist, noch dazu als das jetzt von der SPÖ vorgestellte Projekt ein Schattendasein führte. Es war davon in der Öffentlichkeit überhaupt nichts bekannt und wir möchten eine Kampagne durchgeführt sehen. Es wäre deshalb sinnvoll, über diese Sache im Ausschuss zu beraten.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag der SPÖ dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Fraktion an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 31 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Dr. Rabl: Dann setze ich jetzt meine Wortmeldung fort. Wir glauben, dass dieses Projekt „Wir setzen Zeichen“ zu wenig ist und sind auch der Meinung, dass es in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt ist. Dieses Projekt ist vielleicht als erster Schritt zu sehen, aber nicht als das, was wir uns erwartet haben, auch nicht das, was der Bevölkerung wirklich hilft. Nähere Ausführungen unsererseits werden später noch folgen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke einmal für diese einleitenden Ausführungen. Herr Dr. Rabl, ich möchte ihnen aber auch von meiner Seite aus einmal etwas sagen. Ich würde ihnen dringend empfehlen, sich selbst an die Spielregeln zu halten, dann können sie auch andere kritisieren.

Zum Zweiten darf ich festhalten, dass ich während meiner Zeit als Vorsitzender des Gemeinderates noch nie einen Dringlichkeitsantrag, nämlich weder einen von ihrer Fraktion, der ÖVP-Fraktion oder der SPÖ-Fraktion an die jeweils anderen Fraktionen verteilte. Wenn, dann haben sich die Fraktionen dies untereinander ausgemacht. Daher geht dieser Vorwurf ins Leere. Sie müssen sich das mit den anderen Fraktionsvorsitzenden ausmachen oder mit diesen abklären, egal wie immer sie das handhaben möchten. Das so weit von meiner Seite zu diesem Punkt ihrer Kritik.

StR. Huber: Das ist wieder einmal typisch Freiheitliche Partei: Sie glauben, alle Ideen für sich gepachtet zu haben. Bei ihnen läuft es aber tatsächlich so ab, dass sie kurzfristig eine Kampagne machen, kurzfristig etwas hinausblasen und damit hat es sich dann auch schon wieder. Bei uns ist halt die Vorgangsweise eine andere, denn wir arbeiten im Vorfeld, ehe wir darüber reden. Und an diesem Projekt arbeiten wir schon seit Frühsommer 08. Es ist an keine kurzfristige Kampagne gedacht, sondern es soll dieses Projekt vielmehr über drei Jahre hinweg laufen und sehr in die Tiefe gehen.

Für mich hat Sucht nicht nur mit Drogen zu tun. Es gibt ja auch noch diverses anderes Suchtverhalten, wobei dieses vom Essen über das Nikotin, den Alkohol usw. eben bis hin zu den Drogen reicht. Das alles wollen wir in dieses Projekt einbeziehen. Dafür gibt es schon sehr tiefgehende Vorbereitungsarbeiten – ich danke allen, die bislang mitgemacht haben – und es braucht tatsächlich eine gewisse Zeit der Vorbereitung, wenn man etwas Gescheites machen möchte. Ich weiß, das ist nicht ganz ihr Stil, aber unserer schon; wir wollen die Dinge entsprechend vorbereiten.

Wir brauchen ja nichts wegzuleugnen, das heißt, es gibt ganz einfach keine drogenfreie Gesellschaft. Ziel muss es deshalb sein, Kinder und Jugendliche in einer Weise zu erziehen oder ihnen die Dinge so ins Bewusstsein zu bringen, dass sie all diese Dinge gar nicht brauchen. Daran werden wir ganz intensiv arbeiten. Und wenn schließlich das Projekt steht – wir arbeiten auch sehr intensiv mit dem Institut für Suchtprävention zusammen – dann werden wir auch eine ordentliche Öffentlichkeitsarbeit machen, die in Zusammenhang mit einem solchen Projekt selbstverständlich nötig ist.

GR. Weidinger: Die ÖVP beteiligt sich hier nicht am Vaterschaftsstreit in Bezug darauf, wer bezüglich Suchtprävention die beste Idee hatte. In der Sache selbst haben vermutlich sowohl die SPÖ- als auch die ÖVP-Fraktion Recht.

Was wir aber der Kollegin Huber mitgeben wollen, das ist der Rat, mit dieser Präventionsarbeit unbedingt in die Schulen zu gehen. In der Schule passiert noch Erziehung und dort wird die Gesellschaft herangebildet. Es ist somit ganz wichtig, dass in diesem Bereich die Höheren Schulen nicht ausgelassen werden.

Wenn wir alle an einem Strang ziehen, sind verschiedene Dinge vorstellbar. Wir könnten beispielsweise einen drogenfreien Tag durchführen, sozusagen einen Anti-Drogen-Tag. Ich meine, es gibt in diesem Bereich viele Möglichkeiten. Jedenfalls erscheint uns die Arbeit in den Schulen als ganz wichtig.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Weidinger, ich kann ihnen versichern, dass es sich hierbei um ein sehr breit angelegtes Projekt handelt, in dessen Rahmen nicht nur die Stadt aktiv sein wird, sondern es werden viele Institutionen oder Organisationen darum gebeten – viele Vereine, die Polizei usw. – dabei mitzuarbeiten. Und wir sind froh für jeden Hinweis, für jede Idee, die uns geliefert wird, weil alles zusammen sicher sehr hilfreich ist, das Thema Drogen noch stärker ins Bewusstsein der Jugendlichen und auch der Erwachsenen zu bringen, womit dann auch eine entsprechende Umsetzung der Maßnahmen eher möglich erscheint.

StR. Dr. Wieser: Ich bin jetzt wirklich froh darüber, dass sich der Gemeinderat Weidinger zu Wort meldete und die Wichtigkeit der Schulen besonders hervorgehoben hat. Ich erinnere daran, dass dieses Thema schon einmal, vor etwa zwei Jahren, Diskussionsstoff hier im Gemeinderat war und damals brachte ich vor, dass es eigentlich ganz leicht sei, in Wels zu Drogen zu kommen. Ich musste seinerzeit nur meine zwei Kinder in der 5. Klasse Gymnasium fragen, wo es in Wels Drogen gibt. Da wurde mir gleich eine Reihe von Stellen aufgezählt, an denen man in Wels Drogen bekommen konnte. Das wurde mir sozusagen auf selbstverständliche Art aufgezählt. Gehen wir also in die Schulen und fragen wir die Kinder bzw. Jugendlichen, wo Drogen zu erhalten sind und dann können wir ja gewisse Ansätze weiterverfolgen.

Ich habe damals unvorsichtigerweise das Jugendzentrum im Schlachthof oder den dortigen Bereich genannt und kann mich noch gut an den Sturm der Entrüstung erinnern, der da losgegangen ist, nur weil ich eben diesen Bereich hier einbrachte. Es ist jedenfalls klar, dass hier der Schwerpunkt auf der Gefährdung der Jugendlichen liegt und wenn wir einmal wissen, wo es das alles in Wels gibt, kann man sich auch ungefähr vorstellen, wie diese Szene in Wels überhaupt organisiert wird und wie leicht es ist, in Wels zu Drogen zu kommen.

Vor kurzem habe ich erfahren – das sollte man bei diesem Projekt vielleicht auch mitnehmen und möglicherweise kann uns hier die neue Ordnungswache ein bisschen behilflich sein – dass man beim morgendlichen Besuch einer öffentlichen Bedürfnisanstalt Überraschendes vorfindet, nämlich eine ganze Menge an Heroin- und sonstigen Spritzen. Also, vielleicht kann man auch hier einmal nachschauen oder observieren, was sich eigentlich abspielt. Wenn wir nämlich diese Dinge nicht zerschlagen und nur in die Schulen gehen, um den Kindern zu erzählen, wie gefährlich eigentlich der Konsum von Drogen ist, dass sie brav sein sollen – ihnen vielleicht anhand von Beispielen erklären, wohin das alles führt – dann werden diese Kinder wahrscheinlich ziemlich



gelangweilt, da sie ohnehin genau über die ganze Szene Bescheid wissen. Ich meine also, dass man das auch von der anderen Seite her angehen sollte bzw. darf man nicht glauben, dass man mit dem Gutzureden recht viel ausrichtet. Unser für heute eingebrachter Antrag geht ja in diese Richtung und wir werden heute noch die Gelegenheit haben zu sehen, ob sie das umfassender verstehen, wenn sie schon solch eine Drogendebatte anfangen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke auch für diese Wortmeldung und sie gestatten mir eine Anwerkung: Man darf nicht so tun, als wäre bisher nichts geschehen. Tatsächlich wurde nämlich in der Stadt, bei der Polizei und bei anderen Organisationen laufend an diesem Thema gearbeitet. Das muss man wirklich bei dieser Gelegenheit festhalten. Dieses neue Projekt ist nun aber auf drei Jahre ausgelegt und es sollen zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen weitere Maßnahmen gesetzt werden. Und das alles wird sich nicht nur auf die Schulen beschränken, wie jetzt wieder eingebracht wurde. Es ist doch vollkommen klar, dass diese Debatte nicht allein bei Kindern abgehandelt werden kann.

GR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Aufgrund ihrer letzten Wortmeldung sehe ich mich dazu veranlasst, eine Richtigstellung ihrerseits einzufordern.

Ich möchte mir die Feststellung erlauben, dass uns Dringlichkeitsanträge vom Präsidium übermittelt werden – Faxbestätigungen habe ich da – also von einer ihnen untergebenen Abteilung. In den Jahren, seit ich im Gemeinderat sitze, wurde dies auch immer so gehandhabt. Und wenn jetzt das Präsidium ausschließlich an mich einen bestimmten Antrag nicht schickte, dann brauchte es dazu, wie der Kollege Wimmer ohnehin sagte, sicher einer Anordnung, in diesem Fall nicht derart vorzugehen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Du kannst eine Aufsichtsbeschwerde einbringen!

GR. Dr. Rabl: Ja, danke, ich weiß schon, dass es auch solch eine Möglichkeit gibt. Jedenfalls, Herr Bürgermeister, brauchen sie mir nicht zu sagen, dass das gegenseitige Informieren über die Einbringung von Dringlichkeitsanträgen in der Verantwortlichkeit oder in der Absprache der Fraktionen liegt, sondern es geht hier schon um die Verantwortlichkeit des Präsidiums, das ihnen untersteht.

Zum Zweiten haben sie eine Unfairness angesprochen bzw. warfen sie uns vor, dass wir uns nicht an Regeln halten würden. Also, mich würde schon interessieren, was eigentlich hinter diesem Vorwurf steckt. Vielleicht haben sie einmal Zeit, diese Sache bei einem halbstündigen Termin mit mir zu besprechen. Es wäre schon interessant zu erfahren, an welche Regeln wir uns nicht halten, denn für diesen Fall kann ich ihnen eine Liste dahingehend überreichen, wo sie sich nicht an Regeln halten.

Bgm. Dr. Koits: Herr Doktor Rabl, sie wissen, dass ich mich mit ihnen sehr gern unterhalte. Selbstverständlich mache ich das!

Nachdem ich keine weitere Wortmeldung sehe, kommen wir jetzt aber zur Abstimmung über den Sachantrag.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend das Projekt „Suchtprävention in Wels“ wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, hinsichtlich Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung betreffend drohende Postamtsschließungen und Personalabbau:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion sowie auszugsweise die dafür angegebene Begründung. Weiters stellt der Bürgermeister fest, dass der Antrag ordnungsgemäß unterschrieben wurde und rechtzeitig eingelangt ist.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Erarbeitung und Umsetzung eines Programms „Integration durch Sport“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 4 beigefügten Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion und stellt auch hier fest, dass eine ordnungsgemäße Einbringung erfolgte.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Thema „Bürger haben ein Recht auf Versorgungsgarantie bei Postdienstleistungen“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 5 beigefügten Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, welcher – wie der Bürgermeister festhält – ordnungsgemäß eingebracht wurde.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Maßnahmen zur Einführung des kostenlosen Kindergartenbesuchs ab September 2009:

Bgm. Dr. Koits bringt letztlich auch den als Anlage 6 beigefügten Dringlichkeitsantrag der ÖVP und den dazu von der FPÖ-Fraktion eingebrachten Abänderungsantrag (Anlage 7) zur Kenntnis.

GR. Mag. Holter: Die Dringlichkeit dieses Antrages ist wohl offenkundig, aber ich möchte darüber hinaus vorschlagen, diesen Antrag sofort in Behandlung zu nehmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Holter auf sofortige Behandlung des gst. Dringlichkeitsantrages wird

einstimmig angenommen.

Debatte zum Sachantrag:

GR. Mag. Holter: Der Sachverhalt ist ja weitgehend bekannt. Es gibt offenbar eine Lösung auf Landesebene in Hinblick auf die Einführung des Gratiskindergartens ab Herbst 2009, wobei noch in Diskussion steht, ob damit Halbtags- oder Ganztagsgruppen gemeint sind. Unabhängig davon wissen wir aufgrund der in Wels erhobenen Zahlen, dass es insbesondere im ersten und im zweiten Kindergartenjahr doch zu einer Zunahme der Nutzung durch Kinder kommen wird. Abgesehen davon werden die Auswirkungen nicht so dramatisch sein, wie man das vielleicht annehmen könnte, denn in Wels stehen wir schon jetzt der Vollnutzung sehr nahe.

Jedenfalls stellen sich in diesem Zusammenhang mehrere Fragen. Erstens werden sich pädagogische Änderungen durch eine noch stärkere Altersdurchmischung der Gruppen als bisher ergeben, das heißt, es werden doch insbesondere mehr Dreijährige zu integrieren sein. Zum Zweiten werden sich finanzielle Fragen speziell auch in Richtung Bezahlung der Kindergartenhelferinnen ergeben. Inwieweit wird der Einsatz von Helferinnen ausgeweitet und wo liegt der Kostenbereich der Stadt? Und drittens ist ein ganz wichtiger Punkt in der räumlichen Ausstattung zu sehen. Es ist damit zu rechnen, dass mit Einführung des Gratiskindergartens und einer erhöhten Besucherzahl der Raumbedarf weiter steigen wird. Ich getraue mir nicht, genauere Zahlen zu prognostizieren, aber irgendwo wird sich wohl eine Steigerung zwischen 20 und 30 Prozent ergeben.

Daher beantragen wir die Erstellung eines kreativen Konzeptes, das bis zur zweiten Gemeinderatssitzung des Jahres 2009 vorgelegt werden sollte. Die nähere Begründung entnehmen sie bitte dem Antragsschreiben selbst.

Nachdem sich die Frau Kollegin Maitner schon zu Wort meldete, befürchte ich, dass jetzt ein bestimmter Antrag kommt, nämlich ein Antrag auf Ausschusszuweisung. Sollte jetzt wirklich dieser Antrag kommen, was ich nicht ganz genau weiß, werden wir diesem zustimmen, nur ersuche ich sie, Herr Bürgermeister, als oberster Vertreter dieser Stadt doch auf etwas Bestimmtes Bedacht zu nehmen. Wir haben im April 2008 hier im Gemeinderat einen Antrag auf Überprüfung der Möglichkeiten zur Abhaltung eines Ethikunterrichts als Ersatz für Abmeldungen vom Religionsunterricht gestellt. Dieser

Antrag wurde damals, im April 2008, zur weiteren Beratung bzw. Behandlung an den Kulturausschuss verwiesen, dort aber bis heute, da wir den 11. Dezember 2008 schreiben, nicht behandelt. Also, Herr Bürgermeister, wir werden zwar, falls jetzt solch ein Antrag kommt, einer Zuweisung unseres heutigen Antrages an den Ausschuss zustimmen, weisen aber doch aufgrund der geschilderten Erfahrung mit einem Antrag vom April dieses Jahres darauf hin, dass es sich hier um Zustände handelt, die so nicht einfach hinzunehmen sind.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte jetzt nur sagen, Herr Mag. Holter, dass ich mit der Auslegung der Geschäftsordnung sehr großzügig war.

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Ich erlaube mir den Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen, diesen Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion dem Kindergartenausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 6) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an den Kindergartenausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte nur noch festhalten, dass im Rahmen der Ausschussberatungen auch der heute eingebrachte Abänderungsantrag (Anlage 7) der FPÖ-Fraktion einbezogen wird.

Somit haben wir jetzt sämtliche Dringlichkeitsanträge behandelt, das heißt, es wurde ihnen die Dringlichkeit zuerkannt und in zwei Fällen erfolgte sogar schon eine Behandlung des Sachantrages. Wir kommen jetzt zu unserer eigentlichen Tagesordnung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

1.)

Nachtragsvoranschlag (1.) der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2008;  
Feststellung  
FD-Fin-100-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 13.11.2008 und im Stadtsenat am 17.11.2008:

Der 1. Nachtragsvoranschlag (Anlage 8) der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2008 wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 169,338.300,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 169,338.300,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 20,229.600,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 20,229.600,--

StR. Dr. Wieser: Der Referent sagte im Rahmen seiner Berichterstattung, dass im Stadtsenat sehr ausführlich über diesen Nachtragsvoranschlag diskutiert worden sei, aber so genau war es auch wieder nicht. Es wird dort eigentlich deshalb nicht so genau auf das Zahlenwerk eingegangen, weil wir ja wissen, wie exakt und verlässlich unsere Beamten arbeiten. So sind wir eben sicher, dass hier ein Zahlenwerk vorliegt, das wie üblich sehr genau erstellt wurde.

Es ist ja wirklich sehr erfreulich – wir wissen nicht, was da in Zukunft angesichts gewisser Entwicklungen auf uns zukommt bzw. ob wir so etwas wie in den letzten beiden Jahren nochmals erleben werden – dass sich speziell auch im Jahr 2008 die Steuereinnahmen bzw. die Bundesertragsanteile derart gut entwickelten. Von dieser positiven wirtschaftlichen Entwicklung konnten sowohl der Bund als auch die Länder und Gemeinden sehr stark profitieren. Und wir sollten, glaube ich, die heutige Beschlussfassung dieses Nachtragsvoranschlages zum Anlass nehmen, um ein bisschen darüber nachzudenken, ob uns auch in den kommenden Jahren auf der Ausgabenseite so alles gelingen wird, wie das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Wir sehen aus den Zahlen, dass es allein im zu Ende gehenden Jahre ein Plus von 5,4 Mio. Euro bei den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gegeben hat. In Schilling – da können wir uns das noch immer besser vorstellen – sind es weit mehr als 70 Millionen, die wir an Mehreinnahmen zu verzeichnen haben, was natürlich sehr erfreulich ist.

Ich habe mir selbstverständlich das ganze Werk durchgeschaut, wobei es speziell bei den Ausgaben auch immer sehr interessante Abweichungen vom ursprünglichen Voranschlag gibt. Ich muss sagen, dass mir dabei eine Post schon ziemlich stark aufgefallen und aufgestoßen ist. Sie finden hier einen bestimmten Betrag nicht auf einer Budgetpost allein, sondern auf insgesamt sechs Positionen, nämlich unter den laufenden Nummern 315 bis 354. Das sind im Bereich der Abteilung für Soziales jene Positionen, unter denen es um die Zuschüsse für die Inanspruchnahme von Heimhilfen für Kinder in familiären Krisensituationen geht. Es wurde hier unter diesen sechs Positionen ein Betrag in Höhe von immerhin € 6,5 Mio. veranschlagt, aber sogar mit diesem hohen Betrag lässt sich das Auslagen nicht finden, weshalb im Nachtragsvoranschlag eine Erhöhung von insgesamt 956.000 Euro aufscheint, das heißt, man musste zusätzlich einige Kinder in Heimen unterbringen. Es sind das die Kinder in schwierigen familiären Verhältnissen, wobei man früher einfach von schwererziehbaren Kindern gesprochen hat. In Schilling – ich habe mir das ausgerechnet – sind es also bereits über 93 Millionen, die wir für solche Kinder ausgeben müssen. Man muss sich vorstellen, dass etwas über 90 Kinder von der Stadt Wels in verschiedenen Heimen untergebracht werden mussten, wobei sich die Jahreskosten für solch ein Kind auf rund 1 Mio. Schilling belaufen.

Wir haben schon einmal andeutungsweise über diese Heimunterbringungen hier im Gemeinderat gesprochen und ich glaube, dass wir uns wirklich einmal zusammensetzen sollten, um über diese Form der Heimunterbringungen zu sprechen bzw. sollten wir darüber nachdenken, ob eine solche Erziehungshilfe nicht auch in einer Form vor sich gehen kann, dass ein Budget nicht derart stark belastet wird. Ich weiß nicht, wo

oder ob hier überhaupt finanzielle Grenzen eingezogen werden könnten. Was ist denn, wenn wir im nächsten Jahr nochmals eine Steigerung um 20 oder vielleicht sogar 50 % hinnehmen müssen? Da können wir uns dann in Wels sonst fast nichts mehr leisten, weil eben für die Unterbringung schwererziehbarer Kinder oder von Kindern in bestimmten Familienkrisen schon so viel Geld draufgeht.

Damit man mir nicht vorwerfen kann, nur zu jammern, hätte ich in dieser Frage auch einen Vorschlag. Dieser lautet dahingehend, einmal mit dem Sozialhilfeverband Wels-Land in Kontakt zu treten, um anhand dessen Erfahrungen mit diesem Thema – dort wird man vielleicht ähnliche Probleme wie wir haben – möglicherweise gewisse Reaktionen oder Änderungen herbeiführen zu können. Ich weiß schon, dass man in Großstädten wie Linz – dort gibt es das bekannte Heim in der Spattstraße – oder auch in größeren Städten wie Wels mehr Probleme in dieser Richtung haben wird, aber andererseits dürfte doch auch der Bezirk Wels-Land diverse Probleme in dieser Richtung haben, weshalb ich mir vorstellen könnte, dass sich die beiden Welser Bezirke gemeinsam auf ein Gebäude oder die Errichtung eines Gebäudes für beide Bezirke einigen würden. In diesem Zusammenhang könnte ich mir weiters vorstellen, dass es besser wäre, sozusagen die eigenen problematischen Kinder im eigenen Bezirk betreuen zu können, als irgendwo weiter weg, beispielsweise in Linz. Ich meine also, dass uns im gemeinsamen Gespräch und bei gemeinsamen Bemühungen doch etwas Besseres einfallen könnte als die jetzige Praxis. Irgendwie müssen wir jedenfalls diese Kosten in den Griff bekommen, die sich in den letzten Jahren zum Teil dramatisch entwickelten. Wir müssen wirklich schauen, dass uns diesbezüglich gemeinsam etwas einfällt.

GR. Mag. Holter: Das Thema Heimunterbringung haben wir von der ÖVP bereits anlässlich der letzten Budgetdebatte angesprochen. Ich teile durchaus die Ansicht des Dr. Wieser, dass es sich hierbei um ganz erhebliche finanzielle Mittel handelt, die einzusetzen sind. Und es gab ja schon einmal die Diskussion darüber, ob man nicht günstiger – unter Anführungszeichen – fahren würde, falls man in Wels selbst ein derartiges Heim errichtete, ein Heim für Kinder aus unserer Gemeinde. Das Ganze hat aber auch einen etwas problematischen Hintergrund, den man schon auch mitbeleuchten muss. Viele von uns – speziell wahrscheinlich Herr Dr. Rabl und ich – hatten schon von Berufs wegen mit solchen Fragen zu tun, wobei sich immer wieder herausstellt, dass die Wegnahme von Kindern aus den Familien die letzte Maßnahme darstellt. Als letzte Maßnahme ist diese Vorgangsweise insbesondere aus zwei Gründen zu betrachten. Der Hauptgrund dürfte ihnen allen bekannt sein; er liegt in der Vernachlässigung und Kindesmisshandlung. Der zweite Hauptgrund – es ist schon sehr interessant, wenn man sich das vergegenwärtigt – ist das Thema „Kind als Einkommensquelle“. Letzteres weil es, aus welchen Gründen heraus immer, nicht wenige Fälle gibt, in welchen die Abnahme der Kinder für die Eltern nicht das ganz große Problem darstellt bzw. nicht jenes große Problem wie der damit verbundene Verlust der Familienbeihilfe. Das sind an sich sehr problematische Wertigkeitsfragen. Da wir also in manchen Familien das Materielle bzw. das Einkommen höher bewertet als das Kindeswohl an sich.

Natürlich hätte es Fantasie, ein Heim für diese Kinder in unserer eigenen Stadt zu haben, andererseits muss man sehr wohl differenzieren. Es gibt nämlich in Zusammenhang mit diesen Heimunterbringungen sehr wohl Fälle – da lasse ich jetzt einmal die finanziellen Belange weg – in denen eine Kindesunterbringung an etwas weiter entfernten Orten vernünftiger erscheint als in der eigenen Gemeinde, weil in der eige-

nen Gemeinde doch die ständige Gefahr eines gewalttätigen Zugriffs von Eltern, Verwandten etc. besteht. Das ist also ein sehr sensibles Thema. Die meisten Kinder, die hier in Wels abgenommen wurden, befinden sich übrigens nicht in überwiegender Zahl in Linz, in der Spattstraße, sondern in Heimen bis nach Windischgarsten hinein.

Spricht man also über dieses Thema, muss man sich auch einmal vergegenwärtigen – über Kindesmisshandlungen und dergleichen spricht man ja häufiger – wie wichtig doch für relativ viele Eltern in Zusammenhang mit Kindern der materielle Gegenwert ist. Da sträubt man sich also gegen eine Kindesabnahme oft deshalb, weil damit die Familienbeihilfe wegfällt. An solchen Erscheinungen müssen wir alle zusammen arbeiten; das hat mit Bewusstseinsbildung zu tun.

Und ob die Unterbringung in einem eigenen Heim im Endeffekt billiger oder möglicherweise auch teurer käme, vermag ich nicht zu beurteilen. Auf der anderen Seite wäre es schon einmal ganz interessant zu wissen, was an diesen üblichen Unterbringungsstellen tatsächlich so viel kostet. Aber ansonsten ist schon auch zu bedenken, dass eine räumliche Entfernung von der Heimatgemeinde wegen gewisser negativer anderer Gründe durchaus geboten erscheint.

StR. Huber: Wie soll ich es sagen? Wie oberflächlich seitens der Freiheitlichen Partei auch in diesem Bereich gearbeitet wird, sieht man schon in der Weise, dass es sich hier teilweise um verschiedene Maßnahmen bei den einzelnen Budgetposten handelt. Es wurde von 956.000 Euro zusätzlich für Heimunterbringungen gesprochen, aber so ist es nicht. Konkret waren es 440.000 Euro, die zusätzlich für Heimunterbringungen benötigt wurden und 360.000 Euro für die Unterstützung bei der Erziehung.

Und wenn sie meinten, dass es sich hier um Maßnahmen handelt, die man früher unter dem Titel der „schwererziehbaren Kinder“ zusammenfasste, dann stimmt das so auch nicht. Man kann doch nicht einfach von schwererziehbaren Kindern sprechen, wenn es um Misshandlungen, sexuellen Missbrauch, um Eltern unbekanntem Aufenthalts, um die teils vollkommene Verwahrlosung Minderjähriger geht, um die Alkoholabhängigkeit der Eltern etc. Da stecken somit Vorgänge etc. dahinter, die man eigentlich nur mit einem „schweren Schicksal“ bezeichnen kann und ich kann ihnen versichern, dass es sich meine Mitarbeiterinnen im Jugendwohlfahrtsbereich sicher nicht einfach machen.

Und wären sie zu mir gekommen, hätte ich ihnen sehr leicht Aufklärung für den einen Bereich geben können. Es war nämlich so, dass wir noch im dritten Quartal 2007 sehr dringend eine Familie unterbringen mussten, die dafür angefallenen Kosten aber erst im Jänner 2008 in Rechnung gestellt wurden. Somit spielte ein Vorfall aus dem Jahr 2007 in das Jahr 2008 hinein.

Es wurde gesagt, dass schon öfter über die Errichtung eines im Besitz der Stadt Wels befindlichen Heims diskutiert worden sei. Das stimmt in gewisser Weise bzw. wurden dahingehend schon Überprüfungen angestellt. Im Jahre 2007 wurde das ziemlich konkret geprüft. Dabei stellte sich heraus, dass es Punkte gibt, die durchaus für die Errichtung eines eigenen Heims sprechen, aber andererseits – Herr Gemeinderat Holter hat das jetzt erwähnt – gibt es auch Situationen, in denen es durchaus gut ist, wenn eine gewisse Distanz zwischen den Kindern oder Jugendlichen und deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, zu diversen Familienmitgliedern etc. gegeben ist. Abgesehen davon kann man nicht alle Jugendlichen in einem bestimmten Heim zusammen unterbringen, weil die Probleme der Jugendlichen oder mit den Jugendlichen nicht immer

gleichgelagert sind. Wenn wir aber über die Einrichtung eines solchen Hauses in Wels vorwiegend aus Kostengründen diskutieren, kann ich ihnen vergleichsweise etwas ganz konkret sagen, nämlich dass sich die Tagsätze in Linz – dort werden zwei eigene Heime betrieben – auf 145 bzw. auf 130 Euro belaufen. Es gibt auch für das Personal bestimmte Qualitätskriterien, die erfüllt werden müssen.

Wenn ich jetzt bei der Qualität bin, dann kann ich mit ihnen sehr wohl über einen bestimmten Punkt diskutieren. Ich meine, es kann eigentlich nicht sein, dass das Land Oberösterreich zwar gewisse Qualitätskriterien vorschreibt, dann aber nicht mitzahlt. Im Bereich der Jugendwohlfahrt ist das leider so und hier wäre bestimmt ein Ansatzpunkt für die Entlastung der Gemeinden gegeben.

Jedenfalls möchte ich nochmals festhalten, dass es sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesen Heimeinweisungen etc. bestimmt nicht leicht machen. Und teilweise wird auch im Wege anderer unterstützender Maßnahmen versucht, nicht nur im Wege der Heimunterbringung, gewisse Erfolge zu erzielen, mit denen eben hoffentlich erreicht werden kann, dass nicht unbedingt eine Heimunterbringung notwendig wird.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke für diese Diskussion. Ich finde es recht erfreulich und bemerkenswert, wenn unter dem Titel „Nachtragsvoranschlag“ solch eine Debatte geführt wird. Es zeigt diese einerseits, dass das Problembewusstsein insgesamt vorhanden ist, nämlich nicht nur den finanziellen Bereich betreffend, sondern auch in Bezug auf die Sache selbst, wo man durchaus unterschiedliche Standpunkte vertreten kann.

Dass diese Arbeit im Jugendbereich, die sicher eine sehr anstrengende ist und um die ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht beneide, auch etwas kostet, und zwar als Folge der getroffenen Entscheidungen, das liegt wohl auf der Hand. Ich möchte aber betonen, dass es keine Diskussionen zwischen der Sozialreferentin und dem Finanzreferenten gibt, wenn es um die Aufbringung der hierfür notwendigen Mittel geht, denn dies stellt in der heutigen Zeit wohl eine Selbstverständlichkeit dar. Nach den Wertvorstellungen, die zumindest wir als sozialdemokratische Fraktion vertreten, ist es nun einmal so, dass die Ansicht vertreten wird, dass hierfür die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen sind. Genauso gibt es selbstverständlich noch viele andere Bereiche, die uns als besonders wichtig erscheinen.

Ich bedanke mich bei Herrn Dr. Wieser. Ich finde es bemerkenswert und erstaunlich, dass er sich erstmals – ich bin jetzt das zehnte Jahr Finanzreferent – in diese Materie, allerdings nur in einem kleinen Segment, eingelesen hat. Insgesamt hat er die Zahlen vollkommen richtig wiedergegeben, was durchaus erfreulich erscheint. Ich glaubte bisher stets, Herr Dr. Rabl sei der Finanzsprecher der freiheitlichen Fraktion, aber wie man sieht, wurde er offenbar sehr erfolgreich von Herrn Dr. Wieser abgelöst.

Somit ersuche ich sie jetzt um Feststellung dieses Nachtragsvoranschlages.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.



Berichterstatter Stadtrat Dr. Friedrich Ganzert

2.)

Kindergarten und Hort der Kreuzschwestern, Wels, Stefan-Fadinger-Straße 10;  
Generalsanierung und Erweiterung;  
Abschluss einer Fördervereinbarung mit der Kongregation der Barmherzigen  
Schwestern vom hl. Kreuz, 4020 Linz, Wurmstraße 3  
KI-KiV-224-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kultur-, Schul- und Kindergartenausschuss am 25.11.2008:

Der Abschluss eines zivilrechtlichen Vertrages (Vereinbarung) betreffend die Subventionshingabe der Stadt Wels für die Generalsanierung und Erweiterung des Kindergartens und Hortes der Kreuzschwestern in Wels, Stefan-Fadinger-Straße, zwischen der Stadt Wels und der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Kreuz wird gemäß dem beigeschlossenen Vereinbarungsentwurf (Anlage 9) bewilligt.

Bgm. Dr. Koits: Zum Bericht des Finanzreferenten, wonach es mit der ursprünglich vorgesehenen Drittelteilung der Kosten nicht funktionierte und nun die Stadt mit einem zweiten Drittel einspringt, möchte ich schon noch anmerken, dass wir uns sehr wohl weiter darum bemühen müssen, die zuerst ausgemachten Bedarfszuweisungsmittel doch noch vom Land zu erhalten. Es kann nämlich nicht sein, dass beim Rahmenkontingent, das wir für städtische Projekte eingeräumt erhalten, auch alle anderen privaten und als förderungswürdig anerkannten Projekte eingerechnet werden. Bei dieser Vorgangsweise bzw. bei Einreichung entsprechend vieler privater Projekte könnte ja sonst womöglich der Fall eintreten, dass wir als Stadt für die städtischen Projekte überhaupt keine Bedarfszuweisungsmittel mehr bekommen.

StR. Dr. Ganzert: Ackerl sagte uns ganz einfach, dass er von Pühringer nicht die notwendigen Mittel erhielt, um dieses Projekt der Kreuzschwestern unterstützen zu können!

Bgm. Dr. Koits: Wie auch immer! Ich trete hier für die Interessen der Stadt Wels und der in Wels tätigen Vereinigungen oder Organisationen ein, nicht für jene des Landes oder eines bestimmten Referenten. Da geht es ganz konkret um die Kinder in unserer Stadt und die erscheinen uns so wichtig, dass wir uns letztlich doch dazu bereit erklärten – das soll eben durch den heutigen Beschluss zur Absegnung gelangen – auch noch diese ausgefallenen Bedarfszuweisungsmittel zu übernehmen, denn alles andere hätte ja überhaupt keinen Sinn gemacht.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

3.)

Private Schulen der Franziskanerinnen, Wels, Vogelweiderstraße 2 - 4;  
Gewährung eines Zuschusses für Sanierung und Zubau der Hauptschule  
SF-Schu-127-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kultur-, Schul- und Kindergartenausschuss am 25.11.2008:

Die privaten Schulen der Franziskanerinnen Wels, Vogelweiderstraße 2 – 4, erhalten in 4 Raten für die Sanierung und den Zubau zur Hauptschule einen Gesamtzuschuss in der Höhe von € 323.000,--.

Der vorgesehene Subventionsbetrag für das Jahr 2008 in der Höhe von € 80.000,-- ist in einem zur Auszahlung zu bringen.

Die Auszahlungen der weiteren Teilbeträge in den Jahren 2009 – 2011 (2009 und 2010 je € 80.000 und 2011 € 83.000) erfolgen nach den in den jeweiligen Voranschlägen festgelegten Bedingungen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

4.)

Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft e.Gen.m.b.H.,  
Wels, Laahener Straße 21 a;  
Errichtung und Ausstattung des Objektes „Betreubares Wohnen“ im Schlosspark  
Lichtenegg;  
Gewährung einer Subvention für die Küchenausstattung  
SO-SD-67-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Familien- und Jugendausschuss am 25.11.2008:

Im Rahmen der Errichtung und Ausstattung des Objektes „Betreubares Wohnen“ im Schlosspark Lichtenegg übernimmt die Stadt Wels die Kosten der Küchenerstausstattung für die 30 Wohnungen in Höhe von maximal netto € 115.851,-- im Wege einer Subventionsgewährung an die Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft, 4603 Wels, Laahener Straße 21 a. Die Auszahlung erfolgt nach Fertigstellung frühestens 2010.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage der Originalrechnungen in Höhe des Gesamtbetrages innerhalb von 6 Monaten nach Überweisung des Betrages zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Bernhard Wieser

5.)

Feuerwehr;  
Bestellung des Pflichtbereichskommandanten und seiner  
Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Wels  
BZ-Fp-1169-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 01.12.2008, der Gemeinderat möge den als Anlage 10 beigefügten Bescheid, BZ-Fp-1169-2008, beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;  
3. Vertragsanpassung über die Zusammenarbeit von Stadt Wels und  
Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft m.b.H. (ARO)  
betreffend Sammelsystem für Papierverpackungen  
SB-Awi-852-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 01.12.2008:

Der als Anlage 11 beigefügte Nachtrag Nr. 3 zur Vereinbarung über die Sammlung von Papierverpackungen in der Stadt Wels mit der Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft m.b.H., 1061 Wien, Gumpendorfer Straße 6, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Gerhard Kroiß

7.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Petition an die Oö. Landesregierung zur Förderung der städtischen Ordnungswache  
DI-Verf-385-2008

GR. Kroiß: Wie sie bestimmt alle gelesen haben – außerdem wurde vom Herrn Bürgermeister heute schon unter seinen Mitteilungen darauf hingewiesen – wird es in Wels schon bald eine städtische Ordnungswache geben. Diese Ordnungsbeamten oder Ordnungswächter sollen durch auffällige Anwesenheit, durch mahndes Auftreten, Unterbindung unsozialen Verhaltens und durch das Fungieren als Ansprechpartner für die Bürger und Besucher unserer Stadt für mehr Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum sorgen.

Heute geht es uns aber nicht nur um den Sicherheitsgewinn für die Bürger unserer Stadt, der mit der Einführung dieser Ordnungswache verbunden sein wird, auch nicht um einen Urheberstreit, das heißt, wir sind in erster Linie froh darüber, wenn in diesem Bereich endlich einmal etwas für die Sicherheit getan wird. Worum es uns aber heute konkret geht, das ist die finanzielle Entlastung der Stadt Wels. Diese Ordnungswächter werden richtigerweise bei der Stadt Wels angesiedelt und somit dem Magistrat bzw. dem Herrn Bürgermeister direkt unterstellt. Demzufolge sind sie natürlich auch von der Stadt Wels zu bezahlen. Und wenn wir zwar heute noch nicht genau wissen, welche Befugnisse diese Ordnungswächter erhalten und wie die genaue Vorgangsweise bei der Einrichtung dieser Ordnungswache aussehen soll, eines wissen wir schon mit Sicherheit: Es wird diese Ordnungswache sehr viel Geld kosten. An laufenden Kosten werden rund 300.000 Euro jährlich gegeben sein und das ist für die Stadt Wels schon eine ziemlich starke finanzielle Belastung.

Und was nun diese Kosten betrifft, sind wir ganz einfach der Meinung, dass diese nicht allein die Stadt Wels zu tragen hat bzw. dass diesbezüglich auch das Land Oberösterreich in die Pflicht genommen werden müsste. Deshalb möchten wir heute im Gemeinderat eine Resolution verabschiedet sehen, in welcher es darum geht, dass die Oö. Landesregierung ein Fördermodell erarbeitet und dann dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegt. Ich ersuche sie daher, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

GR. Anreitter: Wir werden uns heute bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Es wurde zwar heute kurz erwähnt, dass es solch eine Ordnungswache geben soll, aber ansonsten haben wir diesbezüglich nur einmal kurz etwas den Medien entnommen. Für uns ist also die Information über dieses Projekt generell noch etwas zu dürftig geraten, als dass wir heute schon einem derartigen Antrag die Zustimmung geben könnten oder wollten.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf an dieser Stelle noch sagen, dass selbstverständlich nach Beschlussfassung im Stadtsenat über die Einrichtung der Ordnungswache – dieser ist nun einmal für diesen Beschluss zuständig – die Fraktionen über die Details informiert werden, also über die ganzen Abläufe und Kosten bzw. darüber, bei wem aller die Absicht besteht, um Kostenbeteiligungen anzusuchen. In diesem Stadtsenatsbeschluss –

soweit ist das in der Beschlussvorlage enthalten – sind also auch die Kosten bzw. entsprechende Ersuchen um Beteiligungen vorgesehen.

Der Antrag (Anlage 12) zu Punkt 7. der Tagesordnung wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion und GR. Landauer)  
27 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
und 2 Stimmenthaltungen (GR. Anreitter und GR. Mag. Springer)  
abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer und GR. Baumgartner sind bei der Abstimmung zu Punkt 7. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dr. Andreas Rabl

8.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Start einer „Anti-Drogen-Kampagne“  
DI-Verf-388-2008

GR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Antrag hat seine Ursache darin, dass erst kürzlich der Österr. Drogenbericht veröffentlicht wurde. Ein Teil der Begründung unseres Antrages ist diesem Drogenbericht entnommen.

Für Wels ist dieser Drogenbericht überraschend deutlich. Er sagt aus, dass die Welser Suchtgiftszene gewachsen ist, dass Drogen an öffentlichen Plätzen und in einschlägigen Lokalen ohne Probleme zu erhalten sind. Es ist in Wels jederzeit möglich, auf der Straße Drogen zu kaufen. Ich zitiere jetzt wörtlich: Das sichergestellte Cannabis wurde teilweise von Tätern türkischer und albanischer Abstammung eingeschmuggelt und in Wels in Umlauf gebracht. Im Raum Wels ist ein Monopol albanischer Tätergruppen in Bezug auf den Heroinschmuggel und –handel feststellbar und als Kokainhändler fungieren sowohl Schwarzafrikaner als auch Staatsangehörige der Dominikanischen Republik. Das ist es, was im Drogenbericht steht.

Die Droge Nummer 1 bei den Jugendlichen ist Cannabis. 24 Prozent der Jugendlichen haben Cannabis schon konsumiert.

Und angesichts dieser Fakten stellt man sich schon die Frage, ob eigentlich seitens der Stadt Wels genug gegen diese Entwicklungen getan wird. Das heute von der SPÖ mit der grundsätzlichen Vorstellung eines Projektes gesetzte Zeichen ist vor allem dadurch

aufgefallen, dass man gar kein Zeichen gesehen hat und dass keine Zeichen gesetzt wurden. Zumindest bisher ist in dieser Richtung nichts geschehen und das ist durchaus sehr schade. Solch ein Projekt wurde weder im Gemeinderat noch im Stadtsenat oder in einem Ausschuss behandelt und angesichts dessen muss man sich schon die Frage stellen, mit welchem Beschluss in Zusammenhang mit diesem heute angeschnittenen Projekt überhaupt agiert wird und ob dafür überhaupt Budgetmittel zugewiesen wurden. Wenn ich beispielsweise an das ehrgeizige Ziel einer breiten Information der Bevölkerung denke, so wie es heute geheißen hat, muss ich sagen, dass diese wohl nur aufgrund entsprechend vorhandener Budgetmittel machbar ist. Diese Budgetmittel sind aber derzeit nicht vorhanden. Das heißt somit, dass es zum Ersten die Arbeiten an diesem Projekt noch gar nicht lange geben kann und zweitens vermute ich, dass dieses Projekt überhaupt erst aufgrund der freiheitlichen Initiative ins Leben gerufen wurde. Deswegen kam wohl dieser überraschende Dringlichkeitsantrag der SPÖ, welcher, wie heute schon erwähnt, den Freiheitlichen vorenthalten wurde, nämlich in der üblichen Demokratieverweigerungsstruktur der SPÖ. Aber mit dem muss man halt als Oppositionspartei leben, wobei das manchen leichter fällt als mir, wie ich weiß.

Wenn man sich nun die Zahl der steigenden Drogendelikte betrachtet, weiß man auch, dass das Thema „Drogen“ generell in der SPÖ mangelhaft bis gar nicht behandelt wurde. Offenbar haben die Sicherheit und die Drogenprävention in der SPÖ nicht den Stellenwert, den sie eigentlich haben sollten. Und das ist wohl der Grund dafür, dass man bisher seitens der Stadt und der SPÖ nicht ausreichend dafür sorgte, dass manchen Vereinen oder Plätzen, die allenfalls im Verdacht stehen, als Drogenumschlagsplatz zu fungieren, beispielweise der „Alte Schlachthof“, nicht die nötige Beachtung geschenkt bekamen bzw. die nötige Aufklärung in der Richtung erhielten, dass man gegen das Drogenproblem wirklich etwas machen sollte und müsste.

Ich halte es nicht für angebracht, dann, wenn im Gemeinderat derartige Verdächtigungen erhoben werden, groß dagegen zu protestieren und einfach zu sagen, dass das alles eine Verleumdungskampagne der FPÖ darstellt. Es reicht nicht aus, der FPÖ vorzuhalten, dass die FPÖ selbst nichts vorbereite. Tatsächlich ist doch die SPÖ allein mit ihrer absoluten Mehrheit dazu in der Lage, sie ist aber diesbezüglich immer nur untätig. Die SPÖ ist also, wie man heute wieder sieht, de facto auf unsere Ideen angewiesen, was uns durchaus ehrt, genauso wie es uns ehrt, wenn dann in der Folge von der SPÖ auch noch schnell ein Antrag eingebracht wird, der dort und da ähnlich wie einer unserer Anträge lautet. Auf der anderen Seite müssen wir fast bedauernd feststellen, dass wir jene sind, die in unserer Stadt die Themenführerschaft übernehmen müssen, damit etwas weitergeht.

Wir glauben, dass es notwendig ist, gerade auch über die Vereine tätig zu werden. Wenn ein Verein in den Verdacht gerät, etwas mit einem Drogenumschlagsplatz zu tun zu haben, dann erscheint es uns ganz einfach als notwendig, dass die Stadt Maßnahmen ergreift, nämlich Maßnahmen, die wirken. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder ist ein bestimmter Verein völlig unschuldig in Bezug auf irgendwelche Verdächtigungen – das kann ich konkret überhaupt nicht beurteilen – aber dann hat sich der Verein auch sehr klar von jeglichen Drogen zu distanzieren und die Stadt Wels hat entsprechende Projekte einzuleiten, damit völlig klar ist, dass im Bereich eines bestimmten Vereins eine drogenfreie Zone gegeben ist. Und die zweite Möglichkeit besteht darin, dass ein Verein, der sicher auch im Ruf steht, viel Positives für die Jugend zu leisten, bei dem aber vielleicht doch Gewisses passiert, vermehrt in die Drogenprävention einbezogen werden sollte, sodass den Jugendlichen klargemacht

werden kann, welche Auswirkungen mit dem Drogenkonsum verbunden sein können. In Hinblick auf diese Auswirkungen hätte ich noch eine Zahl. Es ist so, dass 46 % der Drogendelinquenten arbeitslos sind. Das heißt also, dass der Drogenkonsum die Spannkraft eines Menschen abbaut und Aktivitäten, die sonst in einem Menschen vorhanden erscheinen, nicht mehr spürbar sind.

Wir glauben daher, dass unser Konzept wesentlich weiter ist als jenes der SPÖ und dass hier viel aktiver Maßnahmen zu ergreifen sind als bisher mit diversen Worten. Wir stellen fest, dass die SPÖ bisher wirklich sehr untätig war und es auch deswegen zu diesem vermehrten Drogenproblem gekommen ist.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke mir, Herr Gemeinderat Rabl hat auch jetzt wieder bewiesen, dass Ahnungslosigkeit nicht davor schützt, sich zu Wort zu melden.

Wenn wir diesen Antrag lesen, dann stellt dieser doch nichts anderes als eine Abschreibübung aus dem Sicherheitsbericht dar, das heißt, das Einzige, was damit die FPÖ schaffte, nämlich bei der Auseinandersetzung mit der Drogenproblematik, das ist eine Aufzählung gewisser Prozentanteile und dergleichen. Ich denke, wir überlassen es ganz einfach den Freiheitlichen, sich in dieser Form mit dem Drogenproblem zu beschäftigen. Wir wollen jedoch haben, dass Prävention in unserer Stadt wirklich als umfassender Begriff gesehen wird. Und das Projekt, von welchem eingangs der Sitzung die Rede war, ist eines, das bereits im 2. Quartal dieses Jahres ins Leben gerufen wurde. Es stellt darauf ab, die verschiedensten Akteure in dieser Stadt zusammenzubekommen, damit die verschiedensten Ebenen tatsächlich bearbeitet werden können.

Eines ist aber bei diesem Thema ganz sicher. Die ordnungspolitische Komponente ist diejenige, welche überall in die Sackgasse führte und zu nichts anderem als zu einer Kriminalisierung. Die Jugendlichen spüren also immer nur den starken Staat, aber keinen Schutz bzw. keine wirkliche Unterstützung bei der Bewältigung ihres Problems. Die Drogen- und Suchtprävention muss aber in einer ganz anderen Weise ansetzen. Es müsste schon einmal verhindert werden, dass Jugendliche mit dem Rauchen beginnen, dass ihnen erklärt wird, was eine Alkoholabhängigkeit bedeutet etc. Somit geht es nicht einfach darum, irgendwelche Polizeiberichte zusammenzufassen und jenen, die gefährdet erscheinen, in die Suchtproblematik abzugleiten, mit dem erhobenen Zeigefinger zu drohen.

Wir als Sozialdemokraten haben im Wesentlichen ein Konzept auf den Tisch gelegt. Wir sind gerade dabei, eines auszuarbeiten, das gute Chancen hat, in diesem Bereich etwas zu erreichen. Wir wollen das nicht nur auf sicherheitspolitische Maßnahmen reduziert wissen. Es muss vielmehr, ergänzt um diese präventiven Maßnahmen, ein Gesamtpaket geschnürt werden.

StR. Huber: Über das schon vor Monaten beim Magistrat eingeleitete Projekt will ich gar nicht mehr reden, denn darüber ging es schon zu Beginn der heutigen Sitzung.

Aber, lieber Kollege Rabl, ich lade dich ein, etwas öfter zu kommen und dich selbst zu informieren. Es ist nämlich so, dass Gemeinderäten auch eine Holschuld zukommt, das heißt, es muss nicht unbedingt gewartet werden, bis einem sozusagen vom Amt her etwas auf den Tisch gelegt wird. Würdest du gelegentlich kommen, hätten wir höchst-

wahrscheinlich auch über dieses Thema gesprochen und dann wüsstest du ganz genau, wie lange wir an diesem Projekt schon arbeiten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch etwas zum „Alten Schlachthof“ sagen, der gerade angesprochen wurde. Das war heute wieder einmal ganz typisch. Dabei werden wir wohl alle wissen, dass es eine drogenfreie Gesellschaft nicht gibt. Es gibt auch keine drogenfreien Zonen, nicht in der Schule noch sonst wo. Es kann somit niemand eine Garantie dafür übernehmen, dass sich wenigstens an bestimmten Orten nichts in Bezug auf Drogen abspielt. Wir haben allerdings sehr wohl etwas gemacht. Und zwar haben wir die Polizei gebeten, von August weg Prüfungen im „Alten Schlachthof“ durchzuführen, weil wir ja wissen, dass uns manche Leute einen gewissen Ruf zuordnen, den wir uns aber nicht verdient haben. Und bei den 20 Überprüfungen bis Ende November gab es laut Auskunft des Stadtpolizeikommandanten Klaus Hübner keine Wahrnehmungen in Richtung Drogendelikte. Lediglich zwei Einsätze hatten mit einem Raufhandel zu tun und zwei Einsätze bezogen sich auf Einbruchsdiebstähle. Das ist ein Faktum und dieses Faktum müssen auch sie anerkennen.

Wie ich schon sagte, kann ich ihnen nicht dafür garantieren, dass es irgendwo tatsächlich eine drogenfreie Zone gibt, aber ich kann ihnen dafür garantieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im „Alten Schlachthof“ echt darum bemüht sind, diese negativen Erscheinungen fernzuhalten. Und wenn man sich vorstellt, wie viele Nationalitäten den „Alten Schlachthof“ ziemlich regelmäßig besuchen, dann weiß man auch, wie gut dort eigentlich gearbeitet wird.

GR. Pernkopf: Zum Kollegen Reindl-Schwaighofer darf ich schon sagen, dass es nicht nur um die Prävention geht, die natürlich in der Drogenbekämpfung das Wichtigste ist, aber aus der Sicht der Polizei ist es auch besonders wichtig, die Nachschubwege entsprechend abzuschneiden. Es gilt also, mit aller Macht daran zu arbeiten, dass die Nachschubwege stillgelegt werden. Sie können sicher sein, dass wir von der Polizei sehr dahinter sind, dass alle Maßnahmen gesetzt werden, um diesen kriminellen und brutalen Tätern auf die Spur zu kommen.

Aus Sicht der ÖVP ist es nicht sinnvoll, einzelne Vereine, wo es vielleicht in gewisser Größenordnung ein Drogenproblem gibt, herauszunehmen. Vielmehr sind wir der Meinung, dass mit allem Nachdruck daran gearbeitet werden muss, die Sümpfe trockenzulegen und zu schauen, dass von unserer Seite diverse Maßnahmen auch in Zukunft bestmöglich unterstützt werden. Das eine ist demnach Angelegenheit der Polizei und das andere ist Sache der Gesellschaft bzw. des Magistrates.

GR. Ing. Matzinger: So wie mein Vorredner soeben sagte, wird es nicht darum gehen, uns gegenüber irgendeiner anderen Fraktion in Sachen Drogenpolitik besonders herauszustellen oder eventuell das Thema überhaupt nicht zu behandeln, andererseits wird es auch nicht darum gehen können, eine Fraktion deshalb zu verurteilen, weil die irgendwo ihre Finger auf die Wunde legt. Speziell dann sollte man sich von derartigen Auslegungen heraushalten, wenn man selbst im Glashaus sitzt, so wie der Kollege Reindl-Schwaighofer, der zuerst sagte, es gebe ein fertiges Konzept, das gerade ausgearbeitet wird. Herr Kollege Reindl-Schwaighofer! Entweder haben sie ein fertiges Konzept oder sie arbeiten gerade eins aus. Jedenfalls gibt es kein fertiges Konzept, das gerade ausgearbeitet wird.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Jetzt wirst du aber semantisch!



GR. Ing. Matzinger: Es ist mir wurscht, was ich werde! Ich verabscheue es jedenfalls, wenn immer so getan wird, als gäbe es gewisse Probleme gar nicht. Wir können dies aber deshalb behaupten, weil wir uns mit gewissen Dingen sehr intensiv befassen und auch wenn es ihnen nicht passt, muss ich ihnen sagen, dass die FPÖ auf das Drogen-thema schon sehr lange die Finger draufhält. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass wir da ein Problem haben. Und dieser Drogenbericht sagt ebenfalls aus, dass in der Stadt Wels diesbezüglich gewisse Probleme gegeben sind. Das schließt ja nicht aus – wir freuen uns sogar darüber, wenn das so ist – dass bei diversen Schwerpunktaktionen niemand darunter ist, der wegen Drogenbesitz oder ähnlichem angezeigt werden muss. So wie die Kollegin Huber sagte, gibt es solche Schwerpunktaktionen im „Alten Schlachthof“ oder auch in der Kaserne, womit sozu-sagen ein gewisser Erfolg verbunden ist.

Auf der anderen Seite kommt doch das, was in diesem österreichischen Drogenbericht über die Stadt Wels steht, nicht von ungefähr. Wir können ja nicht bloß deshalb, weil es bei einer Schwerpunktaktion keine Probleme gibt, sagen, dass der Drogenbericht falsch sei. Es gibt doch all diese Dinge in Wels wirklich. Die Jugendlichen wissen darüber Bescheid – auch mein Sohn wusste es, als er noch in Wels die Schule besuchte – wo man in Wels gewisse Drogen bekommt und diejenigen, die solche Drogen haben wollen, holen sich diese eben an diesen Stellen, egal ob es sich um gewisse Lokale handelt oder handelte – es wurden ja auch schon wieder ein paar geschlossen – nämlich in der Stelzhamerstraße, in der Pfarrgasse, am Busbahnhof oder ob man etwas in bestimmten Schulen erhält, im „Alten Schlachthof“, in der Kaserne und wo auch immer. Es ist ja auch durchaus möglich, dass in irgendeinem Haus oder in irgendeinem Keller Drogen gedealt werden. Es sollte jedenfalls keiner von vornherein sagen, dass dies oder das unmöglich sei oder dass wir es mit unseren Wortmeldungen etc. nicht ehrlich meinen würden. Wir meinen es alle ehrlich und wir haben es ernst zu nehmen, worum ich besonders jene bitte, die vom Referat her dafür verantwortlich sind.

Hören sie bitte damit auf, Ideen, die von anderen kommen, von vornherein schlecht zu machen oder das Ganze dadurch zu unterlaufen, dass sie solche Ideen durch irgend-einen Antrag, den sie schnell einbringen und auch noch schnell vor einem anderen schon gegebenen Initiativantrag zur Abstimmung bringen lassen, irgendwo wegzu-schieben versuchen. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass solche Vorgänge unter Einsatz ihrer Mehrheit überhaupt kein Problem sind. Der Kollege Wimmer weiß ja, wie ich diese Art der Demokratie nenne.

Vzbgm. Wimmer: Aber der Dringlichkeitsantrag der SPÖ wurde doch heute einstimmig angenommen! Hast du nicht aufgepasst! Du hast ja selbst mitgestimmt!

GR. Ing. Matzinger: Ja, schon, du weißt aber auch, wie das mit den Anträgen der FPÖ vor sich geht. Man müsste doch auch ein bisschen den Konsens im Auge behalten. Deine Art von Verständnis im Bereich der Demokratie ist wohl eine ganz besonders sozialdemokratische, das heißt, ich weiß wirklich nicht, was dabei der eine Teil des Wortes, bei dem es um die Demokratie geht, zu tun hat. Aber du kannst auch nichts dafür, dass du Hermann heißt.

Ich möchte jedenfalls zum Ausdruck bringen, dass wir allen, die guten Willens sind, ein offenes Ohr schenken sollten. Dieses spezielle Thema in Wels, Drogen betreffend, sollte keinesfalls vernachlässigt werden, weil es damit nicht besser wird. Wir müssen vielmehr aufpassen, dass es nicht schlechter wird.

GR. Mag. Springer: Dass das Thema ein ernstes ist, darin sind wir uns wohl alle einig, nur sind eben die Zugangsweisen unterschiedlicher Art. Diese jahrelang immer wieder kommenden Wortmeldungen seitens der FPÖ-Fraktion in Bezug auf den „Alten Schlachthof“ sind ja hinlänglich bekannt und es war irgendwo zu erwarten, dass sie bei dieser Gelegenheit wieder kommen würden. Sehr interessant finde ich es aber, wenn der Kollege Rabl dazu auffordert, den Ruf zu verbessern, nachdem er diesen Ruf zuerst selbst schädigte und Gewisses durch den Schmutz zog. Da ist meines Erachtens auch ein Widerspruch vorhanden.

Ohne jetzt konkret auf den Antrag einzugehen, ist es doch so, dass die FPÖ auch null Toleranz bei den sogenannten weichen oder bei den Einstiegsdrogen fordert. Da muss ich jetzt einfach kurz etwas Grundsätzliches anbringen, auch wenn das im eigentlichen Sinn nicht von Stadtseite zu entscheiden ist. Trotzdem möchte ich darauf Wert legen, dass es einfach Fakt ist, dass die Cannabis-Produkte weniger körperschädlich sind als andere legale Drogen, beispielsweise die legale Volksdroge Alkohol. Man kann sich totspritzen und man kann sich totsaufen, aber man kann sich nicht tottrauchen. Es entsteht natürlich eine psychische Abhängigkeit bzw. entstehen beim Konsum Probleme, aber eine psychische Beeinträchtigung von Personen kommt auch von vielen anderen Dingen, von Computern, vom Fernsehen, vom Konsumrauch, von allem Möglichen.

Ein ganz schwieriges Problem beim Cannabis-Konsum ist eben die Kriminalisierung und das ist ein Punkt, bei dem meiner Überzeugung nach angesetzt werden müsste. Dieser Konsum muss entkriminalisiert werden. Es ist das natürlich eine Einstiegsdroge, ein Einstieg in die Illegalität, weil man eben durch den Konsum dieser Droge in die Illegalität gedrängt wird. Insofern stimmt das natürlich mit dem Einstieg.

Ich habe jetzt natürlich aufgrund der mehr oder minder lauten Einwürfe mitbekommen, dass das ein sehr kontroversielles Thema ist.

Zwischenruf: Ein Schwachsinn! Eine Aufforderung!

GR. Mag. Springer: Moment, ich habe niemand aufgefordert! Nehmen sie das bitte zur Kenntnis!

Ich meine jedenfalls, dass es der falsche Ansatz ist, bei diesen Delikten null Toleranz einzufordern und das wollte ich jetzt zum Ausdruck bringen.

GR. Kroiß: Es wundert mich schon sehr, werter Kollege Springer, wenn du das Cannabisrauchen mit dem Computerspielen vergleichst und mit dem Saufen. Wenn also einer vor dem Computer sitzt, dann ist das für dich damit vergleichbar, dass jemand Cannabis raucht. Also, ich kann aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen in Zusammenhang mit dem Straßenverkehr nur sagen, dass dieser Vergleich nicht stimmen kann. Cannabis stellt nun einmal die Einstiegsdroge dar und wenn man das Rauchen von Cannabis mit dem Computerspielen oder mit dem Saufen vergleicht, dann ist das absolut der falsche Weg.

Ich weiß nicht, wem „Spice“ ein Begriff ist. Es fragen sehr viele Jugendliche, ob Spice legal ist. Jedenfalls ist Spice sozusagen im Modetrend bei den Jugendlichen. Man kann es überall kaufen, in jedem China-Laden, aber nicht als Räucherstäbchen, sondern zum Rauchen, und zwar deshalb, weil Spice legal ist. Man könnte natürlich meinen, dass Cannabis auch als legal gelten soll, denn falls man davon genug hat, wird man schon

wieder aufhören, aber mittlerweile hat man vielleicht eine „weiche Birne“, und das wiederum fände ich nicht gut.

Und dann hieß es, die FPÖ würde den „Alten Schlachthof“ in den Schmutz ziehen, weil sie ihn erwähnt. Hier darf ich sie daran erinnern, was die Kollegin Huber sagte. Sie meinte, dass auch von Seite der SPÖ Kontrollen im dortigen Bereich verlangt werden, weil es dort immer wieder etwas laut wird oder so ähnlich.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Das ist deswegen, weil ihr so daherredet!

Zwischenruf StR. Huber: Ich bin begeistert! Jetzt sind wir wieder schuld!

Vzbgm. Wimmer: So ein Blödsinn!

GR. Kroiß: Wir sind aber auch nicht schuld daran, dass jetzt der Schlachthof in den Mund genommen wurde. Es sprach doch die Kollegin Huber selbst von den Kontrollen und diese wurden schon vor Einbringung unseres Antrages durchgeführt.

Vzbgm. Wimmer: Sie werden doch noch wissen, dass der Kollege Rabl vor der Kollegin Huber gesprochen hat und der sagte schon in seiner Berichterstattung einiges zum Schlachthof!

GR. Kroiß: Wir sind trotzdem nicht schuld daran, dass der Schlachthof in den Mund genommen wird!

Und dann meine ich noch, dass man nicht nur etwas von der Prävention halten darf, sondern es muss auch Repressalien geben. Man muss den Jugendlichen ganz klar sagen, wo Schluss ist und dass man weiter nicht gehen soll. Wenn man immer nur auf die Prävention setzt, wird das ganze Thema am Ende sehr verwaschen.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Prävention und Grenzen setzen!?

GR. Kroiß: Es ist schon recht mit der Prävention, aber irgendwo muss man den Jugendlichen auch sagen, wo Schluss und aus ist. Da ist der grüne Weg sicher der falsche!

GR. Mag. Holter: Bevor ich zum Inhalt dieses Antrages komme, möchte ich schon noch etwas zum Kollegen Springer sagen.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir nicht auch gewisse Tests vor Gemeinderatssitzungen durchführen sollten, weil so einen Schwachsinn .....

Vzbgm. Wimmer: Diesen Ausdruck muss ich allerdings schon zurückweisen!

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Ordnungsruf!

GR. Mag. Holter: Sie können mir auch einen Ordnungsruf erteilen, Herr Vizebürgermeister, aber ich darf festhalten, dass das ein Aufruf zu einem strafbaren Verhalten war. Das ist Duldung von strafbarem Verhalten durch eine öffentliche Körperschaft in Form eines Mandatars. Das ist eine Förderung von strafbarem Verhalten, so wie sie das hier herinnen zum Ausdruck bringen.

(Beifall in Form von Tischgeklopfe!)

Vzbgm. Wimmer: Laut unserer Geschäftsordnung sind solche Beifallskundgebungen nicht gestattet!

GR. Mag. Holter: Herr Vizebürgermeister Wimmer! Mich stören Beifallskundgebungen nicht! Ich bin sie gewohnt!  
(Gelächter)

Jetzt komme ich aber zum Antrag der Freiheitlichen selbst. Ich glaube, dass das hier angeschnittene Problem, das in dieser Weise aus dem Österr. Drogenbericht hervorgeht, ein anderes ist als das, worauf sich die Freiheitlichen im Antrag selbst beziehen. Das große Problem für Wels, das aus dem Drogenbericht zu entnehmen ist, ist das des Drogenumschlagplatzes. Es werden hier größere Mengen an Drogen von überwiegend ausländischen Banden umgeschlagen. Das ist richtig bzw. entspricht das der Wahrnehmung aller, die sich auch nur im Entferntesten mit diesem Thema beschäftigen. Nur muss man trotzdem am Boden bleiben bzw. kann man nicht immer nur mit der Angst Politik machen. Den Drogenumschlagplatz Wels gibt es – auch andere Gemeinden dienen als Umschlagplatz – aber das bedeutet nicht, dass diese Drogen in Wels bleiben. Und was den Umschlagplatz betrifft, wissen wir, dass seitens der Exekutive Zugriffe erfolgen und Gott sei Dank Erfolge zu verzeichnen sind. Wir wissen aber auch aufgrund von Vernehmungen – wenn dabei überhaupt etwas herauskommt – dass Drogen in diesen Mengen entweder für das nähere oder auch fernere Ausland bestimmt sind, nicht aber für die Verteilung vor Ort.

Nichtsdestotrotz ist die ÖVP ganz klar gegen jede Form von nichtlegalisierten Drogen. Das ist ganz klar und eindeutig! Bei uns gibt es auch beim Einstieg in die Drogenproblematik kein Wiegen und Wackeln. Auch Cannabis ist eine Droge und wird als solche wahrgenommen. Und die These, dass Cannabis nicht zum Tod oder zu einer schweren Schädigung führen kann, Herr Kollege Springer, das ist als glatte Verbreitung falscher Tatsachen anzusehen. Cannabis ist in gewissen Mengen genauso lebensgefährlich. Insbesondere die Folgewirkungen, die sich oft im Straßenverkehr zeigen oder bei der Vermengung mit Alkohol, sind höchst lebensgefährlich. Und hier von einer Einstiegsdroge zu sprechen oder davon, dass man am Computer Strahlungen zu spüren bekommt oder dergleichen, das schlägt dem Fass endgültig den Boden aus.

Was ich nicht schätze, das ist in diesem Zusammenhang eine Diskussion über Vereine. Da muss ich unter diesem Thema auch einmal den Freiheitlichen etwas sagen. Sind sie sich so sicher, dass alle Vereine, in denen sie teilweise sogar als Funktionäre tätig sind, so drogenfrei sind, dass man davon ableiten könnte, dass andere Vereine wegen angeblicher Machenschaften an die Wand zu stellen sind? Ich würde mir das sehr, sehr gut überlegen. Mir würden dann vielleicht auch gewisse Beispiele einfallen, aber vielleicht sollten wir uns darüber einmal intern beraten. Ich bin ansonsten ein Gegner dessen, Vereine zu denunzieren. Ich bin weiters dagegen, solche Denunziationen aufrecht zu halten, wenn es objektive Untersuchungen gibt, die an sich ein anderes Bild abgeben. Dass üblicherweise in der Jugendkultur oder im Bereich der Jugend die Drogengefahr größer wie im Pensionistenheim ist, das ist doch für alle relativ leicht nachvollziehbar, aber diese Art, immer wieder ohne irgendwelche Beweise irgendeinen Verein zu nennen, die gefällt mir nicht. Diese Art findet auch nicht das Wohlgefallen der ÖVP-Fraktion. Und genau aus diesem Grund werden wir diesem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

GR. Mag. Springer: Also, was da jetzt teilweise aus meiner Wortmeldung gemacht wurde, das ist schon sehr eigenartig.

Ich vergleiche nicht das Haschischrauchen mit dem Computerspielen. Ich habe lediglich andere Suchtformen aufgezählt und sie wissen alle ganz genau, dass es sehr ernsthafte Suchtformen gibt, die aber völlig legal sind. Und es gibt nun einmal die Spielsucht, die viele Menschen teilweise zusammen mit ihren Angehörigen in den Ruin treibt. Genauso gibt es die Konsumsucht und viele andere Arten von Sucht.

Zum Zweiten ist es natürlich überhaupt kein Thema, zu rauchen und dann Auto zu fahren. Das ist völlig klar! Dass das gefährlich ist und dass davor nur gewarnt werden kann, das liegt doch auf der Hand. Es geht also rein um den Konsum ohne jegliche Begleitmaßnahmen.

Wenn wir schon bei Veranstaltungen sind, bei denen angeblich Drogen genommen werden, so glaube ich, dass sicher auch FPÖ-Veranstaltungen, bei denen doch mehrere Halbe Bier konsumiert werden, darunterfallen.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, darf ich jetzt Herrn Dr. Rabl als Beweis für meine basisdemokratische Gesinnung das Schlusswort erteilen.

GR. Dr. Rabl: Danke, Herr Vizebürgermeister! Es ist bemerkenswert, dass inzwischen auch schon Rechte, die im Statut stehen, als basisdemokratisch bezeichnet werden. Ich nehme dies zur Kenntnis. Das zeigt ebenfalls ein bisschen vom Demokratieverständnis der SPÖ, aber auch das wundert mich gar nicht mehr.

Vzbgm. Wimmer: Das war jetzt aber ein bisschen schwach!

GR. Dr. Rabl: Es ist bemerkenswert, dass auch Herr Gemeinderat Reindl-Schwaighofer den Sicherheitsbericht gelesen hat. Natürlich haben wir aus dem Sicherheitsbericht abgeschrieben. Woher denn sonst? Von der Stadt Wels oder gar von der SPÖ haben wir ja keine Informationen bekommen. Wahrscheinlich ist das deshalb so, weil die SPÖ selbst über keine Informationen verfügt.

Insofern ist es wenig verwunderlich, wenn der Gemeinderat Schwaighofer sagt, dass der Drogenkonsum kriminalisiert wird. Das ist schon deshalb ein Unsinn, weil der Drogenkonsum ganz einfach kriminell ist. Es wird also nicht kriminalisiert, sondern es wird nur aufgezeigt, dass der Drogenkonsum laut österreichischer Rechtsordnung einfach verboten ist. Ich weiß nicht, aber es scheint weder zum Kollegen Schwaighofer noch zum Kollegen Springer wirklich durchgedrungen zu sein, dass es diesbezüglich einschlägige Gesetze gibt. Man sollte es nicht glauben!

Gerade solche Wortmeldungen, in denen von einer Kriminalisierung gesprochen wird oder gar von einer Legalisierung, leiten dazu an, dass Jugendliche vielleicht meinen könnten, dass das alles gar nicht kriminell ist. Das ist etwas, das mich wirklich schockiert. Da wird bewusst ein Vortrieb geleistet, indem man sagt: Na, so schlimm ist das doch gar nicht! Das ist die Bewusstseinsbildung, von der ich immer spreche. Wenn man stets glaubt, sagen zu müssen, dass der Drogenkonsum gar nicht so schlimm ist und wenn auch noch gesagt wird, dass die Sache kriminalisiert wird, dann trägt das alles dazu bei, dass die Jugend glaubt, es sei gar nicht so schlimm, einen Joint zu

rauchen oder dass einem damit eh nichts passieren kann. Ganz das Gegenteil ist der Fall! Zum Ersten ist es kriminell und es ist zum Zweiten – da muss ich dem Kollegen Holter natürlich völlig Recht geben – massiv schädlich, in jeder Hinsicht massiv schädlich. Das heißt also, ich kann hier die Argumentation der SPÖ nur sehr schwer nachvollziehen.

Dann wurde auch noch gesagt, dass das Projekt „Wir setzen Zeichen“ schon im zweiten Quartal 2008 ins Leben gerufen wurde. Dazu kann ich aber nur sagen, dass man davon nichts gehört und nichts gesehen hat. Sehr viele Zeichen wurden also bisher nicht gesetzt.

Und wenn dann Frau Stadträtin Huber noch meinte, es gebe auch eine Holschuld für Gemeinderäte, dann kann ich nur sagen, dass wir uns die Informationen gerne holen würden, nur müssten wir davor wissen, was denn überhaupt so passiert. Wenn ich überhaupt nicht weiß, dass etwas im Gange ist, dann tue ich mir doch einigermaßen schwer, auf den Gedanken zu kommen, mich zu informieren. Ich finde, es ist eine Art Abwehrmanöver oder eine gewisse Schutzbehauptung, wenn man sagt: Bitte, informiert euch doch selbst.

Sehr interessant und bemerkenswert ist es, wenn die Frau Stadträtin Huber selbst sagt, der „Alte Schlachthof“ hätte den Ruf, dass dort Drogen gedealt würden und somit der Schlachthof diesbezüglich in der Welser Jugend einschlägig bekannt ist. Und das sei auch der Grund dafür, dass Kontrollen durchgeführt werden. Das ist einmal etwas, das ich bisher von der SPÖ nie hörte. Bisher hat es immer nur geheißen, dass der Schlachthof einen tadellosen Ruf hat und dass dieser mit Drogen überhaupt nichts zu tun hat. Also, es wird jetzt wenigstens einmal zugestanden, dass es diesen anderen Ruf gibt. Und wenn wir schon ein Problem haben bzw. wenn vielleicht jemand sagt, dass wir da zumindest ein Imageproblem haben, dann sollte es nicht heißen, der Schlachthof würde in den Schmutz gezogen. Bitte, da müssen wir uns schon vor Augen halten, was solch eine Argumentation bedeutet. Wenn ich hier im Gemeinderat Probleme deshalb nicht mehr aufzeigen kann, weil es dann heißt, ich würde die Stadt bzw. diesen oder jenen in den Schmutz ziehen, dann sind wir weit gekommen. Dann dürfen wir nämlich überhaupt keine Probleme mehr im Gemeinderat ansprechen. Natürlich ist der Ruf des Schlachthofs ein Problem und natürlich ist der Verein „Alter Schlachthof“ aufgefordert, etwas zu tun. Und wenn schon nicht der Verein, dann ist die Stadt oder die zuständige Referentin aufgefordert – wer immer dafür zuständig ist – entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen und dem Ganzen entgegenzuwirken. Wenn man das nicht zustande bringt, muss man es sich gefallen lassen, dass hier im Gemeinderat eine Thematisierung erfolgt. Damit wird kein Verein in den Schmutz gezogen, sondern es wird lediglich ein Problem aufgezeigt. Das ist es, was es hier zu sagen gibt. Und wir brauchen deshalb kein Projekt mit Zeichensetzungen, sondern wir brauchen vielmehr eine konkrete Kampagne. Wir brauchen diesbezüglich auch keine langen Beratungen in irgendeinem Ausschuss, sondern ein ziemlich dringendes Handeln.

Ein Wort möchte ich noch zum Kollegen Springer sagen. Ich bin da leider in der Schärfe beim Kollegen Holter. Ich kann doch bei einem solchen Thema im Gemeinderat nicht sagen, dass es eigentlich eh nicht so schlimm ist und dass das eigentlich eh legalisiert gehörte. Da reden wir die ganze Zeit vom Drogenkonsum und darüber, wie gefährlich es damit werden kann, dann setzt sich aber ein Gemeinderat her oder besser, er stellt sich her, um eine Rede zu halten, aus der man entnehmen kann, dass es eh nicht so schlimm ist und er stellt auch noch einen Vergleich mit Computerspielen an. Also,

dieses Zeichen ist aus meiner Sicht massiv zu verurteilen. Auf der anderen Seite bin ich direkt froh darüber, dass das seitens der GRÜNEN in dieser Deutlichkeit gesagt wird, denn da werden sie wohl auch von den Medien entsprechend belohnt bzw. abgestraft. Es ist doch wirklich unfassbar, wenn sich einer hier herstellt und sagt, dass es mit dem Drogensüchtigsein gar nicht so schlimm ist bzw. sollte man es sich durchaus überlegen, ob das wirklich so kriminell ist.

Nun komme ich zum Kollegen Holter. In Wels gibt es natürlich das Problem des Drogenumschlags. Wels ist nun einmal ein zentraler Drogenumschlagplatz – das ist vollkommen richtig und steht so im Drogenbericht – aber Wels hat auch massiv mit dem Drogenkonsum zu tun. Und dieser Drogenkonsum ist entgegen der offenbar gegebenen Ansicht des Kollegen Holter weit überdurchschnittlich gestiegen, nämlich um das Zehnfache im Vergleich zum sonstigen Österreich. Sonst ist der Drogenkonsum in Österreich um 1,75 Prozent gestiegen, in Wels aber um 16 Prozent. Das heißt also, dass wir nicht nur das Problem haben, ein Umschlagplatz zu sein, sondern wir haben auch beim Drogenkonsum selbst ein massives Problem. Und dieses massive Problem des Anstiegs des Drogenkonsums kann ich nur durch Aufklärung, durch eine Kampagne und auch durch eine In-die-Pflichtnahme verschiedener Institutionen erreichen. Dabei wollen wir die Vereine sicher nicht denunzieren, aber wenn ein bestimmter Ruf nicht passt, dann muss man entsprechende Maßnahmen ergreifen, und zwar schnell. Und es ist schade, dass diesbezüglich einfach nichts passiert ist!

Der Antrag (Anlage 13) zu Punkt 8. der Tagesordnung wird bei

5 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion und GR. Landauer)  
gegen 30 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion sowie  
GR. Anreitter und GR. Mag. Springer)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

### Dringlichkeitsanträge

Vzbgm. Wimmer: Bevor wir jetzt zur Behandlung der noch offenen vier Dringlichkeitsanträge kommen, darf ich ihnen einen Vorschlag unterbreiten.

Die Anträge der SPÖ und der ÖVP bezüglich Postamtsschließungen sind sich sehr ähnlich bzw. haben diese zum Teil einen ziemlich ähnlich lautenden Inhalt. Ich schlage ihnen deshalb vor, beide Anträge gleichzeitig in Diskussion zu nehmen, dann getrennt darüber abzustimmen und sie letztlich für den Fall, der anzunehmen ist, dass sie mit gleichem Ergebnis angenommen werden, redaktionell zusammenzufassen, ehe sie an die gewünschten Stellen abgesandt werden.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Einwand erhoben.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, hinsichtlich Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung betreffend drohende Postamtsschließungen und Personalabbau

sowie

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Thema „Bürger haben ein Recht auf Versorgungsgarantie bei Postdienstleistungen“:

GR. Pernkopf: Unsere Resolution gegen die Schließung von Postämtern – so wie das auch im SPÖ-Antrag fast gleichlautend dargestellt wurde – bezieht sich auf ein sehr bewegendes Thema. In den Medien erleben wir jetzt eine tägliche Berichterstattung hierüber, wobei auch von Streiks die Rede ist. Den Kolleginnen und Kollegen von der Postgewerkschaft ist es ganz einfach ein elementares Bedürfnis, aufmerksam auf das zu machen, worum es hier geht. Bei 9.000 in den Raum gestellten Kündigungen – noch dazu in Zeiten, in denen es auf dem Arbeitsmarkt schwierig wird – muss wohl alles darangesetzt werden, um darauf hinzuweisen, dass der Postvorstand und letztlich die politisch Verantwortlichen im Infrastrukturministerium das Richtige mit Augenmaß tun mögen, dass eine entsprechende Abfederung zu erfolgen hat, nämlich für die Mitarbeiter und am Wichtigsten für die Allgemeinheit oder beispielsweise für die Bevölkerung in Wels, speziell für die älteren Leute, ist wohl, dass sie auch weiterhin die Möglichkeit haben sollen, ein Postamt im jeweiligen Wohnsprengel aufsuchen zu können und dass somit die Wege nicht weiter werden, sondern auch in Zukunft flächendeckend die Erreichbarkeit von Postämtern gegeben ist.

Ich hoffe, dass das alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates so sehen und in Wien letztlich Entscheidungen für die Bediensteten und für die Bevölkerung getroffen werden.

GR. Anreitter: Die meisten von ihnen werden ja wissen, dass ich bis vor kurzem selbst auf der Post beschäftigt war. Und so habe ich die Dinge sozusagen aus einer anderen Perspektive gesehen als die meisten Welser. Und ich kenne natürlich die Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post, weshalb mich dieses Thema emotional stark erfasst hat. Sie müssen sich ja vorstellen, dass diverse Tätigkeiten auf der Post etwas anders gelagert sind als sonst in den Betrieben und so haben die Mitarbeiter der Post nach teils vielen Beschäftigungsjahren wenig Aussicht, irgendwo anders eine Arbeit zu erhalten. Ich kann ihnen nur sagen, dass mich diese Sache enorm beschäftigt und ich bin auch froh darüber, dass es heute diese Anträge gibt, denen wir selbstverständlich zustimmen werden.

Ich finde es natürlich unglaublich skandalös, dass die Bundesregierung einerseits der Post vorschreibt, die Dienste so wie bisher zu erledigen, gleichzeitig aber nicht Vorsorge getroffen hat, dass auch die privaten Anbieter, welche ab 2011 die Briefzustellung übernehmen dürfen, mit den gleichen Pflichten ausgestattet werden wie die Post. Es ist somit richtig, wenn die Bundesregierung durch diese Resolution dazu aufgefordert wird, schnell zu handeln. Ich hoffe sehr, dass von der Bundesregierung her klargestellt wird, wie sich künftig der Markt gestaltet und es für die Zukunft Rahmenbedingungen gibt, die es nicht erforderlich machen, diesen enormen Personalabbau bei der Post durchzuführen. Die Bedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post wurden ohne-



hin schon laufend während der über 12 Jahre, die ich bei der Post tätig war, schlechter und das mit den Entlassungen wäre jetzt sozusagen der Höhepunkt.

Ich bin somit froh, dass es heute diese zwei Anträge gibt und wir werden diesen selbstverständlich zustimmen.

StR. Dr. Wieser: Es ist schon interessant, wenn man hier hören konnte, wie solch ein Problem von einem ganz einfachen Mitglied des Gemeinderates wahrgenommen wird. Es ist das ein Problem, das ganz Österreich erschüttert und wir stehen offenbar einer Regierung gegenüber, die von diesen Sorgen und Nöten der Österreicher, der Welser, nichts weiß.

Da hat es einen Infrastrukturminister gegeben, der jetzt Bundeskanzler ist und der lange Zeit mit dem zu tun hatte, was hier auf uns zukommen könnte. Es gab eine Bundesregierung, die über Jahre hinweg alles mitrug, was sich so an Veränderungen oder Neugestaltungen bei der Post ergab. Jetzt kommen aber sie von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion mit Resolutionen zu einem Thema daher, das ja eigentlich zuletzt in den wochenlangen Koalitionsverhandlungen – da wurde sogar in Untergruppen bis in die Nacht gearbeitet bzw. verhandelt – ebenfalls behandelt hätte werden müssen, nämlich das Thema Post mit dem Schicksal jener 9.000 Mitarbeiter, die da auf die Straße gesetzt werden sollen. Es ist doch wirklich stark anzunehmen, dass die Post ebenfalls Gegenstand dieser Koalitionsverhandlungen war. Ihre Parteien sitzen also in Wien in der Regierung und haben über Wochen hinweg die Dinge genau so hergerichtet, wie jetzt von ihnen die Ergebnisse bekämpft werden.

Wie müssen sie sich eigentlich vorkommen, meine Damen und Herren Funktionäre von SPÖ und ÖVP, wo sie doch noch vor wenigen Wochen oder Monaten um die Stimmen geworben haben, nämlich für jene Parteien, die offenbar dazu geneigt sind, solche Dinge wie bei der Post mitzutragen. Herr Bürgermeister, sie selbst waren doch auch am Markt und verteilten dort Werbematerial etc. für Herrn Faymann, den jetzigen Bundeskanzler und früheren Infrastrukturminister, jetzt tun sie aber so, als hätten sie von den diversen Plänen überhaupt nichts gewusst. Sagen sie einmal: Erzählt ihnen denn niemand etwas oder haben sie keinen Kontakt zur Politik in Wien? Erzählt ihnen denn niemand von denen etwas darüber, was so in Wien vorkommt oder geplant ist?

Zwischenruf Bgm. Dr. Koits: Wer hat denn eigentlich die Post total zerschlagen? Beantworten sie endlich einmal diese Frage! Wer war denn von 2000 bis 2006 Infrastrukturminister?

StR. Dr. Wieser: Ja, aber in den letzten beiden Jahren gab es dort einen Minister Faymann und der wusste doch von den Entwicklungen genau Bescheid. Es ist halt einmal so: Wenn man in einem vereinten Europa ist, dann kann das nur nach bestimmten Spielregeln passieren.

Als Freiheitliche sind wir natürlich ebenfalls dagegen, dass die Leute auf die Straße gestellt werden. Wir sind selbstverständlich dafür, dass diese Maßnahme von ihren ehemaligen Kollegen zurückgenommen wird. Und die SPÖ befindet sich mit der ÖVP in einer Koalition, womit ich es schon sehr eigenartig finde, in welchem Verhältnis sie, die Welser SPÖ und die Welser ÖVP, zu ihren Kollegen in Wien stehen. Da brauchen sie unsere freiheitlichen Stimmen hier im Gemeinderat, damit sie eine Resolution, die von ihnen stammt, nach Wien schicken können. Holen sie doch einmal ihren Bundeskanzler

Faymann nach Wels, um mit ihm über gewisse Probleme zu reden! Der Herr Vizekanzler Pröll war ja ohnehin erst kürzlich in Wels und ich frage mich, warum sie ihm diese Dinge nicht auf den Kopf geworfen und ihm gesagt haben: Da musst du nein sagen, lieber Herr Vizekanzler, was die bösen Roten alles mit der Post vorhaben! Aber jetzt sollen auf einmal wir da im Gemeinderat die Probleme lösen? Es ist schon klar, dass wir euch dabei mit unseren Stimmen helfen werden, aber ich hätte mir wirklich nicht gedacht, dass sie so wenig Einfluss auf ihre eigene Führungsgruppe in Wien haben.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Stimmt halt einfach nicht mit!

StR. Dr. Wieser: Da müssen wir alle hier im Welser Gemeinderat aufstehen, damit die Dinge wieder ins rechte Lot kommen. Unsere Unterstützung haben sie und wir hoffen, dass sie diese auch von ihren eigenen Regierungsmitgliedern haben.

Vzbgm. Wimmer: Ich stelle ausdrücklich fest, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt und wir jetzt hintereinander über die beiden Dringlichkeitsanträge zur Post abstimmen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der SPÖ-Fraktion betreffend drohende Postamts-schließungen wird

einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 5) der ÖVP-Fraktion betreffend Versorgungsgarantie bei Postdienstleistungen wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion, betreffend Erarbeitung und Umsetzung eines Programms „Integration durch Sport“:

GR. Mag. Holter zur Geschäftsordnung: Ich erlaube mir zu beantragen, den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 4) an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Hora und GR. Leitner sind bei der Abstimmung über o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Schlussworte des Bürgermeisters:

Bgm. Dr. Koits: Das war heute die letzte Gemeinderatssitzung im Jahr 2008. Trotz der lebhaften Diskussionen, die heute zu verschiedenen Themen geführt wurden, sind doch etliche Punkte in großer Einhelligkeit beschlossen worden. Eigentlich befanden sich darunter lauter Punkte von wesentlicher Bedeutung für unsere Stadt. Es ist nicht zu verhehlen, dass auch die letzten Punkte, die heute behandelt wurden, für die Entwicklung einer Stadt von großer Bedeutung sind und somit die nötige Beachtung zu finden haben.

Ich möchte mich bei ihnen für die Arbeit im abgelaufenen Jahr bedanken. Ich glaube, wir haben insgesamt wieder sehr viel erledigt. Wenn man alles Revue passieren lässt, kann man selbst ersehen, welche bedeutende Beschlüsse hier im Gemeinderat gefallen sind, wobei ich mir jetzt irgendwelche Aufzählungen erspare.

Ich bedanke mich für das Engagement, das sie an den Tag gelegt haben. Ebenso bedanke ich mich für die in weiten Passagen sehr sachlich geführten Diskussionen. Das es über das, was bei strenger Auslegung der Geschäftsordnung möglich ist, hinausgehend Diskussionen oder Wortmeldungen gegeben hat, das muss eine Demokratie vertragen. Wir sollten uns insgesamt gesehen nicht gram oder böse sein, denn das führt nicht zum Ziel. Die Einmütigkeit und das Zusammenstehen des Gemeinderates sollte im Vordergrund stehen, nämlich im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt bzw. der Stadt an sich.

Das Jahr 2009 wird meines Erachtens ein sehr spannendes Jahr. Sie wissen, dass eine Reihe von Wahlen ansteht und ich hoffe nur, dass alle Parteien, die dazu antreten, einen entsprechenden Umgang miteinander pflegen. Vor allem wenn wir uns auf einer sachlichen Ebene bewegen, wird an den Auseinandersetzungen nichts zu bekräfteln sein. Ich wünsche mir nicht, dass vielleicht irgendwelche persönlichen Momente in die Auseinandersetzungen einbezogen werden. Ich würde mich mit aller Kraft dagegen stemmen, weil das nicht der Stil ist, den wir untereinander pflegen sollten.

Ich nütze auch die Gelegenheit, um ihnen und ihren Angehörigen noch eine schöne Adventzeit zu wünschen. Genießen sie unseren Weihnachtsmarkt sowohl am Stadtplatz als auch im Pollheimerpark und lassen sie sich von der Weihnachtsbeleuchtung, die vom E-Werk installiert wurde, inspirieren, vielleicht auch von einem guten Punsch. Verbringen sie die Feiertage gut und kommen sie vor allem gut in das Jahr 2009 hinüber. Ich wünsche ihnen auch Gesundheit als Voraussetzung dafür, dass wir nächstes Jahr unsere Arbeit fortsetzen können.

Damit ist diese Sitzung geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: